

60. Sitzung**Freitag, den 18. September 1992****Erfurt, Plenarsaal****Fragestunde**

- a) **Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Weyh (SPD)** 4280
Thüringer Datenschutzbeauftragter
- Drucksache 1/1524 -

wird von Staatssekretär Dr. Lippert beantwortet. Zusatzfrage.

- b) **Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Thierbach** 4281
Qualitative und quantitative Sicherstellung der
medizinischen Betreuung der Thüringer Bevölkerung
- Drucksache 1/1531 -

wird vom Abgeordneten Dr. Hahnemann vorgetragen und von Minister Dr. Pietzsch beantwortet.

- c) **Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Zimmer (LL-PDS)** 4282
Sexuelle Mißhandlung von Kindern
- Drucksache 1/1539 -

wird von Minister Dr. Pietzsch beantwortet. Zusatzfrage.

- d) **Die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Nitzpon (LL-PDS)** 4284
Betreuung der Grundschüler im Hort
- Drucksache 1/1543 -

wird von Minister Althaus beantwortet. Zusatzfrage.

- e) **Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Weyh (SPD)** 4285
Verbot der Demonstration des Neuen Forums in Rudolstadt
am 13. September 1992
- Drucksache 1/1548 -

wird von Staatssekretär Dr. Lippert beantwortet. Zusatzfragen.

- f) **Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Möller** 4287
(Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)
Stellenplan des Landesrechnungshofes
- Drucksache 1/1549 -

wird von Minister Dr. Zeh beantwortet. Zusatzfragen.

- g) Die Mündliche Anfrage des Abgeordneten Wien** 4289
(Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)
Betreiber von Asylbewerberheimen
 - Drucksache 1/1550 -

wird von Minister Dr. Pietzsch beantwortet. Zusatzfragen.

- h) Die Mündlichen Anfragen des Abgeordneten Möller** 4291
(Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)
Thüringer Versorgungsverband für kommunale Beamte
 - Drucksache 1/1555 - und
des Abgeordneten Rieth (SPD)
Kommunale Beamtenversorgung in Thüringen
 - Drucksache 1/1556 -

werden von Staatssekretär Dr. Lippert beantwortet. Zusatzfragen.

- Einsetzung eines dritten Untersuchungsausschusses** 4293
Antrag der Abgeordneten Dietze, Döring, Enkelmann,
Frau Ellenberger, Friedrich, Gentzel, Griese, Dr. Gun-
dermann, Frau Heymel, Klein, Lippmann, Dr. Mäde,
Mehle, Pohl, Preller, Frau Raber, Rieth, Frau Dr. Ru-
dolph, Seidel, Dr. Schuchardt, Weyh (SPD)
 - Drucksache 1/1537 -
Wahl des Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden
des dritten Untersuchungsausschusses

Es werden vorgeschlagen:

- von der Fraktion der CDU der Abgeordnete Egon Primas als Vorsitzender des dritten Untersuchungsausschusses,

- von der Fraktion der SPD der Abgeordnete Dr. Peter Gundermann als stellvertretender Vorsitzender des dritten Untersuchungsausschusses.

Beide Wahlvorschläge werden jeweils mit Mehrheit angenommen.

- Weiterführung der Beteiligung des Bundes an der Kulturfinanzierung in Ostdeutschland 1993 und in Folgejahren mit Beträgen in der Höhe der 1991 bereitgestellten Mittel sowie Bildung einer Stiftung bzw. eines Fonds "Sicherung der Kultur in Thüringen"** 4294
Entschließungsantrag der Fraktion LL-PDS
 - Drucksache 1/1527 -

Nach Begründung und Aussprache wird die beantragte Ausschlußüberweisung und der Antrag der Fraktion LL-PDS - Drucksache 1/1527 - jeweils mit Mehrheit abgelehnt.

- Mißbilligungsantrag** 4306
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD
 - Drucksache 1/1503 -

Nach Begründung und Aussprache wird der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD - Drucksache 1/1503 - mit Mehrheit abgelehnt.

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Vogel, die Minister Althaus, Dr. Fickel, Dr. Jentsch, Dr. Pietzsch, Schuster, Sieckmann, Dr. Sklenar, Trautvetter, Dr. Zeh

Rednerliste:

Präsident Dr. Müller	4324,4326,4327,4328,4329,4331,4332
Vizepräsident Backhaus	4280,4281,4282,4283,4284,4285,4286,4287,4288,4289,4290,4291,4292,4293,4296, 4297,4298,4299,4300,4301,4303,4304,4306,4309,4310,4312,4314,4315,4319,4320, 4330
Frau Arenhövel (CDU)	4301
Büchner (Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)	4286,4328
Dietze (SPD)	4288
Enkelmann (SPD)	4299,4301
Dr. Hahnemann (LL-PDS)	4281,4315
Höpcke (LL-PDS)	4294,4297
Dr. Kniepert (F.D.P.)	4314
Möller (Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)	4287,4288,4291,4293,4319,4331
Frau Nitzpon (LL-PDS)	4284
Pohl (SPD)	4290,4292
Pöse (LL-PDS)	4326,4327
Rieth (SPD)	4291,4293
Dr. Schuchardt (SPD)	4306,4324
Schwäblein (CDU)	4309,4310,4312
Stepputat (F.D.P.)	4301
Ulbrich (CDU)	4329,4330,4331
Dr. Wagner (CDU)	4297,4298
Weyh (SPD)	4280,4281,4285,4286,4287,4331
Wien (Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)	4289,4301
Frau Zimmer (LL-PDS)	4282,4306
Althaus, Kultusminister	4284,4285
Dr. Fickel, Minister für Wissenschaft und Kunst	4304,4306
Dr. Lippert, Staatssekretär	4281,4285,4286,4287,4291,4292,4293
Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit	4281,4283,4284,4289,4290
Dr. Vogel, Ministerpräsident	4303,4320,4331
Dr. Zeh, Finanzminister	4287,4288,4289

Die Sitzung wird um 9.09 Uhr vom Vizepräsidenten des Landtags eröffnet.

Vizepräsident Backhaus:

Ich eröffne die 60. Plenarsitzung des Thüringer Landtags und begrüße die Damen und Herren Abgeordneten und die Vertreter der Thüringer Landesregierung. Zusammen mit mir haben in der Tagungsleitung Platz genommen als Schriftführer der Herr Abgeordnete Döring und die Frau Abgeordnete Nitzpon. Frau Abgeordnete Nitzpon führt die Rednerliste. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Vizepräsident Friedrich, Minister Dr. Bohn, Minister Trautvetter, die Frau Abgeordnete Dr. Rudolph, Frau Abgeordnete Grabe, Herr Abgeordneter Kölbl, Herr Abgeordneter Päsler, Herr Abgeordneter Dr. Axthelm sowie die Frau Abgeordnete Thierbach. Wir hatten die heutige Tagesordnung bereits gestern festgestellt, so daß diese Ihnen bekannt ist und feststeht. Bevor wir in die eigentliche Tagesordnung einsteigen, möchte ich noch einen Hinweis geben. Wir werden im Anschluß an die Fragestunde die Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertreters des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses durchführen. Bevor wir uns zur Fragestunde wenden, habe ich Veranlassung, noch einmal auf die gestrige Plenarsitzung zurückzukommen. Herr Abgeordneter Höpcke, Sie haben im Zusammenhang mit der Behandlung des Antrages, der sich mit dem Thema Buchenwald beschäftigte, innerhalb Ihres Diskussionsbeitrages eine Interpretation vorgenommen bzw. eine solche unterstellt, die ich hier so nicht im Raum stehen lassen möchte. Ich hatte auch versucht, Sie zu unterbrechen, im Sinne eines mich Vergewissernwillens, darauf sind Sie dann nicht eingegangen, was vorkommen kann. Ich muß deshalb heute noch einmal auf diesen Text verweisen. Ich habe mich im Protokoll überzeugt. Sie haben wörtlich ausgeführt und sich an die Adresse der CDU-Fraktion gewandt, ich zitiere: "Jetzt sind Sie drauf und dran, sozusagen Ihren politischen Willen unabhängig von der historischen Wahrheit hier vorzubringen." Makaber ist das aus zwei Gründen, weil, es kommt dann so hervor, als wenn Sie nachträglich mehr Leuten den Tod gewünscht hätten.

(Zwischenrufe aus der CDU-Fraktion:
Pfui, Pfui!)

Ich bitte, mich hier nicht zu unterbrechen, meine Damen und Herren, ich führe hier eine geschäftsordnungsgemäße Angelegenheit durch. Auch wenn diese Ausführung sozusagen im Konjunktiv erfolgte, möchte ich Ihnen zum Ausdruck bringen, daß ich es nicht dulden kann, wenn Mandatsträger des Souveräns dieses Landes, also Abgeordnete des Thüringer Landtags, sich gegenseitig mit solchen Unterstellungen belegen. Ich halte eine solche Interpretation mit der Würde dieses

Hauses nicht für vereinbar und erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU, SPD, F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit der Durchführung der

Fragestunde

und ich erteile dazu noch einen Hinweis. Die Landesregierung ist bereit, die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Rieth - Drucksache 1/1556 -, die nicht in der Frist des § 9 Abs. 3 Abs. 1, wohl aber der des Abs. 2 eingegangen ist, zu beantworten. Sie wird wegen des Sachzusammenhanges gemeinsam mit der Mündlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Möller - Drucksache 1/1555 - aufgerufen. An das Landtagspräsidium herangetragen war nochmals der Standpunkt des Herrn Abgeordneten Pöse, der nach wie vor seine Kleine Anfrage hier behandelt sehen möchte. Ich mache darauf aufmerksam, es bleibt bei der gestrigen Entscheidung, die der Herr Landtagspräsident bereits bekanntgegeben hatte. Die Antwort auf diese Kleine Anfrage ist als Drucksache verteilt. Es besteht also keine Veranlassung, dies hier nochmals innerhalb der Fragestunde zu behandeln.

Ich rufe die erste Frage auf. Es handelt sich um eine Frage des Herrn Abgeordneten Weyh. Bitte schön, Herr Abgeordneter, tragen Sie Ihre Frage vor.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Danke, Herr Präsident.

Thüringer Datenschutzbeauftragter

In der Wirtschaftszeitung "DM" Ausgabe Ost 8/92 ist auf Seite 43 Herr Karl Armstädter als Thüringer Datenschutzbeauftragter bezeichnet. Nach meinem Wissen hat der Thüringer Landtag noch keinen Datenschutzbeauftragten durch Wahl bestellt, wie es in dem Thüringer Datenschutzgesetz dargelegt ist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie kann es dazu kommen, daß Herr Karl Armstädter als Thüringer Datenschutzbeauftragter in o.g. Zeitschrift vermeldet wird?
2. Wann wird die Landesregierung eine öffentliche Ausschreibung für das Amt des Datenschutzbeauftragten durchführen, und wann wird dem Thüringer Landtag ein Wahlvorschlag vorliegen?

3. Empfindet die Thüringer Landesregierung das Fehlen eines Datenschutzbeauftragten als Mangel in der Rechtsordnung Thüringens?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Staatssekretär, Herr Dr. Lippert, wird die Frage beantworten.

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, ich darf für die Landesregierung die Mündliche Anfrage des Herrn Abgeordneten Weyh wie folgt beantworten:

Zu Frage 1: Der Landesregierung sind die Umstände, welche die genannte Zeitschrift zu dieser Aussage veranlaßt haben, nicht bekannt.

Zu Frage 2: Der neue Innenminister wird die Angelegenheit sofort mit dem Ziel aufgreifen, dem Kabinett unverzüglich einen Vorschlag zu unterbreiten.

Zu Frage 3: Es ist, Herr Abgeordneter, nicht zutreffend, daß in der Rechtsordnung Thüringens ein Datenschutzbeauftragter fehlt, da das Thüringer Datenschutzgesetz, das bereits in Kraft getreten ist, als Teil dieser Thüringer Rechtsordnung gerade diese Institution eingeführt hat. Danke schön.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Gibt es das Bedürfnis zu Nachfragen? Der Herr Abgeordnete Weyh möchte eine solche stellen.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Herr Staatssekretär, können Sie bestätigen, daß es im Bereich des Innenministeriums eine Ausschreibung für ein Amt "Thüringer Datenschutzbeauftragter" gegeben hat, also intern in Ihrem Haus?

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Das kann ich nicht bestätigen.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Danke.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Ich nehme an, damit ist diese Frage beantwortet. Ich rufe auf die Anfrage der Frau Abgeord-

neten Thierbach. Sie wird vorgetragen durch den Herrn Abgeordneten Dr. Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, LL-PDS:

Qualitative und quantitative Sicherstellung der medizinischen Betreuung der Thüringer Bevölkerung

Ich frage die Landesregierung:

1. Ist Ihnen bekannt, wie viele Ärzte/Ärztinnen sich in Thüringen seit 1991 privat niedergelassen haben? Wenn ja, wie viele sind es?

2. Welche Altersstrukturverteilung ist dabei zu erkennen?

3. Wie viele Patienten werden im Durchschnitt von einem Arzt/Ärztin in Thüringen behandelt und betreut?

4. Wie viele Arzthäuser, Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften existieren zur Zeit in Thüringen?

5. Welchen Stellenwert mißt die Thüringer Landesregierung den Arzthäusern, Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften zu?

6. Stellt die Thüringer Landesregierung den Arzthäusern, Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften finanzielle Mittel zur Förderung bzw. Unterstützung zur Verfügung? Wenn ja, in welcher Höhe?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Herr Minister Dr. Pietzsch wird diese Frage beantworten.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu Frage 1: Zur Zeit gibt es laut Auskunft der Kassenärztlichen Vereinigung 1.113 Ärzte und 1.372 Ärztinnen in freier Niederlassung im Land Thüringen. Das heißt, es nehmen insgesamt 2.485 Ärzte und Ärztinnen an der ambulanten kassenärztlichen Versorgung teil.

Zu Frage 2, zur Altersstruktur: Mehr als die Hälfte aller niedergelassenen Ärzte und Ärztinnen sind 45 Jahre und älter. 309 der 2.485 Ärzte und Ärztinnen sind älter als 55 Jahre. Üblicherweise ist es in den alten Bundesländern nicht möglich, in diesem, ich will es deutlich sagen, relativ hohen Alter noch eine Niederlassung zu gründen, aber das hängt mit unserer Struktur zusammen. Ich könnte Ihnen auch eine Auf-

stellung geben, wenn Sie es unbedingt wünschen, wer in welchem Alter zwischen 35 und 40 Jahren und 45 und 50 Jahren ist, aber ich halte es hier nicht unbedingt für erforderlich.

Zu Frage 3: Diese Frage beantwortet praktisch die Kassenärztliche Vereinigung, denn von dort kriegen wir die Zuarbeiten und die können das aussagen. Bei grober Einschätzung kann man davon ausgehen, daß etwa 870 Patienten pro Arzt oder Einwohner pro Arzt versorgt werden. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß es sich um tatsächlich ambulant tätige Ärzte handelt, die diese 870 Patienten versorgen. In früheren Statistiken, da bitte ich nicht darauf zurückzugreifen, in Statistiken der DDR war immer von Durchschnittszahlen die Rede, und da gingen die Amtsärzte und da gingen die Kreisärzte und da gingen die Sportärzte usw. alle mit ein bei dieser durchschnittlichen Versorgung.

Zu Frage 4: In Thüringen gibt es derzeit 169 Gemeinschaftspraxen und 45 angezeigte Praxisgemeinschaften. Für die Praxisgemeinschaft besteht keine Genehmigungspflicht, deswegen ist die Aussage hier auch mit Zurückhaltung zu bewerten, denn nicht jede Praxisgemeinschaft muß, wie ich gesagt habe, angemeldet werden. Man kann davon ausgehen, daß die Zahl der Praxisgemeinschaften in Thüringen deutlich höher liegt, als ich es hier genannt habe. Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften sind laut Zulassungsordnung der kassenärztlichen Vereinigung Formen der ärztlichen Kooperation und damit nicht anzeigepflichtig. Der Begriff des Ärztehauses beschreibt keine Form der Niederlassung, sondern steht für eine territoriale Konzentration der verschiedenen Formen der Niederlassung. In einem Ärztehaus können also Einzelpraxen sein, können Praxisgemeinschaften sein und können Gemeinschaftspraxen sein. Es gibt auch für Ärztehäuser keine Anzeigepflicht. Daher ist deren Anzahl im Augenblick auch nicht zu nennen.

Zu Frage 5: Die Landesregierung betrachtet die Gemeinschaftspraxis und die Praxisgemeinschaft als eine günstige Form der Ausübung der kassenärztlichen Tätigkeit, da hier verschiedene Disziplinen unter einem Dach arbeiten können und damit die Wege und die Belastungen für die Patienten wesentlich geringer werden.

Zu Frage 6: Die Thüringer Landesregierung stellt den Gemeinschaftspraxen und Praxisgemeinschaften finanzielle Mittel zur Förderung bzw. Unterstützung nicht zur Verfügung. Gemäß § 72 Abs. 1 Sozialgesetzbuch wirken Ärzte, Zahnärzte und Krankenkassen zur Sicherstellung der kassenärztlichen Versorgung der Versicherten zusammen. Die Sicherstellung der Ausübung der kassenärztlichen Tätigkeit ist Aufgabe der kassenärztlichen Vereinigung. Einzel-, Gemeinschafts-

und Praxisgemeinschaften als die verschiedenen Formen der kassenärztlichen Tätigkeit sind gleichwertige Formen und haben Anspruch auf Gleichwertigkeit der Behandlung, das heißt auch Gleichwertigkeit der Förderung oder auch Nichtförderung. Hier darf das Land nicht Bedingungen für einen praktisch unlauteren Wettbewerb schaffen.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön, Herr Minister. Ich bemerke keine Bedürfnisse nach Zusatzfragen, damit ist diese Frage abgearbeitet. Ich rufe auf die Mündliche Anfrage der Frau Abgeordneten Zimmer - Drucksache 1/1539 -. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Frau Zimmer, LL-PDS:

Sexuelle Mißhandlungen von Mädchen finden meistens innerhalb der Familie statt. Dies wurde unlängst in einer Untersuchung vom Bundesfrauenministerium bestätigt. Aber nicht nur jedes zweite bis vierte Mädchen wird Opfer sexueller Übergriffe, sondern auch jeder siebente bis zehnte Junge (zumeist durch Täter, die nicht der Familie angehören). Sexuell mißhandelte Kinder tragen zumeist nicht äußerlich sichtbare, lebenslange psychische Schäden davon.

Ich frage die Landesregierung:

1. Liegen die Richtlinien für die Zahlung von Zuschüssen zur Förderung von Kinderschutzdiensten freier Träger (Kapitel 08 24 Haushaltstitel 684 08) vor?
2. Welche Präventivmaßnahmen ergreift die Thüringer Landesregierung darüber hinaus, um die Kinder vor sexuellen Übergriffen durch Erwachsene zu schützen?
3. Wie wird gewährleistet, daß alle Beschäftigten in den Bereichen der Kinderbetreuung vom Kleinkindalter bis zum Schulalter Beratungsangebote und Weiterbildungen wahrnehmen?
4. Welche Maßnahmen werden durchgeführt, um über die Verfügungsgewalt von Eltern und die Mißachtung ihrer Fürsorgepflicht ihren Kindern gegenüber in breitem öffentlichkeitswirksamen Maße aufzuklären?
5. Wie wird gesichert, daß Zufluchtstätten für mißhandelte Kinder in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen?
6. Welche Initiativen ergreift die Thüringer Landesregierung, um Novellierungen strafgesetzlicher Regelungen (Verlängerung der Verjährungsfrist, Erhöhung des Strafmaßes für die Täter, Verbot der Kinderpornographie) auf Bundesebene zu erwirken?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Herr Minister Dr. Pietzsch wird die Frage beantworten.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Frau Abgeordnete Zimmer, die Beantwortung Ihrer Fragen:

Zu Frage 1: In den letzten Jahren haben sich einzelne freie Initiativen gebildet, die Kindern und ihren Familien, die von sexuellem Mißbrauch betroffen sind, helfen wollen. Diese unter dem Titel "Kinderschutzdienste freier Träger" erfaßten Initiativen sollen durch eine anteilmäßige Förderung des Landes in ihrer Arbeit angeregt und unterstützt werden. Im Einvernehmen mit dem Finanzminister können die für 1992 zur Verfügung stehenden Mittel, es handelt sich dabei um 120.000 DM, ohne Richtlinien im Rahmen der allgemeinen haushaltsrechtlichen Bestimmungen abfließen. Für das Haushaltsjahr 1993 werden Richtlinien erarbeitet werden. Es sind bisher fünf Anträge vorhanden, davon sind drei in Kürze abschließend beschieden worden.

Zu Frage 2: Ich möchte an dieser Stelle die Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen erwähnen, die ja auch entsprechend im Haushalt eingestellt worden sind. Das Land Thüringen fördert die 46 in Thüringen tätigen Beratungsstellen dieser Art mit 50 Prozent der Personalkosten. 1992 wurden dafür 3 Mill. DM eingesetzt.

Zu Frage 3: Gewalt gegenüber Kindern wird in Fortbildungsveranstaltungen des Landesjugendamtes Thüringen thematisiert, so zum Beispiel im Rahmen der Fortbildungskurse "Familiengerichtshilfe", "Bild des Kindes und Rechtsgrundlagen", "Kinder- und Jugendschutz" - das sind die Themen. Wegen der Dringlichkeit des Themas sind 1993 mehrtägige Fortbildungen des Landesjugendamtes mit dem Schwerpunkt "Gewalt und sexueller Mißbrauch" geplant. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die Angebote freier Träger sowie der Jugendämter zur Auseinandersetzung mit diesem Thema wahrzunehmen. An allen Thüringer Schulen arbeiten Beratungslehrer, die neben der Aufgabe der Schullaufbahnberatung eng mit dem schulpsychologischen Dienst zusammenarbeiten. Hier ist eine Zusammenarbeit des Sozialministeriums mit dem Kultusministerium gefragt, aber diese Zusammenarbeit findet auch statt.

Zu Frage 4: Da muß ich erst einmal auf den Grundgesetzartikel 6 Abs. 2 hinweisen: "Die Pflege und Erziehung der Kinder ist das natürliche Recht der Eltern und

zuförderst ihnen obliegende Pflicht." Mißbrauch in Einzelfällen erlaubt kein generelles Mißtrauen gegenüber Eltern, deren Erziehungsaufgabe auch nicht negativ mit dem Begriff "Verfügungsgewalt" beschrieben werden sollte. Die Aufklärung und die rechtliche Definition der Eltern ist im übrigen ein Teil der durch Information und Öffentlichkeitsarbeit zu leistenden Bewußtseinsbildung, um die bislang weitgehende Tabuisierung der sexuellen Gewalt gegenüber Kindern aufzuheben. Ich bin mir sehr wohl darüber bewußt, daß wir gerade in diesem Bereich eine sehr, sehr hohe Dunkelziffer haben, bloß über die wird Ihnen leider keiner im Augenblick eine Auskunft geben können.

Zu Frage 5: Entsprechend dem 8. Buch des Sozialgesetzbuches ist es die Aufgabe der Jugendämter, Kinder vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen. Das gilt gerade in besonders belasteten Situationen von Familien, die zu Kindesmißhandlungen führen können. Auch hier möchte ich wieder hinzufügen: Besonders belastete Familien - welche Familie ist besonders belastet? Sie sehen nicht hinein. Kindesmißhandlungen und sexueller Mißbrauch passiert in Familien, denen Sie es nie zugetraut hätten. Den Familien sollen dem Wohl des Kindes entsprechend und der Problemsituation angemessene Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz gewährt werden. Das kann im Härtefall bedeuten, daß ein Kind in Obhut zu nehmen ist. Wenn ein Kind darum bittet, ist das Jugendamt in jedem Fall zur Inobhutnahme verpflichtet. Aber diese Situation kommt leider relativ selten vor. Jedes Jugendamt hat zu gewährleisten, daß eine solche vorläufige Unterbringung bei einer geeigneten Person oder in einer Einrichtung oder in einer sonstigen betreuten Wohnform stattfindet. Ein anderes Hilfsangebot wird durch zahlreiche Fraueninitiativen geschaffen: Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen. Sie wissen das, das brauche ich Ihnen hier nicht auszuführen. Dazu stehen 1992 1 Mill. DM zur Verfügung. Es ist eine große Anzahl von Anträgen gestellt worden. Sie sind nicht alle abschließend beantwortet worden. Bis zum 30.09. besteht noch die Möglichkeit, Anträge in dieser Richtung zu stellen, die auch berechtigten Grund haben, daß sie berücksichtigt werden können. 1991 standen in Thüringen 26 Zufluchtsstätten mit 440 Plätzen für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder zur Verfügung.

Zu Frage 6: Die Landesregierung ist im Bundesrat für eine verschärfte Bekämpfung der Kinderpornographie eingetreten, und wir werden dieses auch weiterhin verfolgen.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön, Herr Minister. Es gibt eine Zusatzfrage der Frau Abgeordneten Nitzpon.

Abgeordnete Frau Nitzpon, LL-PDS:

Herr Dr. Pietzsch, Sie haben ausgeführt, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen Beratungslehrern und dem schulpsychologischen Dienst funktioniert. Ich frage Sie: Halten Sie es für ausreichend, wenn z.B. für Sömmerda und Artern, für zwei Kreise also, nur ein Schulpsychologe eingesetzt ist?

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Ausreichend ist sicher die personelle Besetzung in manchen Bereichen nicht. Ob das für Artern und Sömmerda zutreffend ist, kann ich nicht beantworten, da es zum Teil auch nicht in mein Ressort fällt. Ich werde mich darum kümmern.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Ich nehme an, damit ist diese Frage hinreichend beantwortet. Die Frage in der - Drucksache 1/1542 - wurde von der Frau Abgeordneten Nitzpon zurückgezogen, da diese Frage bereits gestern mittels der Rede des Herrn Ministers für Wissenschaft und Kunst als beantwortet gelten kann. Wir setzen daher fort mit der nächstfolgenden Frage - Drucksache 1/1543 -. Bitte schön, Frau Abgeordnete Nitzpon, tragen Sie ihre Frage vor.

Abgeordnete Frau Nitzpon, LL-PDS:

Betreuung der Grundschüler im Hort

Der Kultusminister betonte mehrfach, daß in den Thüringer Grundschulen der Hort erhalten bleiben soll. Aus vielen Schulen und auch von Eltern werden Klagen über unzumutbare Situationen - sowohl personell als auch finanziell - bekannt. Es entsteht der Eindruck, daß über diesen Umweg der Hortbedarf reduziert werden soll.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde in vielen Elternabenden die Bitte an die Eltern gerichtet, das Kind vorläufig nach dem Unterricht zu Hause zu betreuen?
2. Wieso werden in einigen Schulen die 4. Klassen nicht mehr vom Hort aufgenommen?
3. Weshalb werden Bewerberinnen, gemeint sind Erzieher, für den Hort nicht eingestellt, obwohl überall akuter Personalmangel beklagt wird?
4. Wann und wie will das Kultusministerium zumutbare Bedingungen für die Schulhorte schaffen?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Minister Althaus wird diese Frage beantworten.

Althaus, Kultusminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrte Frau Abgeordnete Nitzpon, ich beantworte Ihre Fragen wie folgt und darf die Frage 1 und 2 im Komplex beantworten: Grundschullehrer, die im Rahmen des Kündigungsverfahrens gemäß Einigungsvertrag eine Erzieherstelle an einem Hort angeboten bekamen, nahmen diese nur zögerlich oder gar nicht an, deshalb sind derzeit fast 200 Erzieherstellen an den Grundschulen in Thüringen nicht besetzt. Für eine Übergangszeit bis zur Besetzung der freien Stellen sind in Einzelfällen die Eltern von den Schulleitern der Grundschulen gebeten worden, einen Hortplatz für ihr Kind nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn es dringend erforderlich ist.

Zu Frage 3: Ca. 200 offene Erzieherstellen wurden zunächst innerhalb des o.g. Kündigungsverfahrens auf der Ebene der Schulämter sowie auf Landesebene Grundschullehrern angeboten. Die jetzt noch offenen Erzieherstellen sollen nach Ausschreibung im Gemeinsamen Amtsblatt des Thüringer Kultusministeriums und Thüringer Ministeriums für Wissenschaft und Kunst besetzt werden. Diese Ausschreibung erfolgt zur Zeit. Eine Bewerbung von Personen, die derzeit nicht im Landesdienst sind, ist dann möglich.

Zu Frage 4: Analysen der Situation an Grundschulhorten ergaben, daß vor allem in der Mittagszeit für ca. 2 Stunden ein besonders hoher Bedarf an Horterziehern besteht. Die neu auszuschreibenden Erzieherstellen wurden und werden aus diesem Grunde in vielen Fällen als Teilzeitstellen ausgewiesen. Das Thüringer Kultusministerium geht davon aus, daß nach der Besetzung dieser Stellen die noch bestehenden Engpässe beseitigt werden können.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Frau Nitzpon, LL-PDS:

Ich habe eine Nachfrage: Ist es möglich bei der offenen Ausschreibung, daß sich auch ausgebildete Freizeitpädagogen, die in diesem Jahr ihr Studium in Zwickau beendet haben, bewerben können?

Althaus, Kultusminister:

Alle, die sich unter dem Rahmen der Erzieherqualifikation - Kultusministerkonferenzbeschluß des Jahres 1990 - befinden, können sich bewerben. Dazu gehören auch Freizeitpädagogen. Auch Erzieherinnen, die bisher in Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen gearbeitet haben, können sich hier bewerben.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Damit ist diese Frage beantwortet. Wir kommen nun zur Frage in der - Drucksache 1/1548 -. Bitte schön, Herr Abgeordneter Weyh, tragen Sie Ihre Frage vor.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Rudolstadt, 13.09.1992 - Ich frage die Landesregierung:

1. Mißbilligt der Thüringer Innenminister das vom Landrat des Kreises Rudolstadt auf die Anmeldung einer Demonstration des Neuen Forums Thüringen ausgesprochene Verbot vom 11.09.1992, insbesondere die dazu gegebene tragende Begründung? Ich zitiere: "Es ist zu erwarten, daß Ihre Ordner die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bei den angemeldeten Veranstaltungen unter Berücksichtigung der Gewaltbereitschaft der Anhänger der DNP nicht verhindern können. Die staatlich eingesetzten Ordnungskräfte werden voraussichtlich nicht in der Lage sein, an allen vorgesehenen Orten und während der gesamten vorgesehenen Zeitspanne jederzeit und überall die erforderliche Sicherheit aller Teilnehmer und auch unbeteiligten Bürger gleichermaßen zu gewährleisten."

2. Hat der Landrat Dr. Thomas auf den Sprecher des Sprecherrates des Neuen Forums Druck ausgeübt, die vom Neuen Forum angemeldete Demonstration freiwillig zu unterlassen?

3. Mißbilligt die Landesregierung ein solches Verhalten?

4. Wenn Ja, welche Maßnahmen hat der Innenminister ergriffen, um sicherzustellen, daß seiner nachgeordneten Behörde künftig derartige Mißgriffe nicht mehr unterlaufen und die Entscheidungen in Demonstrationssachen von demokratischen Grundsätzen getragen und rechtsstaatlich einwandfrei getroffen werden?

5. Ist dies auch in den anderen Landkreisen Thüringens sichergestellt?

6. Ist die Landesregierung mit der SPD der Auffassung, daß den Rechtsradikalen in Thüringen mutig entgegengetreten werden muß und ein Zurückweichen, wie vom Landrat Dr. Thomas offensichtlich ausgeführt, diese Problematik nur eskalieren läßt und nicht löst?

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Herr Staatssekretär Dr. Lippert wird diese Frage beantworten.

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, zu der Anfrage des Abgeordneten Weyh nehme ich für die Landesregierung wie folgt Stellung:

Zu Frage 1: Nach meinen Informationen haben Be dienstete des Landratsamtes Rudolstadt vor Abfassung der fraglichen Verbotsverfügung sowohl mit dem für Versammlungsrecht zuständigen Referat des Landesverwaltungsamtes als auch mit der Thüringer Polizei informatorische Kontakte gehabt. Dem Landrat von Rudolstadt wurde seitens des Landesverwaltungsamtes abgeraten, eine derartige Verbotsverfügung auszusprechen, da die Demonstration des Neuen Forums mit Hilfe der verfügbaren Polizeikräfte ausreichend gegen Störungen hätte gesichert werden können. Der Leiter des Kreisordnungsamtes Rudolstadt wurde über die Möglichkeit, Auflagen zu erteilen, ins Bild gesetzt. Dennoch erfolgte seitens des Landrats das Verbot für die Veranstaltung des Neuen Forums, wobei das Landratsamt offenbar von einer schwerwiegenderen Gefährdungseinschätzung ausgegangen war. Nachdem das Neue Forum beim Kreisgericht Gera-Stadt, Kammer für Verwaltungssachen, am 12.09.1992 gegen die Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verbots einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des dagegen eingelegten Widerspruchs gestellt hat, kam es zu einem Vergleich der Beteiligten. Dieser Vergleich enthielt die Durchführung der beantragten Kundgebung unter Einhaltung verschiedener Auflagen. Es ist in erster Linie Sache der zuständigen Ordnungsbehörden auf Kreisebene, das Bundesversammlungs-gesetz zu vollziehen und hierfür zum Beispiel auch die Verbotsvoraussetzungen des Bundesversammlungs-gesetzes zu prüfen. Eine Mißbilligung in diesem Fall vermag ich daher auf dieser Grundlage, wie soeben vorgetragen, nicht auszusprechen.

Zu Frage 2: Die Frage, ob der Landrat auf den Sprecher des Neuen Forums Druck ausgeübt hat, vermag ich nicht zu beantworten, da mir Kontakte zwischen

dem Landrat und dem Sprecher des Neuen Forums nicht bekannt sind. Insoweit kann ich auch die Fragen 3, 4 und 5 Ihrer Fragestellung nicht so beantworten. Allerdings kann ich Ihnen sagen, Herr Abgeordneter Weyh, daß das Thüringer Innenministerium alle Anstrengungen unternimmt, und dies nicht erst seit heute, sondern schon von Anfang an, um die zuständigen Ordnungsbehörden auf Kreisebene, also die Landratsämter und die kreisfreien Städte, über das Bundesversammlungsgesetz und seine Anwendungen zu unterrichten.

Ich kann Ihnen weiterhin sagen, daß erst gestern, am 17.09., Vertreter der thüringischen Landräte in Weimar beim Landesverwaltungsamt eingeladen waren, um über die Abfassung von versammlungsrechtlichen Bescheiden intensiv unterwiesen zu werden. Dabei wurde auch auf die erforderliche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Aufsichtsbehörden eingegangen. Ferner ist beabsichtigt, allen Landräten und allen Oberbürgermeistern in Thüringen eine schriftliche Ausarbeitung an die Hand zu geben, die als Hilfestellung bzw. als Leitfaden für künftige behördliche Reaktionen auf angemeldete Versammlungen dienen soll. Schließlich habe ich schon vor längerer Zeit die Weisung erteilt, daß sowohl durch die Polizeidienststellen als auch durch die Aufsichtsbehörden auf die Ordnungsbehörden auf Kreisebene intensiv eingewirkt werden soll, was die praktische Handhabung des Versammlungsrechts anbelangt.

Zu Frage 6: Herr Abgeordneter Weyh, ich schließe mich voll Ihrer Auffassung an, daß man den Rechtsradikalen und den Rechtsextremisten in Thüringen mit allen rechtsstaatlichen Mitteln massiv entgegenzutreten muß. Der Innenminister hat gestern in der Aktuellen Stunde dieses Hohen Hauses, ich glaube, das hierfür Maßgebende gesagt. Vielen Dank.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Ich nehme an, der Herr Abgeordnete Büchner hat den Wunsch, eine Zusatzfrage zu stellen. Bitte.

Abgeordneter Büchner, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Staatssekretär, in bezug auf Frage 2 ist Ihnen auch nicht bekannt, daß diese Form des Drucks in unterschiedlichen Pressemitteilungen veröffentlicht wurde?

Meine 2. Frage ist: Ist Ihnen bekannt, was der Verwaltungsrichter Friedrich begründend zu seiner Entscheidung im Kreisgericht Gera gesagt hat? Ich zitiere: "Wenn dem entsprochen würde, so käme dies ei-

ner Bankrotterklärung des Rechtsstaates gleich." Und nachdem der Vizelandrat auf diesen Verwaltungsakt insistieren wollte, hat, und das ist peinlich genug, auch für den Kreis Rudolstadt, der Richter gesagt, er sei gern bereit, dem Landrat und seinem Instrumentarium zwei Jahre Nachhilfeunterricht in Rechtskunde zu erteilen.

Vizepräsident Backhaus:

Bitte schön.

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Darf ich gleich antworten, Herr Präsident. Zu Ihrer Frage 1: Herr Abgeordneter Büchner, mir ist von Amts wegen nicht bekannt und auf dem Dienstwege nicht bekannt geworden, daß da irgendein Druck ausgeübt worden sein soll. Pressemeldungen sind für mich nicht authentisch. Ich kenne es nicht von Amts wegen und auf dem Dienstweg.

Zu Frage 2, die Sie gestellt haben: Sie haben herausgehört aus meiner Antwort, welches die Auffassungen der Polizeibehörden und der Aufsichtsbehörden des Ordnungsamtes waren. Die Polizei war der Auffassung, daß diese Veranstaltung mit Auflagen, aber ohne Verbot stattfinden kann, daß diese Veranstaltung trotz ihrer Bedrohung, die durch Ankündigung der rechten Seite sichtbar war, der Bedrohung, die auf sie einwirken konnte, aus polizeilicher Sicht durchführbar war. Es ist ja unsere Praxis in diesem Land, das darf ich einmal ausführen, daß die Polizeidienststellen, zuständig für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, natürlich den Ordnungsbehörden auf Kreisebene in Sicherheitsdingen Ratschläge geben, Bedürfnisse anmelden. Das ist auch hier geschehen, und das habe ich auch dargestellt. Nur die Bewertung der Ordnungsbehörde ist dann eine andere Sache, und nur in ganz außergewöhnlichen Fällen sieht sich dann die Aufsichtsbehörde genötigt, einzugreifen, entweder durch Weisung oder durch Selbsteintritt. Beides ist möglich.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Herr Abgeordneter Weyh, Sie haben eine Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Herr Staatssekretär, ich muß Sie jetzt leider etwas hypothetisch fragen: Wie würden Sie reagieren, wenn Ihnen auf dem Amtswege bekannt würde, daß der Herr Landrat Dr. Thomas nicht nur auf den Sprecher des Sprecherrates des Neuen Forums eingewirkt hat, sondern auch auf die Stadtverordnetenversammlung

von Rudolstadt, die ursprünglich geplante Veranstaltung zu unterlassen?

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Da kann ich nur so reagieren, wie Sie es schon in Ihrer Prämisse gesagt haben, hypothetisch und deswegen überhaupt nicht. Ich müßte dann den Einzelfall kennen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Herr Abgeordneter Weyh, Sie haben eine letzte, zweite Zusatzfrage.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Ich frage ganz unmißverständlich: Hält die Landesregierung den Herrn Landrat Dr. Thomas nach den Ereignissen vom 15.08. und 13.09. für fähig und in der Lage, als

(Unruhe bei der CDU, F.D.P.)

staatlich übertragene Aufgabe Demonstrationsrecht zu exekutieren oder nicht?

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Backhaus:

Ich bitte um Ruhe.

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter, das Thüringer Innenministerium hat das in seiner Zuständigkeit liegende getan, um die Ordnungsbehörden generell, die Leiter der Ordnungsbehörden, die Landräte, die Oberbürgermeister der kreisfreien Städte in einem gesteigerten informativen Sinne über das Versammlungsrecht aufzuklären.

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Das scheint nicht gefruchtet zu haben, Herr Staatssekretär.)

Die Fortbildungsmaßnahmen gehen weiter.

(Beifall und Heiterkeit im Hause)

Vizepräsident Backhaus:

Repetitio est mater sapientiae - die Wiederholung ist die Mutter der Weisheit. Herr Abgeordneter Geißler, es sind jeweils zwei Zusatzfragen gestellt worden aus der

Mitte des Hauses wie auch vom Abgeordneten selbst. Ich lasse keine weiteren Fragen zu. Die Frage ist damit beantwortet.

Wir setzen fort mit der Mündlichen Anfrage des Herrn Abgeordneten Möller - Drucksache 1/1549 - .

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Stellenplan des Landesrechnungshofes

Im Kapitel 11 01 des Landeshaushaltes 1992 sind sechs Planstellen mit Sondervergütung für Abteilungsleiter des Rechnungshofes ausgebracht, da das Thüringer Landesbesoldungsgesetz noch nicht vorliegt. Zwei dieser Sondervergütungsstellen sind für Abteilungsleiter vorgesehen, deren Abordnung demnächst ausläuft. Die Umwandlung dieser Stellen in die vorgesehenen Besoldungsgruppen B 5 bzw. B 4 und die Ernennung zu Mitgliedern des Rechnungshofes ist also dringend erforderlich, um die vorhandenen Fachkräfte in Thüringen zu halten.

Ich frage deshalb die Landesregierung:

1. Ist es richtig, daß der Finanzminister zwei Sondervergütungsstellen des Kapitels 11 01 in Planstellen der Besoldungsgruppen B 4 ku und B 5 ku umgewandelt hat?

2. Warum hat die Landesregierung die vorgeschlagenen Ernennungen für die beiden Abteilungsleiter auf diese Stellen bisher nicht vorgenommen?

3. Warum hat die Landesregierung während des Haushaltsvollzuges vom Präsidenten des Rechnungshofes ein neues Strukturkonzept mit der Vorgabe angefordert, die vom Landtag bewilligten sechs Abteilungsleiterstellen auf vier zu reduzieren?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Herr Finanzminister Dr. Zeh wird die Frage beantworten.

Dr. Zeh, Finanzminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Möller, die thüringische Landesregierung nimmt zur Mündlichen Anfrage wie folgt Stellung:

Es ist zutreffend, daß im Haushaltsplan 1992 bei Kapitel 11 01 sechs Stellen "SV" das sind Sondervergütungen, ausgewiesen sind, für weitere Mitglieder des Rechnungshofes im Sinne von § 3 Abs. 1, § 5 Abs. 2 des Landesrechnungshofgesetzes. Diese Stellen sind

allgemein für den vorgenannten Personenkreis vorgesehen und nicht speziell für "Abteilungsleiter, deren Abordnung demnächst ausläuft", Herr Möller. Die Ausbringung von SV-Stellen ist im Haushaltsplan in mehreren Einzelplänen erfolgt, und zwar stets dann, wenn die Festlegung der Besoldungsstufe dem Landesbesoldungsgesetz vorbehalten bleibt. Die Umwandlung dieser Stellen in die Besoldungsgruppe B 5 und B 4 ist entgegen der Aussage in der Vorbemerkung des Abgeordneten von der Landesregierung nicht vorgesehen. Ich bitte aber um Verständnis, daß aus grundsätzlichen Erwägungen die Einzelfragen derzeit nicht beantwortet werden können, da sie verwaltungsinterne Vorgänge bzw. eine noch nicht abgeschlossene Kabinettsache betreffen. Selbstverständlich bin ich bereit, Sie über das Ergebnis zu gegebener Zeit zu unterrichten.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Sie wünschen eine Zusatzfrage zu stellen, Herr Abgeordneter Möller? Bitte.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Dr. Zeh, ich bin etwas verwundert, daß Sie es ablehnen, diese Frage hier zu beantworten, denn das ist ja das Recht des Landtags in meinen Augen auch, über Interna etwas zu erfahren durch diese Fragen. Ist Ihnen ein Schreiben Ihres Hauses bekannt, was die Umwandlung der Sondervergütungsstellen in die Stellen B 4, B 5 mit dem ku-Vermerk dem Rechnungshof zusichert?

Dr. Zeh, Finanzminister:

Es gibt im Zusammenhang mit der Besoldung im Rechnungshof viele Schreiben, die hin- und hergehen. Da es aber noch keine abgeschlossene Kabinettsangelegenheit ist, kann ich dazu abschließend noch nichts sagen.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Ist Ihnen ein solches Schreiben bekannt oder nicht?

Dr. Zeh, Finanzminister:

Ich hatte eben gesagt, es gibt mehrere Schreiben insgesamt, die diesen ...

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Mit diesem Inhalt, den ich eben benannt habe.

Dr. Zeh, Finanzminister:

Das müßte ich noch einmal nachprüfen.

Vizepräsident Backhaus:

Nun haben wir aber die Fragemöglichkeiten ausgeschöpft, Herr Möller.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Das war ja nur eine Frage.

Vizepräsident Backhaus:

Ich habe zwei Fragen bemerkt, Herr Möller, also das, wollen Sie mir schon zugestehen, das kann ich innerlich zählen. Gibt es eine Frage aus der Mitte des Hauses? Herr Dietze, bitte schön.

Abgeordneter Dietze, SPD:

Aus meiner Sicht ist die Diskussion um ein Strukturkonzept, das mit dem Landeshaushaltsplan 1992 bereits zum Gesetz erhoben wurde, nicht mehr kabinettintern. Wieso beantworten Sie dann die dritte Frage nicht, Herr Dr. Zeh, bzw. ich hätte gern diese Antwort.

Dr. Zeh, Finanzminister:

Jetzt fragen Sie mich noch einmal zu einer Antwort, die ich bereits gegeben hatte.

Abgeordneter Dietze, SPD:

Diese Antwort haben Sie noch nicht gegeben, Sie haben abgelehnt, diese Frage zu beantworten.

Dr. Zeh, Finanzminister:

Ich habe die Antwort so formuliert, wie sie sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt für uns als Landesregierung beantworten läßt. Ich möchte höchstens hinzufügen, daß der Entwurf des Landesbesoldungsgesetzes sich zur Zeit in der Anhörung der Spitzenverbände befindet und dann anschließend vom Kabinett als Gesetzentwurf zur Vorlage beim Landtag beschlossen wird. Nach Vorlage dieses Gesetzentwurfes bleibt es dem Gesetzgeber vorbehalten, Änderungen vorzunehmen, gegebenenfalls auch im Sinne des Antragstellers, und Gesetzgeber sind in dem Fall Sie, also ist immer noch Zeit, in diesen Vorgang so einzugreifen, wie Sie es dann auch gern wollen.

Vizepräsident Backhaus:

Jetzt hat sich der Herr Abgeordnete Wien gemeldet, um eine zweite Zusatzfrage zu stellen.

Abgeordneter Wien, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Minister, ich möchte Sie noch fragen, ob Sie denken oder die Landesregierung gedenkt, die vorgeschlagenen Ernennungen tatsächlich vorzunehmen?

Dr. Zeh, Finanzminister:

In diesem Zusammenhang muß ich noch einmal auf meine Beantwortung der ersten Frage verweisen, daß das eine nicht abgeschlossene Kabinettsache ist. Sie können auch durch weitere Zusatzfragen diese Sache und diese Aussage nicht verändern.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Wir schreiten fort zur nächsten Frage. Es ist eine solche des Herrn Abgeordneten Wien - Drucksache 1/1550 -. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Wien, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Betreiber von Asylbewerberheimen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Asylbewerberheime gibt es zur Zeit in Thüringen?
2. Welche Firmen sind jeweils beauftragt, die Heime zu betreiben? Hat es andere Bewerber gegeben?
3. Haben in jedem einzelnen Fall Ausschreibungen stattgefunden?
4. Welche Kriterien hat die Landesregierung für die Auswahl der Betreiber angelegt?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Herr Minister Dr. Pietzsch wird die Frage beantworten.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr geehrter Abgeordneter Wien! Es gibt in Thüringen zur Zeit 57 Gemeinschaftsunterkünfte für Asylbewerber. Dazu kommen vier Aufnahmeeinrichtungen für jüdische Kontingentflüchtlinge im Verantwortungsbereich der jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte, und das bitte ich zu beachten, im Verantwortungsbereich der Kreise und kreisfreien Städte. Daneben existieren die Landesaufnahmeeinrichtungen Tam- bach-Dietharz, Katzhütte, Mühlhausen und Breiten- heerda, wobei sich bei diesen Landesaufnahmeeinrich- tungen etwas ändern wird. Ein Teil dieser Landesauf- nahmeeinrichtungen wird geändert werden und geht in die großen Aufnahmeeinrichtungen zur Abwicklung des Asylverfahrens beim Bund ein.

Zum zweiten: Welche Firmen sind jeweils beauftragt worden? Ich könnte Ihnen nun natürlich die gesamte Liste vorlesen, das bringt Ihnen nicht allzuviel. Ich stehe zu Ihrer Verfügung, wenn Sie die Betreiber- firmen im einzelnen wissen wollen. Lassen sie es mich allgemein beantworten: Bei den 57 Gemeinschafts- unterkünften muß erst einmal darauf hingewiesen wer- den, daß sie durch die jeweiligen Kreise selbst geschaf- fen worden sind. Das Ministerium für Soziales und Ge- sundheit ist lediglich beratend tätig, hat sich allerdings die Kontrolle über die Preisgestaltung der Einzelver- träge vorbehalten. Insgesamt sind in Thüringen tätig drei Wohlfahrtsverbände, fünf Kreise, die in eigener Regie das auch betreiben, nicht nur organisiert haben, und 17 Firmen zur Betreuung der Asylbewerber. Dabei entfallen sechs Liegenschaften auf die Wohlfahrtsor- ganisationen und die übrigen dann auf Privatfirmen. Ob es in jedem Fall Ausschreibungen gegeben hat, er- gibt sich aus meinen bisherigen Ausführungen bereits daraus, daß zum Teil die Kreise dafür zuständig sind, daß auch, und das bitte ich zu berücksichtigen, unter dem Zeitdruck, insbesondere in der ersten Zeit, nicht in jedem Fall eine Ausschreibung stattgefunden haben kann. Man mußte gerade in der ersten Zeit auf erfah- rene Betreiber, insbesondere aus den Altbundesländern, zurückgreifen, und auf diejenigen, denen die Liegen- schaften gehörten. Es ist so, daß auch viele, denen die Liegenschaft gehörte, sich als Betreiber angeboten haben und das Ganze dann denen übertragen wurde. Im einzelnen Fall wurde natürlich berücksichtigt das Konzept des Betreibers, der Preis, den der Betreiber mit den Kreisen verhandelt hat, und es wurde natürlich auch berücksichtigt die Lage der Einrichtung, die Größe der Einrichtung und die Ausstattung der Einrichtung. Jeder interessierte Wohlfahrtsverband und jede interessierte Firma sind weiterhin aufgerufen, solche Liegenschaften in den Landkreisen anzubieten. Die Wohlfahrtsverbände wurden übrigens regelmäßig in den Beratungen der Liga der Wohlfahrtsverbände dringend gebeten, sich für die Betreuung der Asylbe- werber auch als Betreiber in einer Liegenschaft zur Verfügung zu stellen. Ich nutze hier die Gelegenheit, die Freien Wohlfahrtsverbände nochmals aufzurufen,

sich dieser Arbeit zu stellen und als Betreiber für Asylbewerberheime aufzutreten.

Welche Kriterien hat die Landesregierung für die Auswahl der Bewerber angelegt? Ich habe das zum Teil schon ausgeführt. Das sind Erfahrungen, Konditionen, auch des Preises, Konzept, insbesondere aber auch das Konzept zur Sicherheit der Heime, Lage, Größe, Zustand der Einrichtungen. Es ergibt sich aus der Beurteilung des Betreuungskonzeptes eines Betreibers, auf eine bestimmte Liegenschaft abgestellt, ob dieser den Vorstellungen des Kreises oder auch des Landes entspricht. Aus den gewonnenen Erfahrungen in Thüringen, ich habe es gestern schon einmal gesagt, mit aller Vorsicht und mit aller Zurückhaltung, ist es aber ersichtlich, daß es zunehmend gewalttätige Angriffe auf Asylbewerber, glücklicherweise bisher in Thüringen nicht, gegeben hat. Ganz offensichtlich haben die jeweiligen Kreise und auch meine Mitarbeiter die notwendige Sensibilität zu den jeweiligen Vertragsabschlüssen gezeigt, daß dieses Konzept bisher recht gut aufgegangen ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang hier den Kreisen, die sich sehr engagiert haben für diesen Bereich, sehr herzlich danken. Ich möchte aber auch von diesem noch einmal den Aufruf an diejenigen starten, insbesondere Städte, die bisher es nicht fertiggebracht haben, Asylbewerberunterkünfte in ihren Mauern zur Verfügung zu stellen: Es ist eine Pflicht der kommunalen Gebietskörperschaften, und ich denke, wir werden von dieser Pflicht nicht abrücken. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn in einzelnen Städten durchaus Aktivitäten entfacht werden oder entfaltet werden um Verständnis für ausländische Mitbürger zu wecken, aber auf der anderen Seite die gleichen Städte nicht in der Lage sind, einen Asylbewerber unterzubringen.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Abgeordnete Pohl hat eine Zusatzfrage. Bitte schön.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Herr Minister, ich frage Sie: Welche Städte und welche Landkreise haben bis jetzt noch keine Aufnahmekapazitäten erschlossen, und welche Maßnahmen werden Sie in dieser Richtung unternehmen?

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Herr Pohl, es sind insbesondere kreisfreie Städte, und ich will nicht sagen, überhaupt nicht, manche haben dabei unzureichende Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Ich nenne hier leider Erfurt, Weimar, auch Jena. Die Kreise haben sich zur Verfügung gestellt und haben es bisher gut abgearbeitet. Ich denke, ich werde auch notfalls zu dem Mittel greifen müssen, daß andere

Ansprüche dieser Gemeinden dann entsprechend berücksichtigt werden oder nicht berücksichtigt werden.

Vizepräsident Backhaus:

Bitte schön, Herr Pohl, eine zweite Frage.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Herr Dr. Pietzsch, mir liegt eine Liste vor, wonach Städte wie Erfurt-Stadt, Weimar-Stadt und auch der Landkreis Stadroda keinerlei Aufnahmen bis jetzt gemacht haben, und das würde ja Ihrer Antwort etwas widersprechen.

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Herr Fiedler, was ist bei Ihnen los zu Hause?)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist kommunale Selbstverwaltung.)

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Ich kann eigentlich nicht sagen, daß es meiner Antwort widerspricht, sondern ich habe genau diese Orte ...

(Unruhe im Hause)

Vizepräsident Backhaus:

Meine Herren, bitte.

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

... und diese Städte genannt, wobei zum Teil eine Kapazität angeboten wird, die unzureichend ist in meinen Augen.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Herr Dr. Pietzsch, Sie sagten ja "nur unzureichend", und ich meine "noch gar keine Aufnahmen".

Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit:

Herr Pohl, dann muß ich Sie darauf aufmerksam machen, daß Sie nicht ganz genau hingehört haben, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: "keine oder unzureichend".

Vizepräsident Backhaus:

Es gibt offenbar keine weitere Zusatzfrage. Doch, aber eigentlich haben wir jetzt die Zusatzfragen abgearbeitet.

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD:
Stadtroda?)

Die Herren werden sich doch untereinander verständigen. Herr Abgeordneter Weyh, Sie wissen doch, daß der Herr Abgeordnete Fiedler nicht der Sozialminister ist, da kann er die Frage nicht beantworten, nicht wahr?

(Heiterkeit im Hause)

Wir setzen fort. Ich mache darauf aufmerksam, daß die in der - Drucksache 1/1552 - enthaltene Anfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Möbus als Kleine Anfrage behandelt wird. Wir kommen damit zur letzten Anfrage. Es ist eine solche von zwei Abgeordneten, die gemeinsam hier behandelt wird. Ich bitte den Herrn Abgeordneten Möller seine Frage vorzutragen - Drucksache 1/1555 -, und dann den Herrn Abgeordneten Rieth.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Im Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation zwischen dem Land Hessen und dem Land Thüringen verpflichteten sich beide Länder zu einer längerfristigen Kooperation auf den Gebieten des Sparkassen- und Girowesens und des öffentlichen Versicherungswesens.

Pressemitteilungen zufolge ist die Möglichkeit der Schaffung einer länderübergreifenden Körperschaft zur kommunalen Beamtenversorgung in einem Gesetzentwurf der Landesregierung jedoch ausgeschlossen worden.

Ich frage die Landesregierung:

Aus welchen Gründen wird der Schaffung einer eigenständigen Thüringer Körperschaft der Vorzug gegeben?

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Der Herr Abgeordnete Rieth setzt fort.

Abgeordneter Rieth, SPD:

Kommunale Beamtenversorgung in Thüringen

Der Thüringer Ministerpräsident, Herr Dr. Bernhard Vogel, wandte sich in seinem Antwortschreiben vom 28. Juli 1992 an den bayerischen Staatsminister des Innern, Herrn Dr. Edmund Stoiber, bezüglich der kommunalen Beamtenversorgung in Thüringen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wird mit dem in diesem Briefwechsel erwähnten Gesetz über den Thüringer Versorgungsverband (Versorgung kommunaler Beamter) der zwischen Hessen und Thüringen unterzeichnete Staatsvertrag für ein öffentlich-rechtliches Sparkassen- und Versicherungswesen unterlaufen?

2. Ist von der Landesregierung vorgesehen, daß der bayerische Versorgungsverband Betreuungsaufträge bezüglich der Versorgung kommunaler Beamter übernimmt bzw. sind solche bereits übernommen worden?

3. Mit welchen Optionen der Landesregierung wird gewährleistet, daß die eingezahlten Beiträge und Prämien der Versicherten in Thüringen verbleiben?

4. Besteht die Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf die Entscheidungen der Geschäftsführung des bayerischen Versorgungsverbandes (z.B. eigenes Stimmrecht in den relevanten Gremien)?

5. Würde eine thüringisch-hessische Verbundlösung, also eine Koppelung der Versorgungskassen an die eigene Brandkasse, zu einer Stärkung der öffentlich-rechtlichen Spar- und Brandkasse führen?

6. Würde eine solche Kopplung - weil alle Erträge aus der treuhänderischen Geschäftsführung der eigenen Brandkasse zufließen - den Wert der Thüringer Beteiligung erhöhen?

7. Würden im Falle der Vergabe der treuhänderischen Geschäftsführung an den bayerischen Versorgungsverband im Gegensatz zu einer Kopplung der Versorgung kommunaler Beamter an die eigene Thüringer Brandkasse doppelte Kosten für die Nutzung von Rechenzentren, Verwaltungsgebäude und Personal anfallen?

8. Mit welcher Begründung soll bezüglich der Versorgung kommunaler Beamter eine Verbundlösung mit Bayern eingegangen werden?

(Beifall Abg. Weyh, SPD)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Herr Staatssekretär Lippert wird die Frage beantworten.

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, Sie gestatten, daß ich zunächst die Anfrage von Herrn Abgeordneten Möller beantworte.

Die in den Altländern bestehenden Versorgungseinrichtungen haben bereits einen hohen Bestand an Versorgungsfällen. Diese müßten bei einer länderübergreifenden Lösung von den Kommunen in Thüringen mitfinanziert werden. Bei den Thüringer Kommunen hingegen werden in der Regel erst nach Ablauf der beamtenversorgungsrechtlichen Wartezeit von fünf Jahren Versorgungsfälle in größerem Umfang zu erwarten sein. Zahlenmäßig werden diese Versorgungsfälle zunächst gering sein, da die Zahl der Verbeamtungen im kommunalen Bereich noch nicht sehr hoch ist. Der Thüringer Versorgungsverband wird die Größenordnung von zusammengenommen mindestens zwei der drei bestehenden hessischen Einrichtungen haben. Beim Zusammenschluß mit einer anderen kommunalen Versorgungseinrichtung außerhalb Thüringens würden die Thüringer Kommunen die Mitträger dieser Versorgungseinrichtung sein und diese auswärtigen Versorgungseinrichtungen entlasten. Aus diesen Gründen erschien es der Landesregierung sinnvoll, in dem Gesetzentwurf einen eigenen Thüringer Versorgungsverband vorzusehen. Soweit die Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Möller, Herr Präsident.

Ich komme nun zur Beantwortung der Anfrage von Herrn Abgeordneten Rieth und antworte wie folgt:

Zu Frage 1: Nein. Der Staatsvertrag enthält für die Beamtenversorgung keine entsprechende Bindung.

Zu Frage 2: Der bayerische Versorgungsverband hat unabhängig davon, ob ein Thüringer Versorgungsverband oder aber eine länderübergreifende Einrichtung geschaffen wird, Finanz- und Verwaltungshilfe angeboten. Von diesem kostenlosen Betreuungsangebot haben inzwischen über 200 Gemeinden Gebrauch gemacht. Im Rahmen dieser Betreuung finanziert der bayerische Versorgungsverband bereits einige Versorgungsfälle zinslos vor. Die Frage der Übertragung von Betreuungsaufgaben unterliegt dann nach Errichtung dem Verwaltungsrat des künftigen Thüringer kommunalen Versorgungsverbandes.

Zu Frage 3: Gerade ein eigener Thüringer Versorgungsverband gewährleistet, daß die Beiträge und Prämien der Versicherten in Thüringen verbleiben. Ich möchte hinzufügen, es ist davon auszugehen, daß die Vertreter der Thüringer Kommunen und des Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen, aus denen sich ja der Verwaltungsrat des künftigen Versorgungsverbandes zusammensetzt, die Thüringer Interessen wahren werden.

Zu Frage 4: Nein, der Gesetzentwurf sieht einen ausschließlich Thüringer Versorgungsverband vor. Sollten die Selbstverwaltungsorgane die Geschäftsführung in der Aufbauphase einem bestehenden Versorgungsver-

band auf Zeit übertragen, untersteht dieser Verband insoweit direkt dem Thüringer Selbstverwaltungsorgan.

Zu Frage 5: Der kommunale Versorgungsverband ist eine Solidargemeinschaft, die sich weitgehend aus Umlagen finanziert und diese Mittel zur Erfüllung der satzungsgemäßen Verpflichtungen einsetzt. Er hält darüber hinaus lediglich Sicherheits- und Schwankungsrücklagen vor. Gewinne, die zur Stärkung der öffentlich-rechtlichen Brandkassen abgeführt werden könnten, entstehen nicht.

Zu Frage 6: Da verweise ich, Herr Abgeordneter, auf die Frage 5 und die Antwort hierzu.

Zu Frage 7: Die Landesregierung geht davon aus, daß weder der bayerische Versorgungsverband noch die hessisch-thüringische Brandversicherungsanstalt Kassel-Erfurt Überkapazitäten bei entsprechenden Einrichtungen, also beim Rechenzentrum, bei den Verwaltungsgebäuden oder beim Personal, vorhalten. Kapazitäten, die für den neu zu errichtenden Versorgungsverband Thüringen benötigt werden, müßten daher in jedem Fall neu geschaffen werden. Doppelte Kosten entstehen hieraus nicht.

Zu Frage 8: Da ein eigener Thüringer Versorgungsverband geschaffen werden soll, scheidet, Herr Abgeordneter, eine Verbundlösung logischerweise aus. Danke schön.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön, Herr Staatssekretär. Der Herr Abgeordnete Pohl wünscht eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Pohl, SPD:

Herr Staatssekretär, stimmen Sie mit mir darin überein, daß bei einer Zusammenarbeit der kommunalen Versorgungskasse mit der thüringisch-hessischen Sparkassenorganisation eine sehr effektive und für Thüringen vorteilhafte Betreuung bei der Anlage der Rücklagen sichergestellt werden könnte.

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Die Zusammenarbeit erfolgte wegen des Verwaltungsrats, wenn das so ist, wie vorgesehen im Gesetz. Und die Frage der Zusammenarbeit, die Sie fragen oder anstreben, vermag ich hierin nicht ohne weiteres zu sehen. Ich sehe darin keine größere Effizienz in einem übergreifenden Verband.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Herr Abgeordneter Rieth.

Abgeordneter Rieth, SPD:

Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, daß die kommunale Versorgungskasse in Kassel in Anbetracht der angespannten Finanzlage der Thüringer Kommunen die Bereitschaft ausgedrückt hat, die Beteiligung des kommunalen Versorgungsverbandes Thüringen an einem zusätzlichen Verwaltungsaufwand auf das geringstmögliche Maß zu reduzieren, daß damit eine deutliche Kostenersparnis für die Thüringer Kommunen eintreten würde?

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Rieth, dies ist mir so nicht bekannt. Ich gehe davon aus, daß in den Anhörungen zum Gesetzentwurf dies aber eingeführt wird. Im übrigen kann ich mir nicht ganz vorstellen, wie der Verwaltungsaufwand verringert werden soll.

Vizepräsident Backhaus:

Nun gut. Jetzt möchte der Herr Abgeordnete Möller noch nachfragen. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Staatssekretär, ich möchte Sie fragen, ob denn bei dem Verfahren der Erstellung des Gesetzentwurfes, der in der Presse zitiert worden ist, der hessisch-thüringische Sparkassen- und Giroverband und die öffentlichen Versicherungsanstalten und die Brandversicherungsanstalt gehört worden sind? Und wenn ja, wie haben sie sich dazu geäußert?

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter, dieser Gesetzentwurf war ja zunächst einmal ein Referentenentwurf und ist jetzt im ersten Durchgang durch das Kabinett. Nun erfolgen die Anhörungen der Verbände, und nach Anhörung der Verbände erfolgt der zweite Durchgang im Kabinett.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Das ist jetzt die letzte Möglichkeit, bitte schön, Herr Abgeordneter Rieth.

Abgeordneter Rieth, SPD:

Herr Staatssekretär, stimmen Sie mit mir darin überein, daß der Geist des thüringisch-hessischen Staatsvertrages für ein öffentlich-rechtliches Sparkassen- und Ver-

sicherungswesen dadurch unterlaufen wird, indem das Land Hessen es als demütigend empfinden muß, wenn man auf der einen Seite Thüringen ohne jegliche Gegenleistung eine 25prozentige Beteiligung an einem bereits bestehenden Unternehmen, nämlich der Brandkasse, zukommen läßt, andererseits aber seitens der Thüringer Landesregierung bezüglich der Beamtenversorgung Geschäfte mit anderen macht.

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Wo sind denn das Geschäfte, es geht um Versorgung.)

Dr. Lippert, Staatssekretär:

Verehrter Herr Abgeordneter Rieth, ich stimme mit Ihnen nicht überein, denn es handelt sich um zwei völlig verschiedene Gegenstände.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Wir schließen damit diesen Tagesordnungspunkt. Ich darf feststellen, wir haben heute alle hier vorgesehenen Fragen behandelt.

Wir kommen nunmehr, wie besprochen, zur

Wahl des Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden des dritten Untersuchungsausschusses

und folgen damit dem Einsetzungsbeschluß des gestrigen Tages. Ich darf Ihnen bekanntmachen: Die CDU-Landtagsfraktion hat Herrn Abgeordneten Egon Primas vorgeschlagen zur Wahl als Ausschußvorsitzenden und die SPD-Landtagsfraktion hat den Herrn Abgeordneten Dr. Peter Gundermann vorgeschlagen als stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Wird dazu eine Aussprache gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst ab über den Vorschlag zur Wahl des Ausschußvorsitzenden, den Herrn Abgeordneten Egon Primas. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Es gibt 3 Gegenstimmen. Danke. Stimmenthaltungen? Es gibt einige Stimmenthaltungen. Danke schön. Damit ist mit eindeutiger Mehrheit der Herr Abgeordnete Egon Primas als Vorsitzender dieses Untersuchungsausschusses gewählt. Ich gratuliere Ihnen, Herr Abgeordneter.

(Beifall bei der CDU, SPD, F.D.P.)

Wir setzen fort mit der Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden des dritten Untersuchungsausschusses.

Ich stelle zur Abstimmung den Vorschlag der SPD-Fraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Peter Gundermann als stellvertretenden Ausschußvorsitzenden zu wählen. Wer dem seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Es gibt keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? Es gibt 3 Stimmenthaltungen. Danke schön. Damit ist der Herr Abgeordnete Dr. Peter Gundermann ohne Gegenstimme bei 3 Stimmenthaltungen als stellvertretender Ausschußvorsitzender gewählt. Auch ihm meinen herzlichsten Glückwunsch.

(Beifall bei der CDU, SPD, F.D.P.)

Wir wünschen beiden Ausschußvorsitzenden eine gute Hand bei ihrer verantwortungsvollen Arbeit. Damit haben wir auch diesen Punkt abgearbeitet. Wir setzen nunmehr fort. Ich rufe auf den ursprünglichen **Tagesordnungspunkt 15**

Weiterführung der Beteiligung des Bundes an der Kulturfinanzierung in Ostdeutschland 1993 und in Folgejahren mit Beträgen in der Höhe der 1991 bereitgestellten Mittel sowie Bildung einer Stiftung bzw. eines Fonds "Sicherung der Kultur in Thüringen"

Entschließungsantrag der Fraktion

LL-PDS

- Drucksache 1/1527 -

Ich eröffne die Aussprache und bitte die den Antrag eingebracht habende Fraktion, das Wort zu ergreifen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Höpcke.

(Einige Mitglieder der CDU-Fraktion verlassen demonstrativ den Saal.)

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, am 12. September 1991, vor einem Jahr und 6 Tagen, hatten wir hier über eine Bundesratsinitiative zur Kulturfinanzierung 1992 beraten, mit der Aufforderung an die Landesregierung, sich dafür einzusetzen, daß die Zahlung von Bundesmitteln 1992 erstens nicht beendet wird, und daß zweitens die Mittel erhöht werden, da bei Ausbleiben das Weiterexistieren von Orchestern, Theatern, Museen, Gedenkstätten und Büchereien in Thüringen nicht gewährleistet werden kann, weil wegen der prekären wirtschaftlichen Situation die dafür notwendigen Steuermittel des Landes und der Kommunen fehlen würden.

Ich glaubte damals und meine immer noch, wir sind hierbei davon ausgegangen, daß das Kulturbedürfnis

entgegen gewissen Erscheinungen, daß da und dort das Publikum nicht mehr so stark strömt oder Ausstellungen nicht mehr so stark besucht werden, dennoch vorhanden ist, dennoch geachtet werden muß. Vor allen Dingen muß dafür gesorgt werden, daß angesichts einer möglichen erneuten Belebung nicht zuvor Möglichkeiten der Befriedigung dieses Bedürfnisses zerstört worden sind. Der Vokabel vom "Straffen der Kulturlandschaft" wurde der Satz entgegengehalten: Hier straft, wer strafft.

Ich nehme an, wir alle empfanden es als gut, daß eine fraktionsübergreifende Gemeinsamkeit sich gezeigt hat von liberalen und sozialistischen Demokraten in diesem Haus, von damals Neuem Forum mit Grünen und Demokratie Jetzt (heute Bündnis 90/Grüne/Neues Forum), von sozialen und christlichen Demokraten sowohl beim Erkennen der Notwendigkeit eines solchen Antrags als auch dann bei der Abstimmung, die einstimmig in diesem Haus gewesen ist.

Es folgte die Sitzung des Landtags vom 23. Januar 1992, in welcher die Landesregierung uns über die Reduzierung der Überbrückungsfinanzierung von 900 auf 780 Mill. Mark, also um 13 Prozent gegenüber 1991, unterrichtete, zugleich aber die Ansicht äußerte, der Aufforderung, das bestmögliche Ergebnis zum Nutzen der Kultur in Thüringen zu erreichen, habe sie Genüge getan. Die Sorgen um die Substanzerhaltung von Kultur in Thüringen wurden erneut zum Ausdruck gebracht im März 1992 während der Aussprache zur Regierungserklärung und im Mai bei der Haushaltsdebatte. Da beriefen wir uns unter anderem auf einen in Eisenach tätigen Geiger aus den USA, der in einem Brief an Ministerpräsident Dr. Vogel vor der "Bestialisierung des Daseins" warnte, wie er sie in seiner Heimat im Gefolge drastischer Kulturmittelkürzungen unter Reagan als Gouverneur hatte erleben müssen. Die Antworten auf solche Sorgen waren insgesamt regierungsamtliche Besänftigungsversuche.

Um so mehr ließ es aufhorchen, als im vorigen Monat, im August 1992, laut und deutlich auch von Thüringer Regierungsseite Protest erhoben wurde gegen die Kürzung der Beteiligung der Bundesregierung an der Kulturfinanzierung in den ostdeutschen Ländern auf nur noch 350 Mill. DM im Jahre 1993. Zuerst Minister Dr. Fickel, dann aber auch Ministerpräsident Dr. Vogel haben Einspruch dagegen eingelegt. Es wäre gut zu hören, wie dieser Einspruch nun im weiteren politikfähig gemacht werden soll bzw. was dazu schon unternommen wurde und worin bisher erwirkte Zwischenergebnisse bestehen.

Mancher hat auf solche Auskunft vielleicht schon am 8. September 1992 gehofft. Da gab es das "Erfurter Gespräch" zu später Fernsehstunde aus dem Palmenhaus.

"Theater ums Theater" - das war Thema und Streitfrage. Beteiligte: eine Moderatorin, ein Minister, drei Intendanten. Nicht beteiligt: Künstler und betroffenes Publikum. Was soll's. Verluste sind zu befürchten, das Land und der Bund mindern Mittel für Theater und Orchester in Thüringen, und auf den Kommunen lastet der Hauptteil der Sorgen. Neue Töne, auch durch seinen charmanten österreichischen Dialekt, brachte Intendant Mittendrein aus Altenburg ins Gespräch. Kulturelle Verluste ziehen, so seine bedenkenswerte Einwendung, wirtschaftliche Verluste nach sich. Soziale Konflikte lösen kulturellen Abbau aus. Wer über Finanzierung, Fusionen, kurz: nur über Methoden für Sparprogramme nachdenkt und redet, kapituliert der nicht schon im Vorfeld vor den Leuten mit den einfachen Antworten? Ob man zu denen, die im Vorfeld kapitulieren, auch Minister Fickel zählen muß, wurde nicht ganz klar an diesem Abend. Bei der Aufzählung der erforderlichen Millionenbeträge zuckte er die Schultern und wiederholte, was er schon im Frühsommer des Jahres kundtat: "Es wird weniger Geld werden, und darauf müssen sich die Kommunen einstellen." So einfach ist das, obwohl auch er die Sache insgesamt so einfach nicht zu machen versucht.

Herr Schindhelm, Intendant in Nordhausen, wußte auf die Frage, ob es denn wahr sei, daß er sich in Gera um die Intendanz beworben habe, nicht einmal eine einfache Antwort. Was blieb, war der Eindruck, daß er die Flucht nach vorn antreten will, nachdem die Nordhäuser Theater GmbH auch keine Befreiung aus den Finanznöten verspricht. Der Intendant des Nationaltheaters in Weimar, Herr Wendrich, rechnete vor, daß er im Verhältnis zu den großen Bühnen in Stuttgart, München oder Hamburg mit seinem Haus sowieso benachteiligt ist. Aber die in seinem Theater verfügbare Summe, ca. 25 Mill. DM, sei immerhin fast so viel, wie in Thüringen für alle Theater zur Verfügung steht. Zum Finanzierer und zum Amtsbewerber gesellte sich Herr Mittendrein, wie gesagt, und zugleich unterschied er sich. Das Plädoyer für ein Theater, das die Sorgen und Nöte der Mitbürger teilt, das ums Überleben kämpft und entschlossen ist, humane Werte, tolerante Haltung und Solidarität zu bewahren und mit hohem künstlerischen Anspruch zu gestalten, das fand den Beifall sowohl der Leute im Abendstudio als auch sicherlich vieler nächtlicher Zuschauer. Sie alle fanden sich wieder in den guten Argumenten Mittendreins, oder fast alle, denn zwei Herren, deren parteipolitische Identität hier nicht näher bezeichnet werden soll, taten Intendant Mittendreins Gedanken mit der Bemerkung ab: "Siehste, ein echter Besserwessi." Ach ja.

Es kommt vor, daß man unter dem Eindruck der massiven Zerstörung von Industrie- und Agrarstrukturen sowie angesichts der massenhaften Vernichtung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in unserem Land den

Blick, die Zeit, den Nerv nicht hat oder zu haben glaubt, "zusätzlich" zu beachten, was kulturell vor sich geht. Wann immer wir so denken, irren wir uns. Da ist nichts Zusätzliches, das eine steckt im anderen. Nivelierung und Banalisierung in Kunst, Sprache und alltäglicher Kultur gehen einher mit ökonomischem Verfall. Ein Leben mit weniger Kultur bedeutet: Unser Stolz wird gebrochen, seelisch starke Charaktere werden seltener. Um so mehr wollen wir uns den Werten und Werken humanistischer Kultur zuwenden, eingedenk der Erkenntnis: In Kultur und Sprache lebt oder stirbt unser Selbstbewußtsein.

Eine breitgefächerte und interessante Kulturlandschaft ist Voraussetzung für die Anziehungskraft der Kommunen, sowohl für den wirtschaftlichen Aufschwung als auch für die Entwicklung des Tourismus. Vor allem aber ist diese Landschaft und ihre Pflege Grund unseres geistigen und seelischen Selbstverständnisses. Als kulturell offene, sensible und aktive Bürger Thüringens sind wir erst Bürger dieses Planeten. Das ist überall so in der Welt. Weltanschauungen und Weltempfinden einschließlich von Religionen vermögen Gesellschaften zu stabilisieren, zu sensibilisieren und zu verändern.

Parteienübergreifend sollten wir dafür sorgen, daß die Schranken niedergerissen werden, die den Umgang mit der Kultur, ja oftmals schon den Zugang zu ihr behindern oder erschweren. Es handelt sich um Denkschranken und um soziale Schranken. Ahnungen, Warnungen und Visionen sind wesentliche geistige Herausforderungen. Künste und Wissenschaften wie Kultur des Alltags, erweitern und vertiefen die Empfänglichkeit für Utopie, für Beispiele humaner Gesellschaftsgestaltung. Gleichzeitig setzen wir uns entschieden dafür ein, daß entsprechend dem UNESCO-Grundsatz von der demokratischen Zugänglichkeit der Werke der Kultur im reichen Deutschland den armen Deutschen und ihren Mitbürgern aus anderen Ländern nicht die Begegnung mit wertvoller Kultur erschwert oder sie sogar unterbunden wird. Wir setzen uns ein für eine an den Interessen arbeitender Menschen wie Arbeitsloser orientierten Freizeitkultur und dafür, daß der Kultur für Kinder und Jugendliche wieder stärkere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ich teile die Ansicht von Frau Dr. Ursula Püschel, die im Sommer 1992 geschrieben hat: "Es müßte eine Grundverständigung darüber geben: Der Zugang aller Menschen zu aller Kunst und Kultur ist nicht nur ein Kriterium für, sondern ein Element von Demokratie. Wenn dieser Stoffwechsel stockt, nicht stattfindet, gefährdet ist, führt es zu Schäden, die das gleiche Gewicht haben wie Verbrechen an der Natur oder das alltägliche Verbrechen des Patriarchats."

Zu unserem Vorschlag, eine Stiftung bzw. einen Fonds "Sicherung der Kultur in Thüringen" zu bilden: Wie ist die Lage? Beim Umgang mit dem Finanzdefizit in der Kultur erliegen manche, da kaum eigene Mittel aufgebracht werden können - insbesondere mangelt es an den Industriestandorten und daraus sprudelnden Steuern - der Verführung, sich gegenseitig den Schwarzen Peter zuzuschieben, das Land - den Kommunen, die laut Gesetz für die Kultur zuständig sind. Die Kommunen berufen sich aber darauf, daß die Kulturfinanzierung keine Pflichtaufgabe ist. Jeder zeigt auf den anderen, den Schaden haben unsere kostbare Thüringer Kulturlandschaft, in Not geratene Künstler, Kunsteinrichtungen, Kunsthochschulen, Bibliotheken usw. Ein Kulturfonds ist zwar nicht die Lösung, aber ein brauchbares Mittel könnte er schon sein. Beim Land angesiedelt, unter Kontrolle und Beteiligung von Trägern aller Art böte eine solche Stiftung Gelegenheit für die Überwindung "kleinkariierter Lösungsversuche", weil Sponsoren und Mäzene, Vereine und Verbände, aber auch Ministerien verschiedener Kompetenz Gelegenheit hätten, Fördermittel, Spenden und Zuwendungen zusammenzuführen, die zur Verbesserung der Kulturfinanzierung durch Kreis und Kommunen beitragen würden. Eine solche Stiftung bietet Gelegenheit, daß insbesondere Künstler selbst mit über die Vergabe von Mitteln entscheiden können, daß im besten Sinne Durchschaubarkeit und demokratische Mitwirkung gewährleistet werden.

Drei Quellen, aus denen die Stiftung gespeist wird, muß man besonders hervorheben: die unter dem Namen "Treuhand" bekannte Wirtschaftsanstalt; das Ausland und alles, was zum Kulturstandort Thüringen gehört.

Die Treuhandanstalt hat den Kommunen bereits kulturelle Immobilien, Kulturhäuser, Bibliotheken und dergleichen aufgehalst. Solches "Erbe" bringt wenig Freude, mehr Kosten. Dennoch, die Anstalt hat Kostbarkeiten aller Art in Betrieben und ehemaligen Institutionen verfügbar, Sammlungen, Einrichtungen und anderes, die nicht ausschließlich im Marktinteresse verschleudert werden sollen. In einer Stiftung wäre das meiste gut und sicher zu aller Nutzen angebracht. Ein kulturbefflüssener Vertreter dieses Unternehmens sollte selbst der Stiftung "Sicherung der Kultur in Thüringen" angehören.

Das Ausland entdeckt derzeit Thüringen. Investorenreisen, Studienaufenthalte und anderes verdichten die Meinung: "Dort ist es historisch, ästhetisch, künstlerisch interessant; dort sind Weltkultur und Weltkunst erlebbar, wenn nur wirtschaftlich mehr zu holen wäre, dann ..." Die Stiftung "Weimarer Kunst" setzt dort an, mit Erfolg, wie es scheint. Mit Blick auf ganz Thüringen locken noch andere Kostbarkeiten: Burgenland-

schaft, Parks und Gärten, Thüringer Musiklandschaft, Glas-, Keramik-, Porzellankultur, Kulturgeschichte im Zeichen Europa, kostbare Kunstsammlungen, Kirchenarchitektur, Orgellandschaft, Wissenschaftsgeschichte und deren Zeugen. Fazit: Genauso wie kein fernöstlicher oder amerikanischer Tourist Salzburg ausläßt auf seinem Europaturn, sollte künftig auch keiner Thüringen unbesucht lassen. Das setzt voraus: Alles stimmt - hohe künstlerische Leistung, Service, Verkehrsanbindung usw. Der Kulturstandort Thüringen als Wirtschaftsfaktor. Bedingungen: wirtschaftlicher Aufschwung, nicht Krise. Dazu sollte auch ein touristisches Gesamtkonzept geschaffen werden. Der Fonds kann dabei helfen, kann Kräfte konzentrieren. Grundsatz sollte sein: keine kulturellen Abstriche dulden, Neues fördern, Vielfalt beibehalten, Weltoffenheit, nicht Abschottung.

Es wäre ein arges Mißverständnis, würde man den Vorschlag zur Bildung einer Stiftung bzw. eines Fonds zur Sicherung von Kultur in Thüringen so auffassen, als solle er Ersatz für die Beteiligung des Bundes mit Bundesmitteln an der Kulturfinanzierung in Ostdeutschland sein. Nein, die Forderung auf Fortführung dieser Zahlungen mindestens in der Höhe der 1991 bereitgestellten Beträge besteht daneben weiter. Es geht um zwei sich ergänzende Maßnahmen.

Gelegentlich hört man, wenn wir solche Forderungen erheben, dann würden die Vertreter der westlichen Bundesländer uns nicht verstehen; gelegentlich werden sie sogar des Egoismus bezichtigt. Ich habe am 17. und 18. August auf einem wissenschaftlichen Kolloquium in Kassel etwas ganz anderes erlebt. Da haben Landes- und Kommunalpolitiker aus östlichen und westlichen Ländern diskutiert über Kulturentwicklung und Kunstmanagement in Deutschland. Und obwohl natürlich die Vertreter aus westdeutschen Städten gesagt haben: "Nun denkt mal nicht, als ob es uns blühend gehe, als ob bei uns gerade für die Kultur die Mittel nur so fließen würden ..." haben sie doch großes Verständnis dafür gehabt, daß hier besondere, über ihre Sorgen hinausgehende Probleme bestehen. Der Jenaer Kulturdezernent Hattenbach hat dort ein Papier vorgelegt unter dem Titel: "Strukturwandel gegen Substanzverlust. Forderung nach einer anderen Bonner Kulturpolitik in den neuen Ländern". Natürlich ist gemäß dem Charakter eines solchen Kolloquiums darüber nicht abgestimmt worden. Ein Kolloquium ist kein Entscheidungsorgan. Aber dieses Papier ist im wesentlichen akzeptiert worden. Und wenn der Präsident gestattet, würde ich vier Folgerungen, auf die dieses Papier hinausläuft, am Schluß meines Beitrages zitieren.

Vizepräsident Backhaus:

Ja, bitte.

Abgeordneter Höpcke, LL-PDS:

Es wird dort gesagt: "Notwendig ist für die Sanierung, das Erhalten und das Betreiben der kulturellen Einrichtungen, Institute, Infrastruktur und Angebote, die notwendigen Übergangsfinanzierungen über einen angemessenen Zeitraum zur Verfügung zu stellen.

2. die ideellen Voraussetzungen für den in den verschiedenen Bereichen notwendigen Strukturwandel zu schaffen: Qualifizierung, Vernetzungs-, Kooperationsstrukturen, Kulturentwicklungsplanung z.B. für Infrastrukturmaßnahmen, Erhaltung anderer bewährter bzw. innovativer kulturpolitischer Ansatzpunkte und Lösungen,

3. kulturelle Formen und Angebote zu entwickeln und zu fördern, die möglichst von vielen Menschen genutzt werden bzw. kulturell innovativ sind und günstigere Finanzierungsmöglichkeiten bieten,

4. die Fortführung der Diskussion um die künftige Erhaltung der kulturellen Werte in den neuen Bundesländern unter Mitwirkung von kulturpolitischen Verantwortungsträgern aus Kommunen der neuen Bundesländer direkt und über die kommunalen Spitzenverbände mit dem Ziel eines zusätzlichen Förderprogramms. Dieses Finanzierungsprogramm", so heißt es hier weiter, "soll sich an den wirklichen Gegebenheiten orientieren und in einem angemessenen Zeitraum die Weiterexistenz durch wirksame Motivationen für einen strukturellen Wandel setzen."

Ich beantrage zum Schluß die Überweisung des vorgelegten Antrages zur Beratung in die Ausschüsse für Wissenschaft und Kunst sowie für Haushalt und Finanzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne/Neues Forum, LL-PDS)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Das Wort hat nunmehr der Herr Abgeordnete Dr. Wagner, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Dr. Wagner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Kulturlandschaft eines Landes ist Teil der Identität seiner Bevölkerung. Sie ist historisch gewachsen. Jede Generation übernimmt sie als Erbe von der vorausgehenden. Sie ist verpflichtet, sie zu hegen und zu pflegen, um sie möglichst unverseht und bereichert an die nächste Ge-

neration weiterzugeben. Diese Aufgabe gleicht insofern jener der Bewahrung der natürlichen Umwelt, die sich in den letzten Jahren so sehr in das Zentrum unseres Bewußtseins geschoben hat. Vergleicht man nun die Aufmerksamkeit, die beide Bereiche in diesem Hause bisher gefunden haben, so dominiert eindeutig die Sorge um den Schutz der Umwelt, während die Sorge um den Schutz der Kulturlandschaft eher stiefmütterlich behandelt wurde. Zuletzt diskutierten wir hierüber ausführlich im Januar 1992. Dies ist in gewisser Weise auch verständlich, geht es doch beim Schutz der natürlichen Umwelt um die Sicherung unserer physischen Existenz. Doch ist denn eine rein physische Existenz ohne ein kulturelles Umfeld vorstellbar? Ist nicht eine gesunde Kulturlandschaft ebenso wichtig wie ein gesunder Wald? Ich traf kürzlich bei einer Tagung in den Altbundesländern einen Wissenschaftler, der im Anschluß an sein Studium für zwei Jahre in die USA gegangen war. Trotz hervorragender Arbeitsbedingungen und sozialer Stellung zog es ihn nach zwei Jahren in die Heimat zurück. Sicher gab es dafür mehrere Gründe. Er aber erwähnte nur den Umstand, daß er 500 Kilometer fliegen mußte, um das nächste Theater zu erreichen. Nun besteht sicher nicht die Gefahr, daß solche Entfernungen für Thüringen einmal relevant werden, wohl aber die, daß die Entfernung zum nächsten Theater wachsen wird. Wir haben diese Gefahr ebenso erkannt wie jene, daß die in 40 Jahren SED-Herrschaft langsam vor sich hin sterbenden Kulturdenkmäler vor unseren Augen ihren letzten Seufzer tun könnten.

(Beifall bei der CDU)

Das soeben geschilderte Beispiel erweitert den eingangs gespannten Bogen zwischen Umwelt und Kulturlandschaft um einen weiteren Faktor, nämlich das Feld der Wirtschaft. Ich glaube, hier nicht näher ausführen zu müssen, welche Bedeutung das kulturelle Umfeld für die Standortentscheidung vor allem größerer Unternehmen hat, da sie doch Sorge dafür tragen müssen, ihren Führungskräften und deren Familien, vor allem deren Ehefrauen, eine gehobene Lebensqualität zu bieten, damit sie den neuen Standort annehmen. Und hier können wir in Thüringen mit einem reichen Pfunde wuchern, denn neben dem Vorteil unserer geographischen Lage, der hervorragenden Qualifikation unserer Facharbeiter und Wissenschaftler verfügen wir über eine außerordentlich reiche Kulturlandschaft. Sie steht gleichberechtigt in den Ecken eines Dreiecks, das daneben von den Wirtschaftsfaktoren und der natürlichen Umwelt ausgespannt wird. Damit komme ich wieder zu der eingangs angestellten Betrachtung über die Wichtung der Landtagsdebatten über Umwelt und Kultur zurück. Ich könnte sie noch um den Vergleich mit dem Gebiet Wirtschaft erweitern, möchte sie aber eher relativieren, denn entscheidend ist nicht, wie

lange über eine Sache geredet wird, sondern was für sie getan wird.

(Beifall bei der CDU)

In Ausfüllung von Artikel 35, insbesondere Abs. 2 bis 4 und 7 des Einigungsvertrages, hat der Bund ein Substanzerhaltungsprogramm und ein Infrastrukturprogramm aufgelegt und den neuen Ländern 1991 900 Mill. DM zur Verfügung gestellt. Dabei bleiben Mittel für die Denkmalpflege unberücksichtigt. Damit lag der Anteil des Bundes an der Kulturfinanzierung der neuen Länder bei knapp 50 Prozent. In Erwartung einer prognostizierten Wirtschaftsentwicklung der neuen Bundesländer sollte dieser Anteil schrittweise zurückgefahren werden, um die Angleichung an die durch die Kulturhoheit der Länder vorgegebenen Bedingungen der Bundesrepublik zu erreichen. Wie wir inzwischen alle wissen, ist das Tempo des Aufschwung-Ost nicht so hoch, wie wir das erwartet haben. Dies erkennend hat der Landtag in seiner Sitzung vom 12.09.1991 in einer gemeinsamen Entschließung die Landesregierung aufgefordert, sich beim Bund für eine dementsprechende Fortsetzung der Kulturfinanzierung für 1992 einzusetzen. Über ihre Erfolge hat die Landesregierung am 23. Januar dieses Jahres im Landtag berichtet. Doch es war zu diesem Zeitpunkt schon klar, daß damit die Probleme für die Folgejahre nicht gelöst waren. Die Ansätze des Bundeshaushaltes 1993 ließen erkennen, daß unter Berücksichtigung der tarifbedingten Kostensteigerung der Anteil des Bundes an der Kulturförderung unter 10 Prozent sinken würde. Damit wären innerhalb von nur 3 Jahren auf Länder und Kommunen bereits annähernd die Finanzierungsverhältnisse zugekommen, die sich in den alten Bundesländern über Jahrzehnte entwickelt haben. Das heißt, es wäre einzig auf dem Gebiet der Kultur der vollständige Angleich zwischen Ost und West vollzogen worden.

Nun komme ich zu dem vorliegenden Entschließungsantrag der LL-PDS. Wohl im Angesicht dieser prekären Ausgangssituation verlangt sie, daß der Landtag die Landesregierung auffordert, "Bemühungen wieder aufzunehmen, die auf eine über mehrere Jahre andauernde Weiterführung des Bundes an der Kulturfinanzierung ..." usw. Sie haben den Text vor sich. Diese Formulierung unterstellt, daß die Landesregierung ihre diesbezüglichen Bemühungen niemals unterbrochen hätte. Diese Unterstellung ist ungeheuerlich. Sie ist geradezu infam, wenn dieser Antrag im Auftrage der Fraktion von Herrn Höpcke unterschrieben wird,

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

demselben Herrn Höpcke, der als stellvertretender Kulturminister der DDR in herausragender Funktion im

SED-Regime mitverantwortlich war dafür, daß ein Exodus der besten Künstler der DDR wie Sarah Kirsch, Rainer Kunze,

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Erich Löst, Günter Kunert, Wolf Biermann, Katharina Thalbach, Manfred Krug, Jutta Hoffmann, Angelika Domröse, Armin Müller-Stahl, Hilmar Thate, Jurek Becker sich vollzogen hat. Die Liste ist nicht vollständig, ich könnte sie beliebig fortsetzen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Herr Höpcke, der mitverantwortlich dafür war, daß durch das Schalck-Golodkowski-Imperium Kulturgüter der damaligen DDR ins Ausland verschoben wurden,

(Beifall bei der CDU, SPD, F.D.P., Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

und der mitverantwortlich war dafür, daß die Kulturdenkmäler unseres Landes dem Verfall preisgegeben wurden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Höpcke, in Vorbereitung dieses Tagesordnungspunktes glaubte ich schon, Sie hätten langsam den Gipfel Ihrer Unverfrorenheit erreicht, aber Sie haben mich gestern noch eines Besseren belehrt mit Ihrem ungeheuerlichen Feilschen um die Zahl der Toten von Buchenwald und Ihrer unglaublichen Unterstellung, die CDU-Fraktion hätte gern noch mehr abgerechnet.

Vizepräsident Backhaus:

Herr Abgeordneter, ein Eingehen auf einen Vorgang, den ich mit einem Ordnungsruf belegt hatte, verbietet sich. Das wissen Sie doch. Ich mache Sie darauf aufmerksam und ermahne Sie.

(Beifall Abg. Frau Heymel, SPD)

Abgeordneter Dr. Wagner, CDU:

Ich bitte um Verzeihung. Zur Sache: Was hat die Landesregierung zur Sicherung der Kulturfinanzierung getan? Am 22. Mai 1992 übernahm nach einem Beschluß der 7. Regionalkonferenz der Ministerpräsidenten der neuen Länder in Cottbus der Thüringer Ministerpräsident Dr. Vogel die Aufgabe, ein gemeinsames Konzept zur Fortsetzung der Programme der Kulturförderung bis zur Neuordnung des Finanzausgleiches zu erarbeiten. Am 19. Juni 1992 legte Dr. Vogel in einem Brief an Bundesinnenminister Seitzers die Probleme ausführlich dar und warb um sein "ganz persönliches Engagemant in diesen lebenswichtigen Fragen".

Am 9. September wandte sich unser Ministerpräsident mit einem Schreiben gleichen Inhalts an alle Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages, die Vorsitzenden der ostdeutschen Landesgruppen sowie an die Vorsitzenden der zuständigen Arbeitsgruppen der CDU-Fraktion. Im Ergebnis dieser Bemühungen, die die Landesregierung ohne Aufforderung durch die LL-PDS unternahm, sagte der Bundeskanzler während der Haushaltsdebatte in der vergangenen Woche bereits eine Aufstockung der Mittel zu, wie sie auch von den Bundestagsfraktionen von CDU, F.D.P. und SPD gefordert wurde.

(Beifall bei der CDU)

Da die Fraktion LL-PDS zumindest durch den Brief unseres Ministerpräsidenten an die Fraktionsvorsitzenden des Bundestages, also auch an Ihren Genossen Gysi, über die Bemühungen der Thüringer Landesregierung informiert war, entlarvt sich Punkt 1 Ihres Antrages als ein reines Propagandamanöver;

(Beifall bei der CDU)

ein Propagandamanöver, mit dem Sie unserer Bevölkerung suggerieren wollen, Sie wären der Wächter über die Thüringer Kulturlandschaft. Die Thüringer werden Ihnen das nicht abnehmen, schon gar nicht wegen Ihrer Altlasten.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zum zweiten Punkt des Antrags: Hier kann ich mich verhältnismäßig kurz fassen. Eine Stiftung macht bekanntlich nur dann einen Sinn, wenn ihre Kapitalausstattung nennenswerte Erträge abwirft. Woher soll nun dieses Kapital kommen? Hier ist zunächst von Landesmitteln die Rede. Wenn es diese in ausreichender Höhe gäbe, könnten sie direkt im Haushalt eingestellt werden und bedürften nicht des Umweges über eine Stiftung, was nichts anderes wäre als eine Haushaltsumgehung. Bleibt die Spekulation über Gelder in- und ausländischer Sponsoren. Dies ist eine blanke Illusion, denn alle Erfahrungen der Altbundesländer zeigen, daß private Sponsoren sich vorzugsweise gezielt bei spektakulären Einzelprojekten engagieren, weil dies für sie in der Regel werbewirksamer ist. Auch der Gedanke an eine Aufteilung des in veränderter Form weitergeführten Kulturfonds der ehemaligen DDR, der ist hier zwar nicht geäußert, brächte nichts ein, verfügt doch dieser Fond lediglich über 12 Mill. Mark, und zwar für die gesamten neuen Bundesländer, einschließlich Berlin. Es gäbe natürlich einen Lösungsansatz. Wenn es Ihnen gelingt, das Parteivermögen der SED, einschließlich der ins Ausland verschobenen Gelder, herbeizuschaffen und in eine zu gründende Kulturstiftung Thüringens einzubringen, würden wir

Ihren Antrag auf Errichtung einer solchen Stiftung natürlich unterstützen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Solange dies jedoch nicht geschieht ...

(Zwischenruf Abg. Frau Zimmer, LL-PDS: Sie machen sich lächerlich, Herr Wagner, Sie leben zwei Jahre hinter der Zeit, wenn Sie immer noch nicht wissen, was wir eigentlich gemacht haben.)

Machen Sie sich einmal kundig, wo Ihre Gelder geblieben sind. Wenn Sie es wissen, dann bringen Sie sie doch her. Solange Sie dieses aber nicht vollziehen, solange es nicht auf den Tisch gelegt wird, ist auch dieser Punkt wie der erste nichts als heiße Luft.

(Beifall bei der CDU)

Nichts als heiße Luft, Propaganda im SED-Stil mit dem Ziel, sich als Retter der Thüringer Kulturlandschaft darzustellen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU Fraktion lehnt diesen Antrag ab, weil sie die Gewißheit hat, daß die Thüringer Landesregierung in Wahrnehmung ihrer Verantwortung alles in ihren Kräften stehende getan hat und auch weiter tun wird, um die Weiterführung der Beteiligung des Bundes an der Kulturfinanzierung in Ostdeutschland 1993 und in den Folgejahren zu erwirken.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hatte der Herr Abgeordnete Dr. Wagner. Ich bitte nunmehr den Herrn Abgeordneten Enkelmann von der SPD-Fraktion zu uns zu sprechen.

Abgeordneter Enkelmann, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Kulturpolitiker sollte es jederzeit freuen, wenn jemand, egal aus welcher Vergangenheit er kommt, auf die Notwendigkeiten der Erhaltung eines der wertvollsten Güter dieses Landes hinweist und Ideen dazu beiträgt.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Und es sollte ja wohl auch, und ich hoffe, die CDU-Fraktion teilt mit mir diese Hoffnung, Menschen unter

uns geben, die aus ihren Fehlern lernen und auf neuen Positionen zum Besseren einen Weg beschreiten wollen. Vielleicht auch in Ihrer Fraktion? Allerdings gebe ich gern zu, daß der Antrag, den wir hier gehört haben, in vieler Hinsicht Positionen einnimmt, die aus der Großen Anfrage der SPD-Fraktion eigentlich schon von vor einem Jahr herrühren. Das macht sie dadurch aber nicht falscher und unglaubwürdiger, auch wenn sie durch die PDS aufgenommen worden sind. Es bleibt mir an dieser Stelle, noch einmal daran zu erinnern, daß in Kürze, so hoffe ich, hier in diesem Landtag eine abschließende Behandlung unserer Großen Anfrage stattfinden wird und die damit offenen Fragen zur Gestaltung, und zwar nicht nur zur Erhaltung, sondern eben auch zur Gestaltung der Thüringer Kulturlandschaft, stattfinden wird. Ich warte immer noch auf das, was vor einem Jahr schon zugesagt war - ein touristisches Konzept zur Erschließung der Kulturlandschaft Thüringens. Ich warte immer noch auf die Einlösung eines Antrages, 2 Prozent der Mittel am öffentlichen Bau für kulturelle Investitionen an diesen Gebäuden zu verwenden. Ich warte immer noch darauf, daß das Ministerium für Wissenschaft und Kunst zum dringend nötigen Katalysator wird, die Gestaltung der Kulturlandschaft aus Landesmitteln und durch Landesinitiative und durch die Kommunen vor Ort zu gestalten.

Aber, und ich hoffe, mit diesem Hohen Haus da einig zu sein, die Debatte um die Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft in Thüringen sollte nicht zum parteipolitischen Hickhack werden, sondern zur gemeinsamen Anstrengung.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Wenn wir in diesem Land Kapital haben, das uns nicht durch die Anpassungskrise kaputtgeht, dann wohl das menschliche Kapital, die Fähigkeiten unserer Menschen und das Glück einer reichen Kultur aus der Vergangenheit. Dieses Erbe zum Wucher zu machen, ist Aufgabe aller, und da sind doch wohl hoffentlich alle Ideen, mögen sie dem einen oder anderen auch, was die Personen betrifft, nicht in den Kram passen, gefragt. Es wäre schade, wenn eine der guten Ideen zuschanden wird.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Meine Damen und Herren, wenn der Kanzler vor kurzem, und jetzt wissen wir es ja auch genau, diese Überbrückungsmittel mit rund 600 Mill. Mark aufgestockt hat und damit seiner Pflicht, die Bundesregierung ihrer Pflicht aus dem Einigungsvertrag wieder ein Stück näherkommt, so ist Entspannung für kurze Zeit

angesagt, aber bei weitem nicht das geleistet, was geleistet werden muß, daß unser Land selbst seine Kulturhoheit wahrnimmt und eben diese finanzierte Bedenkzeit, oder nennen wir es doch anders: die Hilfe einer Krücke, nicht länger wahrnehmen muß.

Ich erwarte von dieser Landesregierung und von diesem Hohen Haus, daß wir den Stolz im Rücken haben, die Kulturhoheit so schnell als möglich mit eigenen Mitteln und mit eigenen Konzepten wahrzunehmen. Mir scheint, und das sage ich hier wirklich als Befürchtung, daß an der Basis der Kulturschaffenden durch zu lange Überbrückungen und durch zu lange Mittel, die nur von oben fließen, innovative Kräfte gebremst werden. Es gibt glücklicherweise genügend interessante Einsätze, selbst bei den Theatern und Orchestern, die ja nun das meiste Geld hier verschlingen, die Finanzierungskrise zu überwinden. Wollen wir diese Kräfte fördern und wollen wir sie mit dem nötigen Feingefühl zu Werke gehen lassen? Ich akzeptiere die Argumente, die Dr. Wagner bringt gegen die Stiftung. Ich kenne sie allenthalben. Und trotzdem, Dr. Wagner, haben Sie mit diesen Argumenten noch lange nicht gesagt, wie Sie denn dann ohne eine Stiftung die Kultur mittelfristig in Thüringen finanzieren wollen. Es kann ja wohl nicht darum gehen, eine Haushaltsumgehung hier zu praktizieren, sondern eine möglichst flexible und effiziente Vergabe von Mitteln zu organisieren. Sie selbst wissen und sagen es ja auch, daß natürlich so ein Landeshaushalt sehr schwerfällig ist und auf Gegebenheiten und Notwendigkeiten, gerade im kulturellen Bereich, manchmal nicht in der Lage ist zu reagieren. Und ich frage immer noch: Die Idee der Stiftung steht im Raum. Ein anderes Konzept fehlt. Ich bin gern gespannt, ein anderes zu hören, denn eine unechte Stiftung, wie sie immer beziffert wird, weil sie nicht genügend Kapital hat, kann bei politischem Willen aller hier im Haus über Jahre zu einer echten Stiftung werden, wenn sie denn mit Kapital ausgestattet wird. Und es bleibt zu fragen, meine Damen und Herren, ob fünf Jahre Klotzen im Landeshaushalt, um dann auch andere Dinge mit Ruhe begleiten zu können, sich nicht langfristig weiter auszahlt. Denn um Kapital anzuhäufen, Landesmittel also für etliche Zeit in ein von uns gewünschtes Projekt zu stecken, um dann später von den Früchten dieser Arbeit zu leben, das halte ich immer noch für sinnvoller, als daß wir jedes Jahr hier stehen und wehklagen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Frau Abgeordnete Arenhövel hat offenbar den Wunsch, eine Frage an den Herrn Abgeordneten Enkelmann zu stellen.

Abgeordnete Frau Arenhövel, CDU:

Herr Enkelmann, ich habe an Sie eine Frage, was die Vergangenheitsbewältigung und Altlastigkeit auch gerade im Kulturbereich anbetrifft: Wann endlich wird diese SPD aufhören, in so scheinheiliger Weise mit zweierlei Maß zu messen?

(Beifall bei der CDU)

Abgeordneter Enkelmann, SPD:

Frau Arenhövel, ich gestatte mir, Ihre Frage nicht zu beantworten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Olaf Stepputat, F.D.P.-Fraktion.

Abgeordneter Stepputat, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, in den Jahren der Teilung Deutschlands waren Kunst und Kultur trotz der unterschiedlichen Entwicklung beider Staaten die wesentliche Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation und damit Voraussetzung für die Einheit Deutschlands. Deshalb können wir heute hier sitzen und über dieses Thema reden und entscheiden.

Die Vorstellung, innerhalb von drei Jahren die Finanzierung von Kultureinrichtungen auf einen hohen kommunalen Anteil und eine existenzsichernde Bezuschussung durch das Land umzustellen, hat sich als Illusion erwiesen. Kosteneinsparungen, die durch schwierige Strukturveränderungen, durch die Zusammenführung von Theatern und Orchestern oder durch Personalkürzungen ermöglicht wurden, stehen in keinem Verhältnis zu den explodierenden Personalkosten, die auch aufgrund der extrem langen Kündigungsfristen im Bereich der IG Medien - vielen Dank noch einmal an diese Adresse - hier lähmend wirken. Um dem Ziel des Erhaltes der Kulturlandschaft in den neuen Bundesländern gerecht zu werden und diesen die Möglichkeit zu geben, ihrer Verantwortung für Schutz und für die Förderung von Kultur und Kunst wahrzunehmen, hat der Bund Mittel zur Übergangsförderung zur Verfügung gestellt. Eine Kürzung dieser Mittel ohne die Schaffung der Möglichkeit für die neuen Bundesländer, diese Kürzung aus eigener Kraft zu

kompensieren, würde zu irreparablen Schäden in der Kulturlandschaft führen und ist deshalb unbedingt zu verhindern.

Wir müssen feststellen, meine Damen und Herren, Kultur ist kein Luxus. Kultur ist stabilisierendes Moment einer Gesellschaft und gerade dann von existentieller Bedeutung, wenn andere stabilisierende Momente wie Wirtschaftsstruktur, wie Sozialnetz, wie Bildungswesen gestört sind. Das heißt, Kultur fordert Verantwortung, aber nicht nur von uns Politikern, auch von den Machern, die neue Konzepte entwickeln, neue Ideen entwickeln und umsetzen müssen, auch von den Besuchern, bei denen es nicht damit getan ist, daß sie einmal im Monat ins Theater gehen und sich dann nicht darum kümmern, sondern auch hier ist aktive Beteiligung notwendig, aber auch, wie gesagt, Verantwortungsannahme, Verantwortungsbewußtsein bei den Politikern in Bonn, in Erfurt und in den Kreisen und Kommunen, die ja Träger der entsprechenden Einrichtungen sind.

Wenn ich bei Verantwortung von Politikern bin, komme ich direkt zu Herrn Höpcke. Ein Antrag im Thüringer Landtag, Herr Höpcke, ist nicht Zweck und Mittel tönender Selbstdarstellung, früher Propaganda genannt, sondern soll Probleme aufgreifen und diese einer Lösung zuführen. Ihr Antrag, so, wie er hier gestellt ist, ist sinnfrei und deshalb abzulehnen, weil erstens Landesregierung und Landtag sich schon seit langem, ohne Ihren Antrag, kontinuierlich und erfolgreich, so wie sich abzeichnet, um die Verstärkung der Bundesmittel für die Kulturförderung bemühen und zweitens, wie Herr Wagner und auch Herr Enkelmann vorhin schon kurz anrissen, die Sicherung der Kultur durch eine Stiftung überflüssig scheint, da Spender und Sponsoren sich eher direkt an Theater, Orchester und Museen wenden, und der jährliche Finanzbedarf für eine Stiftung, um einen entsprechenden Zinsertrag zu gewährleisten, Höhen erreicht, die durch das Land auf keinen Fall zu tragen sind. Ich denke auch, eine Überweisung an den Ausschuß Wissenschaft und Kunst erscheint hier wenig sinnvoll, da sich der Ausschuß von allein und mittels besserer Anregungen, zum Beispiel durch die Große Anfrage der SPD, mit diesem Thema beschäftigt und der Antrag aus diesem Grund nicht dazu dienen muß. Insofern ist dieser Antrag so, wie er hier zur Debatte steht, abzulehnen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Ich bitte nunmehr den Herrn Abgeordneten Wien das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Wien, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, alle vier Abgeordneten haben soeben bekundet, daß sie nicht wissen, wie die Kultur in Thüringen zu bezahlen ist. Ich weiß es auch nicht, aber ich weiß, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir, ganz egal, ob uns der Anlaß, darüber zu reden, paßt oder nicht paßt, in der Pflicht sind, ernsthaft darüber nachzudenken,

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

wie sie denn bezahlt werden könnte.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Die Debatte hat nach meinem Eindruck bisher einen polemischen Aspekt gehabt. Sie hat aber durchaus auch, zumal bei den letzteren Rednern, einen fruchtbringenden Aspekt gehabt, und an den möchte ich anknüpfen. Apodiktische Forderungen, wie wir sie ganz zu Anfang hörten, so berechtigt sie sein mögen, bringen uns nicht zur Lösung des Problems, Forderungen nach einem höheren Anspruchsniveau, nach einem höheren kulturellen Bedürfnis überhaupt. Wir wissen, daß hierzulande diese Forderung, immer wieder und immer wieder gestellt, ins Leere lief in den letzten Jahrzehnten und daß uns Vorrechnungen serviert wurden vom ständig gewachsenen geistig-kulturellen Niveau, so daß es eigentlich auch jetzt hier und da zur Last für diejenigen wird, mit dem Begriff an sich korrekt umgehen zu können.

Es war die Rede vom Kulturstandort Thüringen. Ich sage das in diesem Zusammenhang, weil wir hier und da Gefahr laufen, daß ein solcher Begriff zur Phrase verkommt, wenn wir denn nicht genau beschreiben können, was wir eigentlich damit meinen. Ich denke, daß die Kulturlandschaft oder der Kulturstandort Thüringen nicht von denen getragen wird, die sich ein eher kontemplatives Genießen leisten und auf der Durch- oder Einreise sind, sondern von denen, die diese Kultur hier vor Ort zu gestalten und auch in mühsamer Kleinarbeit vorzubereiten haben.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Allenthalben bedarf es in dem Zusammenhang einer gründlicheren Betrachtung, die ich jetzt hier nicht leisten kann, aber zu der ich auffordern möchte, sie nachzuholen, über den Anspruch des Begriffes "kulturvoll". Ich meine, dieses Haus kann so etwas nach außen erst dann wirklich mit einer Hoffnung auf

Wirkung äußern, wenn es denn kulturvoll miteinander zu leben und umzugehen und zu arbeiten gedenkt.

(Beifall im Hause)

Und ich sage Ihnen, daß natürlich die gestrige Debatte mich dazu veranlaßt, solches hier zu sagen. Wenn hier ein Redner gestern im Zusammenhang mit der rechtsradikalen Debatte ein Moseswort zitiert, und da kommt ein Zwischenruf, daß das Alte Testament sei, ich weiß nicht, ob damit gesagt werden sollte, daß es durch das Neue auf eine dem widersprechende Stufe gehoben worden ist

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, LL-PDS,
Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

oder ob es schlechthin freidenkerische Ansätze waren. Natürlich war demjenigen, der hier dieses Wort seinen Ausführungen vorwegstellte, bewußt, vor welchem historischen Hintergrund dieses Wort entstanden sein könnte. Und daß es da natürlich auch Auseinandersetzungen und gerade Auseinandersetzungen zwischen den Stämmen Israels und den Völkern um Israel herum gegeben hat, also eine vergleichbare Situation und ein lohnender Blick aus unserer Not heraus in die Vergangenheit, wie die denn damals damit wohl umgegangen sein könnten. Soweit zu dem als einem Beispiel für das kulturvolle Miteinander.

Politische Kultur wollten wir so, vor fast zwei Jahren uns gegenseitig versprochen habend, üben. Und ich meine, dazu gehört auch die Pluralität der Ansichten und auch unsere Bereitschaft, Konflikte hier ertragen zu können und sie nicht derartig schulmeisterlich zu behandeln, wie wir es gerade vorhin wieder erlebt haben.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Das Ja zur Pluralität schließt das Ja zum Risiko, das fast Unerträgliche tragen zu müssen, ein.

Meine Damen und Herren, ich meine, wir sollten uns nicht scheuen, im Land Thüringen wirklich eine Bedürfnisanalyse in Sachen Kultur zu machen, eine Bedürfnisanalyse, die uns weiterhelfen kann, zu erkennen, was denn tatsächlich für Ambitionen vorhanden sind. Oftmals wird gesagt, "noch" vorhanden sind. Ich weiß nicht, ob die Zeit vor uns so kulturvoll war. Ich weiß nur, warum man ins Theater vorwiegend ging, ich weiß nur, warum man so viel gelesen hat. Ich hoffe, es annähernd zu wissen. Aber eine solche Analyse wäre auf jeden Fall sinnvoll, um uns hier und da auch eine schmerzliche Frage stellen lassen zu können. Ich komme aus einer Kirche, die sich auch Jahrzehnte die

Frage zumuten mußte: Können wir es uns leisten, die großen Kirchen, die großen sakralen Bauten zu erhalten, haben wir das Geld dazu, oder müssen wir es für andere Dinge viel dringlicher verwenden? Können wir den musealen Charakter unserer Gotteshäuser durchhalten? Ich sage das deshalb, weil ich mich nicht scheue, auch den Kultureinrichtungen, den kulturellen Einrichtungen, hier und da diese Frage zuzumuten. Sie kann ja zu sehr produktiven Ergebnissen führen und veranlassen. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch, wenn ich danach frage, wie es denn mit der Bedürfnislage aussieht, auf die Schule kurz zu sprechen kommen. Da der Herr Ministerpräsident anwesend ist, kann ich es mir natürlich jetzt leisten, über die "humane Leistungsschule" ganz kurz etwas zu sagen, und zwar in bezug auf das, was da ausgekramt worden ist. Es ist ja, wenn ich richtig informiert bin, ein Terminus oder ein Begriff, der aus der SPD kommt, und der nun anders besetzt wird.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Gut, es fördert die Auseinandersetzung, aber es sagt auch deutlich, die Leistungsschule ist nicht a priori die humane. Sie ist nicht a priori die kulturvolle Schule.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Wenn wir die Sinndebatte führen, dann dürfen wir die Schule und das Schulwesen, das wir wollen, nicht ausklammern. Wir müssen fragen, welchen Preis ist die Leistungsschule gewillt zu zahlen für die Kultur im weitesten Sinne, für das kulturvolle Miteinander und für die kulturvolle Kreativität? Meine Damen und Herren, ästhetisierendes, deklamatorisches oder gar nostalgisches Beschwören an dieser Stelle hilft letztlich nicht weiter.

Ich meine, daß wir den Gedanken der Stiftung in einem vertiefenden Gespräch, und dazu ist der Ausschuß immer eine gute Gelegenheit, nutzen sollten, damit Stiftung nicht ein Zauberwort bleibt, sondern damit wir versuchen und nichts unversucht gelassen haben, aus dem Gedanken an eine Stiftung vielleicht doch eine kulturelle Anstiftung werden zu lassen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hatte der Abgeordnete Wien. Es spricht nunmehr der Herr Ministerpräsident Dr. Vogel.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Weil zu diesem Thema, das wir gegenwärtig erörtern, das Land Thüringen und ich selbst eine gewisse Federführung unter den jungen Ländern übernommen haben, gestatten Sie mir ein paar Bemerkungen dazu. Sie werden nachher vom zuständigen Minister, von Herrn Dr. Fickel, ergänzt. Gestatten Sie mir auch, Herr Abgeordneter Wien, daß ich auf die humane Leistungsschule in diesem Zusammenhang jetzt nicht eingehe, nicht, weil dazu nichts zu sagen wäre, sondern weil dazu zu viel zu sagen ist, als das man das jetzt bei dieser Gelegenheit könnte.

Unsere Verfassungsordnung in der Bundesrepublik Deutschland weist aus gutem Grund Kultur und Bildung den Ländern zu, weil der Reichtum, anders als beispielsweise in zentralistischen Nachbarländern, der deutschen Kultur in seiner Vielfalt besteht. Jeder weiß, einer der Trümpfe des Landes Thüringen ist der besondere Reichtum dieses Landes in kultureller Hinsicht. Ungeachtet dieser Ordnung, die Grundlage und auch Zielsetzung für unsere Politik sein muß, hat der Einigungsvertrag eine Mitfinanzierung durch den Bund für eine gewisse Zeit vorgesehen, damit die kulturelle Substanz, wie es im Einigungsvertrag heißt, keinen Schaden nimmt. Für diese Übergangszeit scheint uns das aus der besonderen Situation heraus auch gerechtfertigt, wobei der Zielpunkt ganz klar ist: Wir müssen zu einer behutsamen Umgestaltung der kulturellen Landschaft kommen mit dem Ziel, daß das Land mit seiner Unterstützung das tragen kann, was hier im Lande an kulturellem Reichtum vorhanden ist. Wobei ich hier ausdrücklich einmal bemerke, wir sprechen unaufhörlich von den Altlasten. Ich meine, hier haben wir ein besonderes Beispiel guter Erbstücke.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Der kulturelle Reichtum dieses Landes ist gerade keine Altlast, sondern ist eine der kapitalkräftigsten Erbstücke, die dieses Land in die neue Bundesrepublik Deutschland einbringt. Am Anfang, im Jahr 1991, standen seitens des Bundes fast 1,3 Mrd. DM für die neuen Länder zur Verfügung, für Thüringen allein 73,5 Mill. DM Substanzerhaltung und 50 Mill. DM Infrastrukturprogramm. Erhebliche Denkmalschutzmittel sind hinzugekommen. 1992 ist dann auf Drängen der neuen Länder wieder ein erheblicher Betrag, 750 Mill. DM, für Substanzerhaltung und Infrastruktur eingesetzt worden, und es gab Sondermittel beispielsweise für die Stiftung "Weimarer Klassik" in unserem Land und für die Gedenkstätte Buchenwald. Gleichzeitig hat die eben angesprochene Umstrukturierung begonnen. Für 1993 waren von seiten des Bundes deswegen zunächst

keine Mittel vorgesehen. Deswegen haben sich die Ost-Ministerpräsidenten in Cottbus darauf verständigt, daß etwas unternommen werden muß. Es ist unter der Federführung des Thüringer Ministers für Wissenschaft und Kunst ein Konzept zur Fortführung der bundesfinanzierten Programme bis zum Jahr 1996 erarbeitet worden. Es ist uns dann gelungen, im Haushaltsansatz 1993, also in der Vorlage der Bundesregierung, statt Null DM 310 Mill. DM auszuweisen. Ein Erfolg, aber für das, was zu tun ist, nicht ausreichend. Durch das Signal, das der Bundeskanzler in seiner Rede in der letzten Woche im Bundestag dazu gegeben hat, ermutigt, haben wir am letzten Dienstag bei einem Gespräch der Ost-Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung erreicht, daß zugesagt worden ist, daß alle Beteiligten, also sowohl Regierung wie Parlament, in den Haushaltsberatungen eine Aufstockung dieses Ansatzes auf 650 Mill. DM anstreben. Ich glaube, das ist in der Tat ein Erfolg, mit dem wir weiter arbeiten können. Gleichwohl füge ich hinzu: Wir müssen uns darauf einrichten, daß sich diese Übergangsförderung auf dieser Höhe über 1993 hinaus nicht fortsetzen wird und daß uns diese Mittel auch dazu dienen müssen, behutsame Strukturveränderungen vorzunehmen. Das jüngste, besonders erfreuliche Beispiel findet sich bei uns im Lande ja in dieser Woche. Am nächsten Samstag findet das Fusionskonzert der beiden Orchester der beiden Nachbarkreise Reichenbach und Greiz statt. Hier entsteht eine Vogtlandphilharmonie aus zwei Orchestern, und was besonders erfreulich ist, übergreifend für zwei Länder. Die Finanzierung wird von den beiden Städten, wird von den beiden Kreisen und wird von den beiden Nachbarländern, Sachsen und Thüringen, gewährt werden. Ich glaube, das ist ein Beispiel, das in ähnlicher, jeweils situationsbezogener Weise Schule machen sollte. Wir müssen solche Bestrebungen fördern und unterstützen. Und wir müssen zweitens dafür sorgen, daß in die Liste der Kulturgüter von nationalem Rang, die deswegen dauerhaft eine Bundesförderung erfahren, selbstredend auch die Kultureinrichtungen von nationalem Rang in den neuen Ländern aufgenommen werden - sei es zusätzlich oder sei es durch kritische Überprüfung, ob die Liste der alten Länder tatsächlich noch den nationalen Kultureinrichtungen von besonderem Rang entspricht. Jedenfalls ist eines sicher, daß zu diesen Einrichtungen, die eine Dauerförderung durch den Bund zu erfahren haben, speziell auch Einrichtungen im Lande Thüringen gehören müssen. Von den Weimarer Einrichtungen als Beispiel habe ich gerade schon gesprochen.

Meine Damen und Herren, wir haben durch diese Bemühungen ein weiteres Jahr Zeit, die notwendigen Schritte vorzubereiten. Und wir sollten sie gemeinsam gut nutzen, denn eines ist ganz klar, eine der wirklichen Trümpfe, die Thüringen hat, ist der kulturelle

Trumpf, deswegen muß er auch so behandelt werden und so ausgestattet werden, daß er uns erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Das Wort hatte der Herr Ministerpräsident Dr. Vogel. Ich bitte nunmehr den Herrn Minister für Wissenschaft und Kunst, Herrn Dr. Fickel, das Wort zu nehmen.

Dr. Fickel, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, eigentlich ist es ja gar nicht notwendig, nach dem, was der Herr Ministerpräsident jetzt gesagt hat, noch einmal das Wort zu ergreifen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verabredung mit dem Präsidenten des Landtags war eigentlich die, wenn noch weitere Abgeordnete sprechen, daß ich dann darauf reflektieren möchte. Ich möchte nichts wiederholen, und trotzdem gestatten Sie mir, da ich nun einmal hier stehe, einige ganz wenige und kurze Gedanken.

(Heiterkeit bei der SPD)

Nein, ich werde mich nicht wiederholen. Die Formulierung dessen, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat, verstehe ich so einfach und schlicht, daß Kultur in Thüringen Chefsache ist. Aus diesem Grunde hat er hier gesprochen. Thüringer Kulturpolitik ist nicht nur Chefsache hier, sondern Thüringer Kulturpolitik ist auch in Deutschland im gewissen Sinne Chefsache, weil sowohl auf Arbeitsebene, Ministerebene als auch auf Ebene der Ministerpräsidentenkonferenz hier Thüringen Schrittmacher, und wie sich letztlich und endlich gezeigt hat, erfolgreicher Schrittmacher zur Weiterfinanzierung gewesen ist. Aus diesem Grunde muß ich ganz persönlich, und das muß ich einfach sagen, die in diesem Antrag immanent vorhandenen Einwände, daß hier für Kultur in Thüringen nichts getan wird, mit aller Deutlichkeit zurückweisen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ich fühle mich persönlich angegriffen, deshalb sage ich dies. Herr Abgeordneter Höpcke, es beliebte Ihnen eine Fernsehsendung zu kolportieren. Sie fragten, wo denn die Künstler wären, sagen Sie einmal bitte das den Herren Intendanten, daß Sie zwischen Intendanten und Künstlern unterscheiden, was die Ihnen antworten werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, F.D.P.)

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, ich habe bedauert, daß keine Zuschauer an der Diskussion beteiligt waren, und ich habe bedauert, daß keine kommunalen Verantwortungsträger beteiligt waren.

(Zwischenruf Abg. Schulz, CDU: Die Intendanten waren für das ZK.)

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Das ist der Gipfel.)

Nur auf eins muß natürlich auch an dieser Stelle hingewiesen werden. Herr Mittendrein hat seinen Einstieg in das Thüringer Kulturerbe sehr deutlich zum Ausdruck gebracht und schilderte seinen Antritt in Altenburg dahin gehend, daß als erstes an diesem Tage im Ballettsaal die Decke einfiel, woanders war ein Rohr verstopft und die Toiletten waren nicht benutzbar. Dieses Kulturerbe haben wir nicht nur übernommen in diesen beiden Jahren, sondern wir haben diese Zustände auch systematisch bereits zum Positiven geändert.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Wir nehmen für uns in Anspruch, und das dürfen wir tun, daß wir mit allen Mühen um die Erhaltung kämpfen werden und daß es große Schwierigkeiten macht und daß man diese Schwierigkeiten nicht vom Tisch fegen darf, aber man darf die gesamte Entwicklung nicht schwarzreden. Wenn ich nur eine einzige Zahl nenne, daß dieses Land den fünffachen Betrag für Denkmalpflege aufbringt, als das Land Hessen, wenn dieses Land ein Zwanzigfaches von dem praktisch aufbringt für diese Leistung, als das früher in den ehemaligen Bezirken Gera, Erfurt und Suhl der Fall war,

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

dann kann mir niemand sagen, daß Kultur hier nicht im Mittelpunkt politischen Interesses steht. Ich schließe noch einmal an, was ich sagte, deshalb ist das Problem der Erhaltung nicht vom Tisch, dem müssen wir uns stellen, aber wir müssen uns dagegen wehren, daß ständig von einem Kahlschlag gesprochen wird, sondern daß es notwendig ist, die Kultur an Strukturen anzufügen, die richtig und notwendig sind.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Herr Abgeordneter Wien, Sie haben eine für mich außerordentlich interessante Bemerkung gemacht, Bedürfnisanalyse. Ich glaube, genau dies geschieht doch zur Zeit in diesem Land. Landesregierung, Kommunen

und Leute, die vor Ort Kultur betreiben im positiven Sinne, suchen eine solche Antwort auf diese Bedürfnisanalyse. Aber kann man die denn in Wochen, Monaten, auch wenn man sagt in 24 Monaten, bereits geben, sind wir nicht alle in unseren kulturellen Bedürfnissen noch Suchende? Was ist notwendig, und wovon müssen wir uns mitunter schwerfälligerweise trennen?

(Zwischenruf Abg. Geißler, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Sie sind international bekannt, diese Zahlen.)

Ich glaube, ein Bedürfnis, Herr Abgeordneter, läßt sich an dieser Stelle nicht in einer Zahl widerspiegeln.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

(Zwischenruf Abg. Geißler, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Doch!)

Eine Bemerkung zum Problem Stiftung: Thüringen ist bereits ein Land von Stiftungen. Es gibt seit den zwanziger Jahren die Wartburg-Stiftung. Wir haben in diesem Jahr die Stiftung Weimarer Klassik ins Leben gerufen, die Ernst-Abbe-Stiftung als Nachfolger der Carl-Zeiss-Stiftung übernimmt auch kulturelle Aufgaben. Alle diese Stiftungen sind eigentlich Verwalter von öffentlichen Mitteln. Aus diesem Grunde ist eigentlich dem, was der Abgeordnete Wagner gesagt hat zur Stiftung, wenn die Stiftung den Versuch unternemen will, die Kultur grundsätzlich finanziell zu sichern, nichts hinzuzufügen, dies ist einfach nicht leistbar. Überlegen Sie bitte, wenn wir 200 Mill. DM für Kultur ausgeben, dann brauchen Sie 1 Mrd. DM, um bei heutigen Zinsen 100 Mill. Reingewinn oder Zinsgewinn zu haben, da müssen Sie es gut anlegen. Damit wird auch deutlich, daß damit das Problem nicht, das Übel nicht an der Wurzel zu packen ist, sondern das ist doch ein falscher Ansatz, die Hoffnung zu vermitteln, mit einer Stiftung könnte man diese Probleme einfach lösen. Dies bedeutet nicht, daß wir ganz bestimmte zielgerichtet zu lösende Fragen aus Einzelobjekten im Sinne einer Stiftung angehen. Deshalb habe ich vorhin gesagt, welche schon auf den Weg gebracht sind. Die Stiftung "Weimarer Klassik" ist eine gemeinsame Stiftung von Bund, Ländern und der Kommune Weimar. Ich habe gestern das Wort Stiftungskuratorium im Zusammenhang mit der Gedenkstätte Buchenwald gebraucht, und ich glaube, es ist völlig richtig und notwendig, weiter Stiftungen ins Leben zu rufen, um punktuell Lösungen anzubieten. Aber ich bitte Sie ganz herzlich, nicht irgendein verwaschenes Bild zu entwickeln und dann noch den Eindruck zu erwecken, daß mit einer solchen Stiftung alle Probleme gelöst werden. Wenn dies so einfach wäre, bin ich mir ganz sicher, wäre dies bereits bundesdeutscher Durchschnitt.

Eine Bitte ganz zum Schluß: Das, was hier vom Herrn Ministerpräsidenten vorgetragen wurde zur Unterstützung der neuen Länder, zu unserem politischen Erfolg der neuen Länder zur Aufstockung der Kulturmittel, bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Da bitte ich Sie ganz herzlich, Ihren politischen Einfluß geltend zu machen von der SPD, daß die Bundestagsmehrheit, die Bundesratsmehrheit dies unterstützen wird.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Herr Minister, die Frau Abgeordnete Zimmer wünscht eine Zwischenfrage zu stellen.

Dr. Fickel, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Ich weiß, wovon ich spreche, wenn ich diesen meinen letzten Satz geendet habe, denn bislang gab es große Schwierigkeiten bei den alten Bundesländern, hier Zustimmung zu erreichen.

Vizepräsident Backhaus:

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Frau Zimmer, LL-PDS:

Herr Minister, warum versuchen Sie eigentlich permanent den Eindruck zu erwecken, daß die Fraktion Linke Liste-PDS mit ihrem Antrag irgendwie unterstellen würde, daß eine Stiftung die alleinige Lösung für die Finanzierung der Kultur in Thüringen wäre? Herr Höpcke hat aus meiner Sicht sehr deutlich formuliert, daß er davor warnt, gerade diese Unterstellung vorzunehmen und daß er nach wie vor darauf setzt, daß die Bundesfinanzierung gesichert werden muß.

Dr. Fickel, Minister für Wissenschaft und Kunst:

Frau Abgeordnete Zimmer, ich habe mich gegen den in Punkt 1 Ihres Antrages immanent enthaltenen Vorwurf einer Nichttätigkeit der Landesregierung in Person deutlich verwahrt. Ich habe im Zusammenhang mit der Frage "Stiftung" das Wort Linke Liste-PDS nicht in den Mund genommen. Auch von anderen Fraktionen dieses Hauses wurde zum Problem Stiftung Stellung genommen. In der Großen Anfrage der SPD-Fraktion haben wir den Standpunkt der Landesregierung zur Stiftung schon im vergangenen Jahr zum Ausdruck gebracht. Was ich jetzt gesagt habe, steht dabei nicht im Widerspruch.

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Ich gehe davon aus, daß es weitere Wortmeldungen nicht gibt, meine Damen und Herren. Das ist offensichtlich der Fall. Damit schließen wir die Aussprache. Es ist einmal entschieden für eine Ausschußüberweisung gesprochen worden. Ich habe also die Pflicht, zunächst eine Ausschußüberweisung zur prinzipiellen Entscheidung zu stellen. Ich stelle das zur Abstimmung. Wer sich für eine Ausschußüberweisung des vorliegenden Entschließungsantrages entschließt, den bitte ich um sein Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Danke schön. Bei einer recht großen Zahl von Stimmenthaltungen ist doch mit deutlicher Mehrheit die Ausschußüberweisung abgelehnt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag selbst. Ich stelle diesen zur Abstimmung. Wer sich für eine Annahme dieses Antrages entschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Danke schön. Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Bei einer recht großen Anzahl von Stimmenthaltungen ist mit deutlicher Mehrheit dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben damit diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet. Wir kommen nun zum nächsten Tagesordnungspunkt, dem ursprünglichen **Tagesordnungspunkt 13**

**Mißbilligungsantrag
Antrag der Fraktion der SPD
- Drucksache 1/1503 -**

Ich darf zunächst die den Antrag eingebracht habende Fraktion bitten, das Wort zu nehmen. Herr Abgeordneter Dr. Schuchardt bitte.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und meine Herren, Ihnen liegt die - Drucksache 1/1503 -, der Antrag der SPD, vor, der Thüringer Landtag möge der Thüringer Landesregierung seine Mißbilligung aussprechen.

Ehe ich ihnen die Gründe dafür erläutere, gestatten Sie mir zu präzisieren, welche Landesregierung in Thüringen hier gemeint ist. Denn bei grober Betrachtung, also läßt man mal den Wirtschaftsministerwechsel und die zahlreichen gegangenen oder gefeuerten Staatssekretäre weg, dann gab es ja nun in knapp zwei Jahren schon drei verschiedene Landesregierungen. Die erste umschreibe ich mit der Bezeichnung "Duchac - Böck". Diese Regierung wurde Ende 1991 und Anfang 1992 von der SPD hinreichend bewertet und soll nicht Gegenstand der heutigen Mißbilligung sein.

Heute sitzt hier eine Regierung, die man, nun sagen wir mal, mit der Bezeichnung "Vogel - Schuster" beschreiben könnte, und diese Regierung existiert so seit gestern, und auf das Neue an dieser Regierung bezieht sich folglich die von uns beantragte Mißbilligung auch nicht.

Bleibt die dritte Regierung, die ich als die Regierung "Vogel - Böck" bezeichnen möchte. Diese Regierung hat dem Land Thüringen Schaden zugefügt, indem sie mit Pannen, Affären und Skandalen den Ruf der Regierung und damit den des Landes Thüringen geschädigt hat.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Diese Kritik bezieht sich nicht nur auf diejenigen einzelnen Minister, die persönlich in diese Affären verwickelt sind, sondern insbesondere auf Ministerpräsident Vogel, der diese Personen und mit ihnen ihre Affären nicht schnellst möglich und entschlossen aus dem Kabinett entfernt hat.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Der Ruf eines Landes ist außerordentlich wichtig, und das nicht nur, weil es einem peinlich ist, wenn man in anderen Ländern beim Wort "Thüringen" stirnrunzelnd oder gar grinsend die Assoziationen Geldgeschenke oder Hoteldeals genannt bekommt. Wichtig ist dieser Ruf, weil ein positives Image eben auch Investoren anziehen kann und ein negatives Image manchen Investor veranlassen könnte, in einem besser beleumundeten Land seine Arbeitsplätze zu schaffen. Und noch ein Gesichtspunkt, meine Damen und Herren: Wenn eine Regierung wegen ihrer Affären und der Selbstbeschäftigung mit deren Bewältigung über Monate hinweg beschäftigt ist, also nach außen hin geradezu gelähmt erscheint, dann verstärken sich in der Bevölkerung die ohnehin vorhandenen Sorgen oder sogar Existenzängste.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Nun hörte ich mehrfach sagen, und ein sicher gut meinender Abgeordneter schrieb mir in diesem Sinne sogar einen offenen Brief: Nun bitte schön, SPD-Opposition, nun sei doch jetzt möglichst schnell still, es ist ja alles peinlich genug. Es wird mit oppositioneller Kritik doch nur noch schlimmer. Hier liegt natürlich ein völliges Verkennen von Ursache und Wirkung vor, Ursache und Wirkung einerseits und natürlich der Rolle und der Aufgaben einer Opposition andererseits. Es ist geradezu die Pflicht, diese politischen Skandale zu bewer-

ten, insbesondere die Rolle, die ein Regierungschef angesichts solcher Skandale spielt,

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

zu bewerten, ob er das Ruder fest in der Hand hält oder monatelang tatenlos zuschaut, wie das Regierungsschiff an Felsen und Riffen schabt und dabei auch jeder Lack abblättert.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Und ehe Sie jetzt wieder Farbe darüber pinseln, Herr Ministerpräsident, nehmen Sie erst einmal die Drahtbürste zur Hand, es hat sich hier schon eine Menge Rost angesetzt.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Nun sagt Ministerpräsident Vogel zumeist, er müsse erst, bevor er handelt, untersuchen, dies und jenes Detail prüfen, oder es müsse gewartet werden, ob da ein Staatsanwalt Klage erhebt oder nicht und dergleichen.

Meine Damen und Herren, das lasse ich alles gelten, wenn es um eine strafrechtliche Angelegenheit geht oder um eine politisch völlig unklar zu bewertende Sache. Es gibt aber Fakten, die waren von Anfang an ganz klar und unzweifelhaft, und trotzdem handelte Ministerpräsident Vogel nicht bzw. erst nach monatelangem öffentlichen Druck. Ich nenne zur Begründung unseres Antrages nur fünf Punkte, von denen jeder einen Ministerpräsidenten zum sofortigen Handeln hätte bewegen müssen:

1. Ministerpräsident Vogels Inneminister Böck, so stellt sich im Februar 1992 heraus, hat einen erheblichen Geldbetrag cash erhalten und diesen Betrag auf einem formlosen Zettel quittiert. Fragen und Verdächtigungen tauchen öffentlich auf. Innenminister Böck hüllt sich in Schweigen und auch Ministerpräsident Vogel reagiert überhaupt nicht auf diesen unerhörten Umstand. Die Gerüchteküche brodelt. Ein umsichtiger Ministerpräsident hätte einen solchen Innenminister, dem auch noch der höchstsensible Verfassungsschutz zur politischen Verantwortung übertragen ist, wo ein Höchstmaß an persönlicher Integrität erforderlich ist, er hätte einen solchen Innenminister ultimativ auffordern müssen, sich öffentlich zur Herkunft einer solchen Geldentgegennahme zu erklären.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Unverständlich und nicht entschuldigbar, daß dies unterblieb.

2. Im Mai 1992 erscheint ein Bericht im Spiegel über einen angeblichen Zusammenhang zwischen dieser Geldentgegnahme und einem kompetenzüberschreitenden Engagement von Herrn Böck in Autoraststättenangelegenheiten. Bestechungsvorwürfe werden laut. Ich sagte "angeblich", weil eine Kenntnis dieses Zusammenhanges für Herrn Böck nicht bewiesen ist. Ich behaupte diesen auch gar nicht. Aber es ist merkwürdig und löste Betroffenheit in der Öffentlichkeit aus, daß erst jetzt, also im Mai 1992, Herr Böck die Umstände seiner Geldentgegnahme angibt. Seine Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit ist damit derart rampoliert, daß selbst CDU-Mitglieder und Repräsentanten ihn in seinem Amt für nicht mehr tragbar halten. Ministerpräsident Vogel zieht nicht die politische Schlußfolgerung, sondern mutet dem Land Thüringen zu, daß ein weiteres Vierteljahr die Gemengelage aus Wahrheit, Unbewiesenem und Gerüchten brodeln und kochen ein unerträglicher Zustand.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Wo war denn hier die von der CDU vielgepriesene Professionalität von Ministerpräsident Vogel. Sie war ebensowenig erkennbar wie des Kaisers neue Kleider.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Denn die im Mai/Juni entstandene Situation war völlig unabhängig von einer staatsanwaltschaftlichen Bewertung politisch ganz klar zu bewerten.

3. In der sogenannten Dienstwagenaffäre des Sozialministers Axthelm entsteht ein Gutachten des Landesrechnungshofes, eines überparteilichen Verfassungsorgans. Ich gehe davon aus, daß es ein Verfassungsorgan sein wird in Thüringen, wenn es die Thüringer Landesverfassung gibt. Dieses Gutachten ist der Landesregierung und der CDU-Fraktion unangenehm. Der heutige Herr Staatskanzleiminister Trautvetter tritt daraufhin hier an das Pult und erklärt als CDU-Abgeordneter Trautvetter namens der Regierungsfraktion CDU: Der Landesrechnungshof sehe das alles ganz falsch.

(Zwischenruf Abg. Kretschmer, CDU: Er hat es sachlich begründet.)

Also war das Gutachten des Landesrechnungshofes unsachlich, Herr Zwischenrufer, oder was wollen Sie damit sagen?

(Beifall bei der SPD)

Sie machen es ja noch schlimmer. Er stellt damit leichtfertig die Autorität dieses für Thüringen so wichtigen Landesrechnungshofes in Frage. Ministerpräsident Vogel unternimmt nichts dagegen.

(Zwischenruf Dr. Vogel, Ministerpräsident: Wie denn?)

Das will ich Ihnen gleich sagen, Herr Ministerpräsident.

(Unruhe im Hause)

Hören Sie sich bitte meine nächsten beiden Sätze noch an. Ministerpräsident Vogel unternimmt also nichts dagegen, wie hier ein Abgeordneter seiner Regierungsfraktion das Verfassungsorgan Landesrechnungshof beschädigt. Ich habe jedenfalls nicht gehört, daß er sich hier schützend vor den Landesrechnungshof gestellt hätte.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Ich habe davon, zumindest öffentlich, in dieser Angelegenheit, Herr Ministerpräsident, nichts gehört, im Gegenteil, statt dessen wird nun gestern aus dem Abgeordneten Trautvetter Ihr Minister.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

(Zwischenruf Abg. Neumann, CDU: So ein Unfug.)

4. Unter der Verantwortung des Sozialministers Axthelm wird ein Hotel unter äußerst eigenartigen Umständen an eine äußerst umstrittene Person zu äußerst merkwürdigen und, wie wir heute Gutachten entnehmen, sogar sittenwidrigen Vorzugsbedingungen verpachtet. Der Schaden, der dabei für das Land entstanden ist, ist groß und noch gar nicht genau zu quantifizieren. Er wird nach den ersten schnellen Überschlagsrechnungen in vielfacher Millionenhöhe liegen, und die Schätzungen für marktübliche Pachtzinsen für ein vergleichbares Objekt bewegen sich

(Unruhe bei der CDU)

zwischen dem hundert- bis zweihundertfünfzigfachen des Betrages, den das Land erhalten sollte, bzw. etwa dem zehnfachen, wenn man die reinvestierten Pachtzinsen mitrechnet. Aber die sollen ja nach neusten Informationen wohl auch diesem Pächter zugute kommen.

men. Wir haben einen Untersuchungsausschuß gefordert, der die Schadenshöhe genauer feststellen wird, vor allem aber die Verstrickung weiterer Regierungsmitglieder in diesen Vorgang. Ministerpräsident Vogel versäumte, seinen Minister Axthelm sofort nach Kenntnis des Ausmaßes dieses sittenwidrigen Pachtvertrages zu feuern, statt dessen ließ er ihn weiter gewähren. Die Quittung folgt nun, da Herr Axthelm mit dem Rücken an der Wand steht und behauptet, der Ministerpräsident selbst sei von ihm schon im Frühjahr auf die Probleme in Sachen Hotel Thüringen hingewiesen worden. Ministerpräsident Vogel, so Axthelm, habe nicht angemessen reagiert. Da ich nun nicht glaube, daß Herr Axthelm unter einer angemessenen Reaktion seinen eigenen Rausschmiß gemeint haben könnte, entstehen Fragezeichen, die der Untersuchungsausschuß aufzulösen hat.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

5. Und damit beende ich die Aufführung von politisch klar zu bewertenden Vorgängen.

(Zwischenruf Abg. Müller-Pathle, CDU:
Es wird auch Zeit.)

Ja, ich glaube schon, daß Ihnen das unangenehm ist, meine Damen und Herren der Regierungskoalition, das müssen Sie sich schon anhören. Sie haben es monatelang hier verantwortet.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Das
ist unter Ihrem Niveau.)

Minister Axthelm beantwortet Mündliche Anfragen im Landtag zu diesem Hoteldeal und versteigt sich angesichts des bereits klar erkennbaren sittenwidrigen und landesschädigenden Sachverhalts zu dem unglaublichen Zynismus, in den Redebeiträgen der Opposition doch zu vermissen, daß er, Axthelm, doch 100 Arbeitsplätze erhalten habe, denn er hatte ja auch eine Alternative gesehen, das Hotel zu schließen. Das sagte eben dieser Herr Axthelm von einem Hotel, das in verkehrstechnisch günstigster Lage eine Auslastung von nahe 100 Prozent hat, wie bekannt ist, für das es bei einer Ausschreibung, die eben skandalöserweise nicht erfolgte, mit großer Sicherheit interessierte Investoren gegeben hätte, die auch zu sittengerechten Bedingungen zugegriffen hätten.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

An Ihrer Stelle hätte ich Herrn Axthelm allein dafür den Stuhl vor die Tür gesetzt, Herr Ministerpräsident, denn Sie sind dafür verantwortlich, daß Ihre Kabinettsmitglieder die Autorität dieses Hauses achten und nicht mit solchen offensichtlichen Dummheiten das Parlament mißachten.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Auch hier, Herr Ministerpräsident, schwiegen Sie, handelten nicht, wochenlang, monatelang. Es ist Schaden entstanden, Schaden für das Ansehen der Landesregierung, verursacht nicht etwa durch die Opposition, dadurch, daß sie die Dinge beim Namen nennt, sondern durch die Regierung selbst,

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

und in seinem Ausmaß verstärkt durch einen viel zu spät handelnden Ministerpräsidenten. Damit ist auch Schaden für das Ansehen des gesamten Landes Thüringen entstanden. Ich beantrage deshalb seitens der SPD-Fraktion dafür die Mißbilligung der Regierung durch diesen Thüringer Landtag.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hatte der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Schuchardt. Ich bitte nunmehr den Herrn Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abgeordneten Schwäblein, das Wort zu nehmen.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Gegenstand unseres jetzigen Tagesordnungspunktes ist ein Mißbilligungsantrag vom 07.08.1992, Unterzeichner: Enkelmann. Die Begründung des Antrages reduziert sich auf fünf Punkte, die am besten gleich zu beantworten sind.

Erstens: "Seit Amtsantritt von Herrn Ministerpräsident Dr. Vogel verstricken sich immer mehr Mitglieder der Thüringer Landesregierung in Skandale."

(Zwischenruf Abg. Seidel, SPD: Das ist
richtig.)

Das steht so in Ihrem Antrag.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS,
Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Ich freue mich, daß Sie dieses Zitat erkannt haben. Ich möchte vielleicht für ein Stück Verständnis dafür werben, daß das Land Thüringen in der neuen Zeit aus dem Nichts wieder entstanden ist, daß die Entwicklung, die wir derzeit vor uns haben, praktisch im Zeitraffertempo abläuft,

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

und wo heftig gearbeitet wird, sind auch Fehler nicht auszuschließen.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Ich weiß nicht, wo das Gelächter herkommt, vielleicht verstehen Sie es nicht.

Vizepräsident Backhaus:

Ich möchte jeder Fraktion Gelegenheit zu ihrem Statement geben, Herr Abgeordneter Dr. Hahnemann, und dann werden wir Zwischenfragen zulassen.

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Und wenn Fehler gemacht werden im Umfeld von Ministern, dann steht auch die Fraktion der CDU zu der allgemeinen Praxis, daß Minister dann auch die Verantwortung dafür übernehmen müssen.

(Zwischenruf Abg. Seidel, SPD: Richtig.)

Zu der Aufzählung, die hier zu finden ist, möchte ich vielleicht noch folgendes sagen. Vieles davon ist abgeklärt, manches ist noch in der Untersuchungsphase, deshalb verbietet sich dann eine Stellungnahme wegen der damit gegebenen Möglichkeit einer Vorverurteilung. An diesen moralischen Prinzipien halten wir fest, im Gegensatz zu Ihnen. Manches scheint eine persönliche Verfehlung zu sein, wo es kein Schönreden gibt, diese Fehler dann zuzugeben, allenfalls kann man sich bemühen, es zu verstehen. Es bleibt das sehr hohe Risiko von Ministern, die Fehler, die möglicherweise entstehen in ihrem Umfeld, auch zu verantworten. Ich bitte die Bevölkerung, das zu tolerieren, wenn das ein Minister dann tut. Es ist in Thüringen geschehen. Ich bitte das auch in die öffentliche Debatte einzubringen, weil immer wieder nur von der exorbitanten Bezahlung von politischen Verantwortungsträgern die Rede ist und nie von dem, was sie auch wirklich zu verantworten haben. Ein wichtiger Punkt, Herr Dr. Schuchardt, den Sie hier gar nicht so richtig berücksichtigen. Alle angesprochenen Vorgänge resultieren aus der Zeit vor dem Amtsantritt von Ministerpräsident Dr. Vogel; und

ihn jetzt in die Beziehung zu bringen zu dem, was abgelaufen ist, das ist doch wohl ein ganzes Stück an der Realität vorbei.

(Zwischenruf Abg. Frau Zimmer, LL-PDS:
Aber er mußte damit umgehen.)

Und dann Regierungen aufzumachen mit dieser Dopplung von Personen "Duchac-Böck", "Vogel-Böck" und "Vogel-Schuster", Herr Dr. Schuchardt, auf wie vielen Augen sind Sie denn blind?

(Heiterkeit bei der SPD)

Das ist eine Koalitionsregierung, und es sind jede Menge Minister da, die Sie doch gar nicht übersehen können.

(Beifall bei der SPD)

(Zwischenruf Abg. Frau Ellenberger, SPD:
Es sind Ihre Minister.)

Aus Fehlern werden Konsequenzen gezogen, nicht nur in Thüringen. Ministerwechsel sind nichts Alltägliches, Ministerwechsel sind aber auch nichts Ungewöhnliches.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Und daß hier häufiger Minister gewechselt werden, halte ich für eine Legende, insbesondere dann, wenn man sich bestimmte sozialdemokratische Regierungschefs vor Augen hält. Das Saarland ist hierfür einmal mehr negatives Beispiel.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das Lachen wird Ihnen hoffentlich gleich vergehen.

(Zwischenruf Abg. Lippmann, SPD: Wir sind in Thüringen und nicht im Saarland, Herr Schwäblein.)

Seit dem Amtsantritt von Oskar Lafontaine werden in dem kleinen und armen Bundesland die meisten Pensionsgelder für geschaffte Minister gezahlt. Allein im ersten Halbjahr 1991 wurde ein Ministerium aufgelöst, zwei Minister zu Frührentnern und ein Minister zum Oberbürgermeister von Saarbrücken gemacht. Der OB-Vorgänger seinerseits wurde Präsident der Landeszentralbank, geht alles.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Dieser saarländische Postenverschiebebahnhof funktioniert bestens. Und auch das lockere Verhältnis von Herrn Lafontaine zu Steuergeldern ist Ihnen hinlänglich bekannt. Der ganz brandaktuelle Fall des nordrhein-westfälischen Sozialministers Heinemann wird vielleicht etwas später noch einmal eine Rolle spielen.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Und auf die unsäglichen Vorgänge um Herrn Stolpe will ich heute gar nicht eingehen. Falls Veränderungen erforderlich sind, meine Damen und Herren, braucht es Kraft zum Handeln. Diese Kraft hat unser Ministerpräsident, und diese Kraft hat auch diese Koalition.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Den Zeitpunkt für dieses Handeln bestimmt diese Koalition und bestimmt dieser Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Auch das ist ein Zeichen von Stärke. Zu dem Punkt 2 des vorhin genannten Antrages: Hier wird von merkwürdigen Verbindungen von Landesregierung, Staatsanwaltschaft und CDU-Fraktionsvorstand gesprochen. Wissen Sie, das ist auf dem Niveau des Nebelwerfers Büchner, darauf gehe ich gar nicht ein.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Bei Punkt 3 läßt es sich gliedern: a) "Eindruck einer desolaten Landesregierung sei da", b) "die großen Probleme müssen endlich erkannt" und c) "auch gelöst werden" und d) "Skandale müssen umfassend aufgeklärt und beendet werden".

(Zwischenruf Abg. Enkelmann, SPD: Ja.)

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe wieder zitiert, Herr Enkelmann, Sie haben solche Freude an Ihren Zitaten, das macht richtig Spaß.

Zu 3a kann ich nur sagen: Schwachsinn! Wie oft mußte sich das Parlament mit dieser Art von Anträgen auseinandersetzen.

(Zwischenruf Abg. Gentzel, SPD: Viel zu oft.)

Der SPD fiel nichts Besseres ein, wirklich nichts Besseres, als innerhalb von knapp acht Monaten insgesamt viermal dergestalt initiativ zu werden. Jedenfalls war der Antrag ein Schuß in den Ofen. Wir sollten uns da-

hin gehend verständigen, daß Sie sich unserem Bemühen anschließen, Sachprobleme in den Vordergrund zu stellen.

(Zwischenruf Abg. Frau Ellenberger, SPD: Tun Sie das doch endlich.)

Die Sacharbeit, die in dieser Landesregierung geleistet wird, ist gut und anerkannt.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Den Zuspruch, den Ministerpräsident Dr. Vogel hat in den Meinungsumfragen, führen wir nicht zuletzt darauf zurück, daß, anders als Sie, die Bevölkerung das Herangehen an die Sachprobleme erkennt.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Dietze, SPD: Wie im Kabarett ist das hier.)

Offensichtlich glauben Sie, mit Ihrem Mißbilligungsantrag wieder einmal von ihrer Fehlleistung hier ablenken zu können.

Zu 3b: Die großen Probleme, die angesprochen sind, sind tatsächlich erkannt, ich weiß nicht, welcher Ermahnung das hier noch bedarf. Und beim Umbau von sozialistischer Planwirtschaft in die soziale Marktwirtschaft gibt es wahrlich genügend Probleme, die nicht wir zu verantworten haben und die eindeutig aufgegriffen wurden. Schauen Sie sich noch einmal die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Vogel anläßlich seines Amtsantrittes an, da sind eindeutig die klaren Schwerpunkte "Arbeit und Wirtschaft" wiederzufinden, und zwar so oft, daß Sie es auch nicht überlesen können.

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Ihre Liebeserklärung nützt uns nichts.)

Und im Haushalt 1992 sehen Sie die Umsetzung dieser Regierungserklärung, für "Arbeit und Wirtschaft" zu sorgen. Und im Ansatz 1993 wird es wieder genauso sein.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem Anspruch, die Probleme müssen gelöst werden, da können wir Ihnen nur beipflichten, selbstverständlich, aber die Lösung ist schwieriger, aber deswegen doch möglich. Es gibt genügend Beispiele dafür, wie sehr Thüringen bei der Lösung der Probleme vorangekommen ist. Der Wissenschaftsaufbau und -umbau ist im vollen Gange, der Aufbau der Justiz geht

im Vergleich zu den anderen jungen Ländern, und nur dort ist der Vergleich direkt möglich, hervorragend. Ich erinnere nur an die Leistungen, die im Grundbuchbereich geleistet wurden. Die medizinische Betreuung, die von Ihnen irgendwann im Chaos gesehen wurde, klappt. Gestern ist das noch einmal vorgetragen, heute sind die Zahlen hier deutlich geworden. Und das, was Sie uns immer wieder im Schulbereich an Chaos nachsagen wollen, hat gestern nun wahrlich nicht stattfinden können. Sie haben dann selbst möglicherweise erkannt, daß der Schuljahresbeginn gut läuft

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

und haben den Antrag auf die Aktuelle Stunde zurückgezogen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ein ordentliches Zeichen für die Anerkennung der guten Sacharbeit dieser Regierung.

(Unruhe bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Aber meine Herren von der Opposition, die Damen hatte ich nicht reden hören, Sie haben doch vorhin so viel Wert auf Kultur gelegt. Lassen Sie doch dem Herrn Fraktionsvorsitzenden die Möglichkeit, ausreden zu können.

(Beifall bei der CDU)

Abgeordneter Schwäblein, CDU:

Ich bedanke mich. Bei den unbestreitbar großen Problemen, die jedes neue Land, so auch Thüringen, hat beim Umbau dieser Ordnung, erwarten die Bürger eigentlich einen Konsens der Demokraten.

(Zwischenruf Abg. Griese, SPD: Neuwahlen!)

Sie erwarten eigentlich, daß alle diese Probleme anfassen und lösen. Sie erwarten sie, Sie sind unverbesserlich. Das glaube ich schon.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Und bei dieser Erwartungshaltung der Bevölkerung, die Probleme anzufassen, ist wirklich kein Verständnis

da, daß es hier ein ständiges Personalhickhack gibt, wahrlich nicht. Das geht an unserem Auftrag, an unserem gemeinsamen Auftrag, Thüringen voranzubringen, wirklich vorbei.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Zu 3d kann ich Ihnen nur sagen: Skandale sind umfassend aufzuklären, da sind wir im Konsens.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Zu dem 4. Punkt, und Herr Enkelmann, ich gebe Ihnen das Signal, daß Sie dann wieder lachen können, vielleicht erkennen Sie Ihr Zitat wieder, der Ministerpräsident habe es versäumt, sein Kabinett rechtzeitig umzubilden. Dieser Punkt ist ausgemachter Blödsinn.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Zwischen dem Rücktritt von zwei Ministern und der Vereidigung der neuen lagen in Thüringen drei Wochen. Zur Regierungsfähigkeit gehört Handlungsfähigkeit. Die ist in Thüringen gegeben, anders als in Nordrhein-Westfalen,

(Heiterkeit bei der SPD)

wo Herr Heinemann voraussichtlich erst in acht Wochen ersetzt werden wird, und da wird so nebenher wahrscheinlich gleich eine große Regierungsumbildung mit drangehängt. Nur um das einmal zu relativieren. Das Fazit Ihrer Punkte, Herr Enkelmann, das ist für mich und unsere Fraktion die politische Dünnbrettbohrerei eines sommerlichen Lückenbüßers.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Und ich frage Sie, ist das Ihr Antrag oder ist es der der SPD? Ich würde sie auffordern, ziehen Sie Ihren mißlungenen Mißbilligungsantrag zurück, dann brauchen wir ihn nicht abzulehnen. Zu einer zusätzlichen Bewertung der Vorgänge in den letzten Tagen sehe ich mich allerdings auch veranlaßt.

Der Ministerpräsident hat gehandelt, hat seine neuen Minister vorgestellt. Und was passiert? Schlagartig setzt das Personalhickhack, von der Opposition betrieben, erneut ein. Die Minister bekommen keine Chance, ihre Fähigkeiten zu beweisen, sie werden von vornherein diskreditiert.

(Zwischenruf Abg. Frau Ellenberger, SPD:
Wann denn?)

Die allgemein üblichen 100 Tage werden ihnen nicht gewährt.

(Zwischenruf Abg. Pohl, SPD: So viel Zeit haben wir doch gar nicht mehr.)

Es gab eine erste Erklärung von Ihnen, Herr Dr. Schuchardt, auf die Ankündigung, was Dr. Vogel an Personalauswahl getroffen hat. Dann hieß es, die CDU sei personell am Ende und es sei das letzte Aufgebot.

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Richtig!)

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Das ist gerade heraus eine Unverschämtheit. Ich darf Sie mal so nebenbei daran erinnern - Ihr Beifall diskreditiert Sie eigentlich selbst - daß in Thüringen 6.500 CDU-Mitglieder in politischer Verantwortung stehen. Das sind wohl einige mehr, als die ganze SPD Mitglieder im Lande Thüringen hat.

(Beifall bei der CDU)

Und der Wähler hat schon recht getan und der Union den Auftrag zur Führung dieses Landes gegeben. Ich möchte auch noch auf weitere Äußerungen hier eingehen. Leider sind die nächsten beiden, die ich ansprechen wollte, heute nicht da. Frau Grabe hat, als sie von Herrn Andreas Trautvetter hörte, nichts Besseres zu tun gehabt, als von einem Frühstücksdirektor zu sprechen. Ich finde, das ist genauso mißzubilligen wie ihr teilweise chaotisches Verhalten in der Volkskammer. Offensichtlich entspricht das ihrer Persönlichkeitsstruktur. Es tut mir leid, mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

(Beifall bei der CDU)

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Das ist persönliche Verunglimpfung.)

Und als Frau Abgeordnete Thierbach gestern bei der Vereidigung der Minister sitzen blieb,

(Zuruf Abg. Frau Zimmer, LL-PDS: Das ist der Stil, den Sie drauf haben, Herr Schwäblein.)

kann ich eigentlich nur sagen, das war ein Eklat, und ich weiß nicht, wieso dann diese Partei noch das Wörtlein "demokratisch" in ihrem Namen trägt. Den Gipfel von oppositioneller Fehlleistung hat meines Erachtens der Abgeordnete Büchner hier abgeliefert. Ich möchte gern ein Fax zitieren, das an die Geschäftslei-

tung des Klinikums Bad Berka ging. Darin schreibt Herr Büchner in seinem Briefkopf: "Matthias Büchner, Mitglied des Thüringer Landtags, stellv. Vorsitzender im Petitionsausschuß, Mitglied im Innenausschuß, Mitglied im Untersuchungsausschuß 1, Mitglied im Untersuchungsausschuß 2, Stellvertreter im Verfassungsausschuß". Meiner Meinung nach hat er noch vergessen dazuschreiben: enger Freund des Herrn Kohlmann, enger Freund des Herrn Pfitzenreuter.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Hier heißt es: "An die Geschäftsleitung des Klinikums Bad Berka, zu Händen Herrn Mans. Sehr geehrter Herr Mans, in Wahrnehmung meiner Aufgaben als Landtagsabgeordneter und Mitglied mehrerer Ausschüsse bitte ich Ihr Haus und Sie in persona kurzfristig um Unterstützung. Nach dem Untersuchungsausschußgesetz des Landes Thüringen ergibt sich die Anforderung, ein Sondierungsgespräch zu einer Zeugenaussage mit einem Mitarbeiter Ihres Hauses zu führen. Hierzu bitte ich Herrn Prof. Dr. Eger am Dienstag, dem 15.09., in der Zeit von 12.30 bis 14.30 Uhr zu einem solchen Gespräch im Thüringer Landtag freizustellen." Das ist Amtsanmaßung, Herr Kollege Büchner.

(Zwischenruf Abg. Wunderlich, CDU: Das ist eine Unverschämtheit.)

Das ist eine Amtsanmaßung. Mir ist keinesfalls ein Untersuchungsausschuß des Landtags in Thüringen bekannt, der Sie berechtigen würde, allein Zeugen zu berufen und allein Auskünfte über Herrn Dr. Pietzsch einzufordern, und das bei seinem früheren Chef. Das ist eine Anmaßung, eine Unverschämtheit.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

(Zwischenruf Abg. Dr. Häfner, CDU: Beschwerde einreichen!)

Das ist eine Belastung für dieses Parlament, und es wird zu einer Beschwerde bei der Landtagsverwaltung führen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ich darf weiterhin aus dem Brief des Herrn Prof. Dr. Eger zitieren, der Herrn Büchner geantwortet hat. Hier heißt es in einem Satz: "Des weiteren muß ich darauf hinweisen, daß Auskünfte über einen ehemaligen Mitarbeiter dem Datenschutz unterliegen und nur in der Form einer ordnungsgemäßen Ladung gegeben werden können."

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ich glaube, der selbst ernannte Datenschutzpapst dieses Parlaments hat sich damit selbst ins Aus gestellt.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Es dokumentiert an sich etwas, was uns zum Umdenken bewegen sollte. Lösen Sie mit uns Sachprobleme, begleiten Sie uns kritisch, aber lassen Sie ab von der unsäglichen Personaldebatte. Versuchen Sie nicht schon wieder, neue Mitglieder der Landesregierung von vornherein zu diskreditieren.

(Zwischenruf Abg. Frau Zimmer, LL-PDS:
Dann schaffen Sie doch keine Anlässe.)

Das gibt nicht die Mißbilligung der Regierung, das führt zur Mißbilligung der Opposition, und die scheint mir heute auf der Tagesordnung zu stehen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hatte der Vorsitzende der CDU-Fraktion, es spricht nunmehr der Herr Fraktionsvorsitzende der F.D.P.-Fraktion, der Herr Abgeordnete Dr. Kniepert.

Abgeordneter Dr. Kniepert, F.D.P.:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Dr. Schuchardt und ich hatten zum Termin, der unter diesem Antrag steht, das Vergnügen, gemeinsam auf Einladung der US-Regierung die USA besuchen zu dürfen. Ein solcher Besuch hat naturgemäß die Folge, daß zu Hause Stallwachendienste ausgeteilt werden. Stallwachen entwickeln naturgemäß Eigenleben, dieses Eigenleben führt zu Verdauungsproblemen, der Landtag spielt heute den Darm, aber wir werden das schon irgendwie runterkriegen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Selbstverständlich gibt es auch in der F.D.P. Stallwachen, aber ich weiß nicht, daß daraus Verdauungsprobleme herrühren würden. Das inflationäre Problem, ich hatte bereits mehrfach davon gesprochen, was sich in der SPD mit Mißtrauensvoten u.ä. ausdrückt, hat zu einer neuen Formulierung geführt. Jetzt nennt man es "Mißbilligung".

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich habe mir vorhin ernsthaft darüber Gedanken gemacht, was man als nächstes bringen könnte.

(Zwischenruf Abg. Dietze, SPD: Die F.D.P. ist der Blinddarm.)

Das wäre dann der Punkt, an dem Sie als Opposition gut aufgeräumt sind.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vielen Dank für die Vorlage. Zurück zu dem Problem: Wie kann man Landespolitik machen, indem man inflationär Mißstimmung produziert, um dem Ruf des Landes, um das Sie sich so sorgen, was ich auch durchaus unterstelle, zusätzlich abträglich zu sein. Es mag Gründe haben in mangelnder eigener politischer, sachlicher Alternative.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ich finde es toll, wenn sich die Opposition bemüht, Schaden für das Ansehen von der Landesregierung abzuhalten. Es sollte allerdings die Landesregierung mißtrauisch machen.

(Heiterkeit bei der CDU, F.D.P.)

Ich werde bei solchen Sätzen mißtrauisch.

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Sie verwechseln Ursache und Wirkung, Herr Kniepert!)

Verehrter Herr Kollege, ich bin Ingenieur genug, um das immer noch auseinanderzupuzzeln, und wenn ich das verwechsle, dann habe ich mir dabei auch etwas gedacht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Also diese fehlenden sachlichen Alternativen sind es offenbar, die Sie zu der unheimlich verkürzenden Argumentation führt, die im Kern das Schüren von Existenzängsten hat. Ich glaube, dieses ist zuwenig für sachliche Politik.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD:
Das wissen Sie doch ganz genau, daß das nicht stimmt, Herr Kollege.)

Die Mehrzahl unserer Bürger haben diese Gott sei Dank auch nicht, und diese Landesregierung wird auch versuchen, das ihrige zu tun, um die noch vorhandenen Existenzängste weiter zu lindern. Als Oppositionsarbeit halte ich es allerdings für etwas wenig, wenn man nach der montäglichen Lektüre des "Spiegel", manchmal bekommt man den auch schon sonntags, dieses als Antrag in den Landtag schickt und davon dann von einer Oppositionsarbeit spricht.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Es könnte ja auch sein, daß darin eine strategische Maßnahme besteht, dann müßte allerdings "Der Spiegel" auf die Oppositionsbank, aber ich glaube, dort wollen Sie ihn auch nicht haben.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Sie werfen der Landesregierung Skandale vor, Sie formulierten eben, Herr Schuchardt: "Die Gemengelage ... brodeln und kocht." Wer rührt denn eigentlich, wer heizt?

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Es ist richtig, daß Minister Menschen sind, und dies wird gelegentlich zu deutlich. Wir sollten aber zur Kenntnis nehmen, daß sie Menschen sind, und Lernfähigkeit unterstellen und im anderen Fall personelle Alternativen als solche auch betrachten und nicht zu Globalverurteilungen kommen. Ich halte dieses Handeln mit Bedacht, was die Landesregierung in all diesen Personalaktionen der letzten Monate an den Tag gelegt hat als Voraussetzung für Glaubwürdigkeit. Es macht keinen Sinn, wenn man mit dem Rasenmäher einzelne, zu hochgewachsene Unkräuter bekämpfen will. Man schadet damit den anderen. Wir werden als Koalitionsparteien in den nächsten Monaten weiter wie bisher den Kurs fahren: Sacharbeit ad primum. Dies wird Sie bei der F.D.P. nicht wundern.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, F.D.P.)

(Zwischenruf Abg. Döring, SPD: Vor allem bei der Bildung.)

Ich trage gerne zur Bildung von Bildungsfähigen bei.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Sacharbeit ad primum, dies schließt personelle Verkörperung von Sacharbeit ein. Diese hat, und das sind nun die Entscheidungen, die nötig waren, der Verbesserung bedurft, aber die sachliche Erfolgsarbeit der Landesregierung sollten wir uns hier nicht durch emotional aufgeputzte Diskussionen kaputtmachen lassen. Herr Oppositionsführer, als ich heute früh das Vergnügen hatte, mich durch den Stau von Weimar zu quälen, bekam ich ein Interview von Ihnen zu hören. Das paßt überhaupt nicht zu dem, was heute hier in der letzten halben Stunde stattgefunden hat. Sie sprachen nämlich ziemlich wörtlich, ich hatte zwar beim Autofahren nur eine Hand frei, trotzdem habe ich versucht, das aufzuschreiben, Sie sprachen ziemlich wörtlich vom Vertrauen, was Sie zur Landesregierung haben, um dieses Problem, Renten für die Zeissianer, zu lösen. Dieses

Vertrauen haben Sie vor 20 Minuten genau nicht gehabt. Dieses gespaltene Persönlichkeitsbild von der Landesregierung halte ich für nicht ganz glaubhaft für das, was Sie heute hier gemacht haben. Was Sie hier gemacht haben, ist

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

klassisches Nachkarten, Show zweiter Ordnung. Politikfähigkeit?

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Die Umfrageergebnisse, die ja nun etwas inflationär auch über uns hereinbrechen, sagen eines ganz deutlich, ein Ministerpräsident Schuchardt hat kein einziges Prozent dazugewonnen. Herr Ministerpräsident Vogel hat über 50 Prozent.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Wir können ja einmal wählen.)

(Unruhe bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Sie wissen so gut wie ich, Wahlen lösen keine Probleme, zumindest keine sachlichen, und eine sogenannte Oppositionsregierungsmannschaft ist keine Landesregierung. Das wissen Sie mindestens so gut wie ich.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Es soll ja auch Stimmen in der Opposition geben, die alles hoffen, nur nicht, daß sie in die Verantwortung müssen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ich hoffe, daß in diesem Sinne der Weitblick der Opposition vielleicht etwas geschärft wird. Politik macht man langfristig und nicht im lauwarmen Nachwaschen von unheimlich langweiligen Geschichten.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hat nunmehr der Herr Fraktionsvorsitzende der Fraktion Linke Liste-PDS, der Abgeordnete Dr. Hahnemann.

Abgeordneter Dr. Hahnemann, LL-PDS:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schwäblein, ich hätte Sie vorhin eigentlich gern gefragt, was Sie darunter verstehen, daß vor zwei Jahren Thüringen aus dem Nichts wieder erstanden ist. Ich weiß nicht, ob Sie sich der Tatsache bewußt sind, daß sowohl Sie als auch ich sich dann als Teil von Nichts verstehen, dann würde ich Sie bitten, sich in Zukunft nicht mehr auf die Mißstände der letzten 40 Jahre zu berufen, denn die sind dann auch nichts.

(Unruhe bei der CDU)

Dem Mißbilligungsantrag der SPD kann unsere Fraktion durchaus zustimmen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Häfner, CDU: Sie müssen Mißstände nicht verteidigen.)

Das habe ich ja nicht gemacht, Herr Häfner, dann müssen Sie schon richtig zuhören, bloß das ist auch Geschichtsbetrachtung, wenn man sich hinstellt und sagt, Thüringen ist aus dem nichts erstanden. Da stelle ich die Frage wieder: Sind wir nichts?

Wir können diesem Antrag aber nicht zustimmen, ohne einige kritische Bemerkungen zur Antragsbegründung zu machen, weil die Antragsbegründung sich mit unserem Verständnis von Kritik an der Politik der Thüringer Regierung nicht deckt. Die Antragsbegründung stellt vor allem auf die Skandale in der Regierungsmannschaft des Ministerpräsidenten ab. Das mag zu einem gewissen Teil seinem Datum, sprich, dem Sommertheater geschuldet sein. Aber selbst wenn das so ist, dürfen auch Sie, Herr Schwäblein, nicht vergessen, daß Sie mit einem Brief einen Akt zu diesem Theaterstück geschrieben haben.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Die Antragsbegründung geht aber generell auch davon aus, daß Personalwechsel eine merkliche Änderung der Regierungspolitik zur Lösung der genannten, ich zitiere den Antrag in der Begründung: "großen Probleme des Landes" bringen könnte. Genau dieses aber ziehen wir in Zweifel, denn die Situation, in der sich Thüringen nach zwei Jahren CDU-F.D.P.-Regierung befindet, ist weniger dem persönlichen oder dem fachlichen Versagen einzelner Regierungsmitglieder geschuldet. Die wahren Ursachen, meine Damen und Herren, liegen in einer anhaltenden Durchreichung Bonner Unpolitik nach Thüringen.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Da brauchen wir wieder den Sozialismus.)

Das haben Sie gesagt. Ständig wird diese, entweder mit Begeisterung, mehr oder weniger Begeisterung, für Thüringen übernommen, oder aber man versteckt sich von Zeit zu Zeit mal kurz hinter dem Hinweis, dieses oder jenes läge eben nicht in der Kompetenz des Bundes, der Bundesrahmen ließe es nicht zu. Vielleicht dann noch ein wenig Geplänkel über Mehrheiten und Abstimmungsverhalten des politischen Kontrahenten im Bundesrat, auch Dauerwahlkampf genannt, aber das war es dann manchmal auch schon.

Die Fraktion Linke Liste-PDS hat bereits nach der Regierungskrise im Februar deutlich betont, daß lediglich Akzentuierungen in der bestehenden Politik, und diese dann noch zu Ungunsten des Sozialbereichs, die Instabilität der Entwicklung Thüringens nicht beseitigen werden. Neben der Verstrickung einzelner Regierungsmitglieder in diverse, beschämende Ungeheimheiten bis zum öminösen Informationsdienst der Staatsanwaltschaft für den Fraktionsvorstand der CDU sind doch der Regierung und den sie tragenden Fraktionen noch ganz andere Rechnungen aufzumachen.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Das ist eine böse Unterstellung.)

Und, Herr Schwäblein, Sie haben selbst die Orientierung auf Sachprobleme verlangt. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, wir haben die Aktuelle Stunde bezüglich des Schulwesens gestern nicht abgesetzt, weil es an Material oder weil es an Problemen fehlt, sondern einfach deswegen, weil wir ein anderes, noch viel wichtigeres Thema nicht schmälern wollten.

Was sind denn die Sachprobleme Thüringen: 700.000 Thüringerinnen und Thüringer im arbeitsfähigen Alter ohne Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt durch gleichrangige Arbeit zu sichern; 45.000 Sozialhilfeempfänger, eine Zahl, die nicht dadurch angenehmer wird, daß ein Staatssekretär betont, daß Senioren und zu Pflegenden in Heimen und Empfänger einmaliger Zahlungen darunter sind. Das ist außerdem eine Zahl, die bei der jetzigen Entwicklung des Landes wahrscheinlich noch steigen wird. Bedenkt man, daß von den mehr als 20 notwendigen Gesetzen im Sozialbereich gerade 6 verabschiedet oder in Angriff genommen sind und selbst dort Bonner Gesetzmäßigkeiten lediglich demütig umgesetzt wurden oder werden, dann wird die Innovationskraft des Sozialstaates von Ihnen, meine Damen und Herren, in Frage gestellt und nicht von uns, den angeblich ewig gestrigen Planwirtschaftlern. Nur erinnern möchte ich an die Positionen der Regierung zu dem Wunsch vieler Thüringerinnen, Beruf, Familie und gesellschaftliche Tätigkeit weiterhin miteinander verbinden zu können. Abgesehen von der Unwürdigkeit im unmittelbaren Umgang mit Bürgerstimmen

hier im Hause, auch das Verhalten im Bundesrat in dieser Angelegenheit, § 218 und weitere, entsprach so wohl nicht dem Willen der Mehrheit der Bürgerinnen in unserem Land, ganz zu schweigen von der weitgehenden Vernachlässigung einer prononcierten Jugendpolitik. Deren Notwendigkeit lag angesichts der gravierenden Umbrüche im Osten Deutschlands auf der Hand. Sie ist aber über eine Infektion an den konzeptionell wie intellektuell unterentwickelten Vorstellungen von Frau Merkel nicht hinausgekommen. Es ist kein Zufall, daß gerade bei Jugendlichen die Hemmschwelle zur Gewalt niedrig ist. Junge Menschen sind von den Entwicklungen besonders hart betroffen, meistens mehrfach. Versäumnisse auf dem Gebiet der Jugendpolitik sind schwer wiedergutmachen. Unterlassungen des Sozialministers schlagen am Ende auch immer auf das Ressort des Innenministers zurück, und dies, meine Damen und Herren ist eine soziologische Binsenweisheit.

Auch die Wirtschaftspolitik der Landesregierung, die immer als das Fundament sozialstaatlicher Leistungskraft gepriesen wird, zeichnete sich von Beginn an durch mangelnde Konzeptionalität aus. Nachdem die Bundesregierung sowohl mit der verfehlten Treuhandpolitik als auch der irrwitzigen Eigentumsregelung die Deindustrialisierung des Ostens eingeläutet hatte, fehlte es nach unserer Auffassung der Thüringer Landesregierung an Bereitschaft oder Vermögen, sich dezidiert für die Änderung dieser Politik einzusetzen und gleichzeitig in Thüringen staatliche Verantwortung für Wirtschaftsentwicklung über die traditionellen Fördermechanismen hinaus zu übernehmen. Das heißt nicht, meine Damen und Herren, daß wir alter und nicht bewährter Planwirtschaft das Wort reden wollten. Wir fordern aber, daß die Methoden der Größe des Problems angemessen gewählt sind oder gewählt werden. Die derzeitige Politik in Bund und Land ist nicht geeignet, diese Probleme zu lösen.

Oder lassen Sie mich an die Verlängerung der Kündigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst erinnern. Hier war die Thüringer Regierung eifrig am Werk, obwohl Betroffene und deren Vereinigungen nachhaltig vor der Ungerechtigkeit und der Verunsicherung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst gewarnt hatten. Ebenso unvertretbar war nach unserer Auffassung die Thüringer Zustimmung zur kommenden Mieterhöhung. Hier treten Sie, Herr Schuster, ein schweres Erbe an. Mehr als 100.000 fehlende Wohnungen, das bedeutet, weit mehr als 200.000 Bedürftige. Und Herr Kniepert, er ist im Moment nicht da, es geht nicht darum, daß die Opposition Mißstimmungen schürt. Das, was ich hier äußere, das sind die Resultate von Mißstimmung, die bereits in der Bevölkerung existieren. Vom sozialen Sprengstoff des Ganzen ist gestern ausgiebig geredet worden und auch davon,

wieviel sozialer Sprengstoff in der kommenden Mieterhöhung liegt. Ich kann nur hoffen, daß Ihre angekündigten Initiativen sich nicht mit dem politischen Niveau zufriedengeben, das Frau Stiebritz gestern hier ausgebreitet hat. Das liberale Verständnis des Wohnungsproblems als eine Frage von Markt und Rentabilität des Wohnungsbaues ist doch auch eine der Ursachen für die Wohnungsnot in den Altbundesländern. Frau Stiebritz, Sie haben nicht einmal mit einem Halbsatz erwähnt, daß in Wohnungen Menschen wohnen und daß das Wohnen, daß das Anrecht auf eine Wohnung ein grundlegendes Bedürfnis menschlicher Existenz ist. Und Schuldenerlaß, Herr Schuster, ist für die kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen unerläßlich. Kein Regierungsmitglied hat sich meines Wissens bisher ganz klar für einen solchen Schuldenerlaß ausgesprochen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Häfner, CDU: Da hören Sie scheinbar nicht zu.)

Auch gestern habe ich es nicht gehört, ich habe die Debatte am Radio verfolgt. Die Konsequenzen davon werden auf jeden Fall die Bürgerinnen und Bürger zu tragen haben, wie immer, wenn Politiker versagen.

Das Erbe im Sicherheitsbereich ist gleichermaßen bedrückend. Es ist gestern ausgiebig davon geredet worden. Aber auch diese Debatte hat eben wieder einmal gezeigt, daß ihre Regierung, Herr Vogel, und die sie tragenden Abgeordneten zu einem grundlegenden Verständnis des Konflikts offensichtlich nicht in der Lage sind. Wieder war von Asylrechtsänderung die Rede, wieder von Wirtschaftsasylanten, von Abschiebung und ähnlichem. Oppositionsredner haben versucht, deutlich zu machen, daß das Problem des fortschreitenden Rechtsradikalismus ein in der Politik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern begründetes ist. Selbst die Möglichkeiten, die die Landesregierung gehabt hätte, sind nicht genutzt worden. Wir denken dabei an eine bessere gemeinsame Bewältigung der Unterbringungsprobleme von Land, Landkreisen und Kommunen oder an die Aufnahme der Asylbewerberzahlen in die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen.

Entwurzelung, Existenzangst, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit sind die Ursachen für die Ausschreitungen gegen Ausländer - und für diese sind Sie verantwortlich, nicht die Ausländer, nicht Asylbewerber oder sonstwer. Es ist eben nicht so, wie Herr Fiedler versucht hat darzustellen, ein allein westdeutscher Rechtsradikalismus auf ostdeutschem Nährboden, ebensowenig wie es sich als alleiniges DDR-Erbe erklären läßt. Es ist das Resultat auch Ihrer praktischen und verbalen Politik - der praktischen, weil Sie die Probleme des Landes nicht in den Griff bekommen, der verbalen, weil Sie jedesmal, wenn Sie

über Asylbewerber und das Problem der Asylbewerber sprechen, also am Problem vorbeireden - und jetzt hören Sie mir bitte genau zu, damit Sie diese Äußerung nicht falsch verstehen - im Bewußtsein gewaltbereiter Bürger Attacken gegen eine Menschengruppe indirekt legitimieren. Es ist auch nicht so, wie Herr Fiedler gemeint hat, ein Problem der Ausbildung oder der finanziellen, technischen und personellen Ausstattung der Polizei, schon gar nicht, wenn erst 2.000 "Sieg heil"-brüllende Neonazis unter Polizeiaufsicht durch Rudolstadt marschieren und Stunden später mehr als 90 Linke sich auf den Boden legen müssen vor dieser Polizei. Da steht dann nicht nur Frau Zimmers Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel, da steht die Frage nach der vielzitierten Unsicherheit der Polizei, die der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft unlängst im Fernsehen dahin gehend charakterisierte, daß die Polizei und ihre Führungskräfte momentan wohl nicht wissen, wieviel rechts dem Rechtsstaat derzeit angenehm ist. Es hilft auch nichts, Herr Pietzsch, in Bonner Manier zu beteuern, Deutschland sei ein ausländerfreundliches Land. Die Wirklichkeit sagt etwas anderes.

Wenn wir Reaktionen der Thüringer Landesregierung auf flickschusternde ...

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Ein bißchen mehr zur Sache!)

Ich rede schon zur Sache. Ich rede über die Tatsache, daß eine Fraktion einen Mißbilligungsantrag unterstützt, und ich mache das, indem ich die Argumente, die unsere Fraktion über die Ihren hinaus hat, nenne.

Wenn wir Reaktionen der Thüringer Landesregierung auf flickschusternde Versuche der Aufbesserung gescheiterter CDU-F.D.P.-Politik auf der Bundesebene betrachten, dann muß man feststellen, daß die Zustimmung von Regierungsmitgliedern aus Thüringen den genannten Konzeptionsmangel des Kabinetts bekräftigen, daß aber eigentlich unverständlich bleibt, daß sie nicht das Unzureichende aller dieser Versuche erkennen und auch entsprechend äußern. Ob nun Frau Lieberknecht in Apolda tragfähige Konzepte vor der Privatisierung von Betrieben verlangt oder nicht, dies kann nichts am ungenügenden volkswirtschaftlichen Denken gegenüber dem betriebswirtschaftlichen Denken der Landesregierung ändern. Auch wenn Herr Jentsch eine Einschränkung des Versammlungsrechts oder eine Ausweitung des Tatbestandes des Landfriedensbruchs für dienlich hält, fehlt die politische Einsicht, daß diese juristischen Instrumente nicht das eigentliche Übel angehen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Häfner, CDU: Sie haben gesagt, Sie hätten das Konzept in

der Tasche. Nun nennen Sie es doch einmal!)

Entschuldigen Sie bitte, Herr Häfner, ich habe hier mit keinem Satz gesagt, daß ich das Rezept in der Tasche habe, aber ich könnte Ihnen allein schon fünf Dinge nennen, die man zunächst erst einmal unterlassen sollte. Auch die Senkung der Quoten für die Aufnahme von Asylbewerbern für die neuen Bundesländer geht am Kern des Problems vorbei. Von Ihrem Demokratieverständnis, über das ich leider öfter Anlaß habe zu reden, haben Sie vorhin wieder ein Musterbeispiel geliefert.

Diese kleine Auswahl an großen Problemen des Landes ist es, die die Mißbilligung der Regierung nach Auffassung unserer Fraktion begründet. Dies war es nicht, was die Bürger wählten, als sie es wählten. Existenzunsicherheit und Politikverdrossenheit ist das Ergebnis von zwei Jahren eklektizistischer Vereinheitlichungspolitik. Ihr Scheitern führt dann dazu, daß Herr Möllemann ein Konzeptionspapier vorlegt, das versucht, die Lasten verfehlter Politik vorwiegend auf die Lohnarbeiter und Niedrigverdienenden abzuwälzen, und er schließt mit der Bemerkung: "Entweder das, oder es muß Steuererhöhungen geben." Hier bekommt dann Politik noch eine erpresserische Komponente. Diese erpresserische Komponente tarnt sich hinter der Unterordnung unter Sachzwänge, die man selbst geschaffen hat.

Und solcherlei Sachzwängen beugt sich nun auch noch die SPD auf Bundesebene. Der rapide Kurswechsel ist in zweierlei Hinsicht verheerend: Erstens wird dies zur Politikverdrossenheit beitragen, denn wie sollen Bürgerinnen und Bürger begreifen, daß plötzlich richtig sein soll, was bisher noch falsch genannt wurde.

(Zwischenruf Abg. Schwäblein, CDU: Aber wir lernen noch dazu.)

Und zweitens leistet dieser Rechtsschwenk der SPD einen Beitrag zu den verhängnisvollen Prozessen, die ich vorhin beschrieben habe, selbst in Ihrem eigenen unmittelbaren politischen Umfeld, wie der Fernsehbeitrag "Fakt" vom vorgestrigen Abend belegt hat.

Und der Kanzler aller Deutschen stellt zu den Gefahren, die den Bürgerinnen und Bürgern von rechts drohen, fest, wenn das so weitergehe, wird dieses Land unregierbar. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Herr Kohl hätte sagen sollen: Wenn wir so weitermachen, wird dieses Land unregierbar. Und da Grund zu der Befürchtung besteht, daß auch Sie, Herr Vogel, und Ihre Regierung so weitermachen, reicht uns, obwohl wir den Antrag stützen, der "parlamentarische Tadel" der Regierung nicht aus, und wir bekräftigen hiermit

unsere Forderung vom Anfang dieses Jahres nach Neuwahlen, bevor auch Thüringen unregierbar wird. Danke.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Vizepräsident Backhaus:

Danke schön. Das Wort hatte der Fraktionsvorsitzende der Fraktion Linke Liste-PDS. Es spricht nunmehr für die Fraktion Bündnis 90/Grüne/Neues Forum der Herr Abgeordnete Möller.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, da wird nun von Ihrer Seite, Herr Schwäblein, angemahnt, es möge doch einmal hier zu Sachfragen Stellung genommen werden, und dann kommt einer und redet zu Sachfragen. Und was ist? Niemand hört zu. Und das ist eine Sache, die mich ungeheuer bedrückt. Solange es um Personalfragen ging, da war alles mucksmäuschenstill, da hat man zugehört, da war es spannend. Jetzt ging es um Sachfragen, jetzt wurden mal anhand ganz klarer Sachprobleme Fragen aufgeworfen, und niemand hat zugehört. Es ist traurig.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Herr Schwäblein, und wenn Sie dann noch zur Versachlichung beitragen wollen, und das mit Bemerkungen wie: "Ein Satz in der Antragsbegründung ist kompletter Blödsinn." oder in Form von persönlichen Diffamierungen von Frau Grabe, ich halte es für wirklich unter der Gürtellinie.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Auch unsere Fraktion hatte vor, hier in allen Bereichen zu sagen, was eigentlich an den Sachfragen anders zu machen wäre aus unserer Sicht, wie ein alternatives Programm aussehen könnte, was dem Fortkommen des Landes Thüringen dienlich wäre. Ich denke, wir haben die richtige Entscheidung getroffen, das jetzt nicht zu tun. Ich will deshalb nur noch einige kurze Sätze sagen.

Herr Schwäblein, Sie haben versucht, die Verantwortung für die Personalquerelen, für die Skandale in die Zeit vor der Regierung des Herrn Dr. Vogel zu legen. Die Regierung ist von Herrn Vogel am 11. Februar dieses Jahres neu gebildet worden, und er hatte

die Freiheit, all die Minister, die nun noch ausgetauscht werden mußten, nicht wieder zu berufen. Und damit ist es ganz logisch, daß die Verantwortung nicht in die Zeit der Regierung von Herrn Duchac übertragen werden kann. Sie liegt eindeutig hier an dieser Stelle, und damit ist auch der Mißbilligungsantrag auch mit dieser Begründung gerechtfertigt.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Und das Allerschlimmste ist, es ist ja anscheinend noch nicht vorbei mit den Personalfragen, mit den Skandalen und Skandälchen. Es kommen ja wieder neue Dinge auf uns zu, und die Regierungsumbildung, die sich nun gestern am 17. September diesen Jahres vollzogen hat, war wahrscheinlich nun wohl doch nicht das letzte Aufgebot. Es wird wohl noch ein Allerletztes geben

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD, LL-PDS,
Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

in dieser Legislaturperiode. Denn wenn Herr Zeh vorhin auf meine Frage erklärt hat, er weiß nichts oder er kann die Umwandlung der SV-Stellen im Landesrechnungshof nicht bestätigen, so hat er ganz öffentlich und offensichtlich hier die Unwahrheit gesagt, und so etwas ist nun eines Ministers wohl doch unwürdig

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

und zeigt nur, daß es doch erhebliche Probleme gibt in diesem Bereich.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Herr Vogel, Sie haben am 21.05. bei der Verabschiedung des Haushaltes noch einmal auf den Schwerpunkt "Arbeit und Wirtschaft" in diesem Haushalt hingewiesen. Nach einem halben Jahr Haushaltsvollzug nun könnte man ein erstes Resümee ziehen. Die Arbeitslosigkeit im Lande Thüringen ist nach wie vor mit 15,5 Prozent erschütternd hoch. Thüringen liegt nach wie vor an zweiter Stelle der Arbeitslosenstatistik innerhalb der neuen Bundesländer, hinter dem Land Mecklenburg-Vorpommern. 9,5 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer sind in ABM-Maßnahmen und Kurzarbeit, also auch in sehr unsicheren Arbeitsplätzen beschäftigt. Sie haben damals unsere alternativen Angebote im Bereich Wohnungsbau zum Beispiel, um doch noch einen Sachpunkt zu benennen, in den Wind geschlagen, obwohl es jedem klar ist, daß zum Beispiel der Bau einer Wohnung zwei Arbeitsplätze für ein Jahr schafft und daß mit einem langfristig angelegten Woh-

nungsbauprogramm langfristig auch zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen werden könnte. Ihnen ist sicherlich genauso wie mir bekannt, daß nach dem Krieg insbesondere durch die Ankurbelung der Bauwirtschaft das Wirtschaftswunder Bundesrepublik ins Laufen gekommen ist. Ich denke, daß insbesondere die Fakten, die von Herrn Hahnemann hier benannt worden sind, deutlich machen, daß es so nicht weitergehen kann. Die neuesten Umfragen sprechen ja auch davon, und da hilft es nicht, wenn Sie, Herr Kniepert, zitieren, daß Herr Vogel immer noch eine Mehrheit bei der Bevölkerung hätte, er ist ja das Schlußlicht, das hätten Sie auch dazusagen sollen, unter allen Ministerpräsidenten mit der Prozentzahl. Man muß auch noch einmal hinschauen, dort sieht man nämlich, daß über die Hälfte der Thüringerinnen und Thüringer Neuwahlen wünschen. Ich denke, Sie sollten den Weg freimachen für eine neue tragfähige Politik in diesem Land. Sie sollten den Weg freimachen für Neuwahlen. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum)

Vizepräsident Backhaus:

Das Wort hatte der Herr Abgeordnete Möller für die Fraktion Bündnis 90/Grüne/Neues Forum. Es spricht nun zu uns der Herr Ministerpräsident Dr. Vogel. Wir nehmen zugleich einen Wechsel im Tagespräsidium vor.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren. Debatten, wie wir sie heute vormittag hier führen, gehören ganz fraglos zum Parlamentarismus. Und so heftig ich manchem, vor allem dem, was in der letzten halben Stunde gesagt worden ist, auch widerspreche und für so irrig ich einige Ansichten, beispielsweise von Herrn Hahnemann, auch halte, so verteidige ich leidenschaftlich, daß auch das, was ich für nur schwer erträglich halte, hier gesagt wird. Aber ich nehme auch das Recht in Anspruch, die Position der Landesregierung dem, was gesagt worden ist, entgegenzustellen. Nur besteht in Deutschland ein wenig die Gefahr, daß solche Debatten zum Ritual entarten. Und das Ritual besteht dann darin, daß schwarzweißgemahlt wird. Da sind dann von vornherein neue Minister, das letzte personelle Aufgebot, und da ist dann von vornherein, wenn man einen Minister hier falsch versteht, einer hier gestanden, der die Unwahrheit gesagt hat. Herr Zeh hat nicht die Unwahrheit gesagt, allenfalls hat der Redner ihn falsch verstanden.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es entartet in Deutschland zum Ritual, daß die Opposition die Regierung für unfähig erklärt und die Regierung die Opposition für unfähig erklärt. Ich habe nicht die Absicht, dieses Spiel heute mitzuspielen, und deswegen werde ich auch nicht sagen, es sei alles in bester Ordnung und wir seien die besten und die Opposition sei ganz und gar unfähig. Ich habe auch nicht vor anzuregen, einen Mißtrauensantrag oder einen Mißbilligungsantrag über die Opposition zur Abstimmung zu stellen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Die Wahrheit sieht doch völlig anders aus, und die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht die Wahrheit auch völlig anders. Wir haben in sieben Monaten sehr viel auf den Weg gebracht. Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, ist uns gelungen, einiges ist uns nicht gelungen. Es ist wahr, es geht langsamer, es ist schwieriger, es ist teurer. Aber es ist auch wahr, wir kommen voran.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen doch einmal ein ganz praktisches Beispiel nehmen. Wir haben vorgestern für 35 Mill. DM ein neues Operationszentrum in Weimar eingeweiht. Glaubt denn irgend jemand, wenn der, der jetzt in Moabit sitzt, noch im Präsidentenpalais der Republik säße, dann wäre gestern diese Klinik in Weimar eingeweiht worden? Nein.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Die Menschen hätten weiter unter den Bedingungen leben müssen, unter denen sie 40 Jahre gelebt haben.

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/
Grüne/Neues Forum: Sie suchen sich
das Teure raus, Herr Vogel.)

Ich bin gern bereit, volle Zustimmung zu geben zur katastrophalen Wohnungssituation. Aber Sie können mir für vieles die Verantwortung aufbürden, aber nicht dafür, daß 40 Jahre zuwenig Wohnungen gebaut worden sind. Da liegt die Schuld.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Da ist es dann in der Tat schwer erträglich,

(Zwischenruf Abg. Griese, SPD: Dann tun
Sie doch jetzt etwas.)

wenn Leute, die damals führende Funktionen hatten, uns jetzt sagen wollen, wie wir es besser machen sollen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Nein, meine Damen und Herren, wir sind für jeden guten Ratschlag dankbar, und schon gar, wenn er aus Landtagskreisen kommt. Aber wir sind nicht bereit, die Verantwortung für etwas zu übernehmen, wofür wir nun wahrlich nicht die Verantwortung zu übernehmen haben. Es geht langsamer, es geht schwieriger, es ist teurer, aber wir kommen ohne jede Frage voran, und wir kommen in Thüringen mindestens so gut voran wie die anderen Länder auch, in einigen nachweisbaren Dingen sogar etwas besser und etwas schneller.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ich frage mich allerdings, und ich hatte gedacht, dazu

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Meinen Sie die Arbeitslosigkeit der Frauen?)

würde mir beispielsweise durch den Beitrag von Herrn Kollegen Schuchardt schon der Anlaß gegeben, aber jetzt gebe ich den Anlaß vielleicht für eine künftige Debatte. Ich frage mich, Herr Kollege Schuchardt, ist es nicht wirklich auch hier an der Zeit, anstelle der Konfrontation in einigen Fragen von nationaler Bedeutung, wo nur Mehrheiten im Bundesrat und Bundestag Lösungen bringen können, gemeinsame Überlegungen anzustellen, beispielsweise in der Frage des wirtschaftlichen Aufschwungs, beispielsweise in der Frage der durchgreifenden Rechtsvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung. Ich habe hier eine Arbeitsgruppe gebeten, Vorarbeiten zu leisten. Und beispielsweise in der Frage der Asylantenproblematik. Denn, meine Damen und Herren,

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

es ist doch gar keine Frage, daß uns die Diskussion, warum das so ist, allein nicht zur Lösung hilft. Es muß in der Asylantenfrage doch nun, weiß Gott, gehandelt werden, und zwar so rasch, so entschieden und so effektiv wie möglich, damit wir erhalten, was wir erhalten wollen, das einzige Land zu sein, das in der Verfassung, dem, der in Leben und Leib bedroht ist, Zuflucht zu gewähren, daß wir aber nicht bleiben, was wir sind, nämlich die Zufluchtsstätte all derer, die meinen, man kann hier besser leben als zu Hause. Wenn wir das weiter aufrechterhalten, werden wir das erste nicht aufrechterhalten auf Dauer. Nun haben Sie, Herr Schuchardt gefragt, von welcher Regierung zu reden sei. Nur damit das klar ist: Es gab die Regierung Schuchardt, und es gibt jetzt die Regierung Vogel, nein Duchac.

(Heiterkeit bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Ich freue mich, wie leicht die Opposition zu erheitern ist. Ich stelle wegen des Protokolls ausdrücklich fest, daß ich mich versprochen habe.

(Heiterkeit bei der SPD, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Meine Damen und Herren, es ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD: Es war nur die Reihenfolge verkehrt.)

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie möchten ja gern eine Zukunft, und ich habe Ihnen ja nur die Vergangenheit zugebilligt. Aber Herr Kollege Schuchardt,

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

wir wollen doch einmal klar feststellen, wenn man diese Regierung schon benennt, dann ist es allenfalls die Regierung "Vogel-Fickel", weil es eine Koalitionsregierung ist, und was wahr ist, muß auch gesagt werden.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Und dann, das allerdings jetzt etwas deutlicher, auch wenn Ihre Fraktion durch die Lautstärke des Beifalls die Schwäche Ihrer Argumente auszugleichen versucht hat:

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Die Begründung, die da Ihr Stallwächter an den Mißbilligungsantrag gehängt hat, verehrter Herr Schuchardt, das wäre Ihnen nicht passiert. Denn wissen Sie, es ist halt nicht gut oder böse, sondern es ist schlichtweg falsch, seit "Amtsantritt Vogel immer mehr Mitglieder in Skandale verstrickt", und dann kommt eine Liste, wo nahezu alles, was auf dieser Liste steht, sich auf das Jahr 1990 oder auf das Jahr 1991 und so gut wie nichts sich auf das Jahr 1992 bezieht.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Greifen Sie mich ruhig an, aber greifen Sie mich bitte für das an, wofür ich verantwortlich bin und nicht für Dinge, mit denen ich erst vom Hörensagen verantwortlich gemacht werden soll.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Ein Wechsel von Ministern ist ein schmerzlicher Vorgang, er ist aber in der parlamentarischen Demokratie auch ein normaler Vorgang. In allen neuen Ländern haben in den letzten zwei Jahren Minister gewechselt, in den meisten neuen Ländern viel mehr und viel weitergehend als hier bei uns. Und es ist, so bedauerlich es ist, auch keineswegs überraschend, wenn man aus dem Stand regieren muß, daß nicht jeder das auf Regierungsseite bringt wie in den alten Ländern. Meine Damen und Herren, im übrigen, wir tun ja hier so, als sei das ein Jahrhundertereignis, daß ein Sozialminister ausscheidet. In dieser Woche scheidet nicht nur ein Sozialminister in einem deutschen Land aus, sondern in zweien. Und im Parlament von Nordrhein-Westfalen wird die besonders kuriose Situation des Rücktritts von Herrn Heinemann mindestens so heftig debattiert wie hier der Rücktritt von Herrn Axthelm. Man sollte einmal nachlesen, mit welchen Argumenten. Natürlich, meine Damen und Herren,

1. findet das, was in den jungen Ländern geschieht, mehr Aufmerksamkeit, das ist ja durchaus verständlich und

2. trägt nun mal die Union in vier von fünf neuen Ländern die Verantwortung und steht deswegen nicht nur in zentraler Verantwortung, sondern auch in zentraler Kritik.

Nur, in dem einzig sozialdemokratisch geführten Land haben wir den Problemfall Nr. 1 der neuen Länder, und dies seit dem ersten Tag.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Da geht es nicht um einen oder anderen Minister, sondern da geht es um den Regierungschef, der seit dem ersten Tag im Mittelpunkt steht, und niemand weiß, wie es ausgehen wird. Verehrter Herr Schuchardt, Ihre Rede hätte wesentlich mehr Gewicht, wenn etwa in Brandenburg im Gegensatz zu Thüringen alles ohne Probleme wie geschmiert lief, nie ein Minister ausgewechselt würde und nie eine Diskussion über irgend jemand stattfände. In Wahrheit stehen wir doch überall mit gewissen landesspezifischen Problemen in gleichen Schwierigkeiten. Wir diskutieren über die MAE. Da diskutiert Brandenburg nicht darüber, weil es keine einzige medizinische Ausbildungsstätte hat. Dafür gründen die schneller Universitäten, weil sie keine haben. Aber meine Damen und Herren, in Wahrheit stehen wir doch alle, wer auch immer regiert, in den neuen Ländern vor den gleichen Grundproblemen.

Zu den beiden Rücktritten:

Axthelm: In den turbulenten Tagen des Übergangs ist ein Hotel, weil es ein Jugendhotel war, in die Verantwortung des Sozial- und Gesundheitsministeriums gekommen. Es gab eine Möglichkeit, sich wenigstens von dieser Last zu befreien, und es ist ein Vertrag gemacht worden, der bei Lichte gesehen nicht trägt, der die Interessen des Landes nicht wahr

(Zwischenruf Abg. Dietze, SPD:
Skandal!)

und der so nicht Bestand haben kann. Der Minister hat nicht Schuld auf sich geladen, sich nicht bereichert, aber er hat die politische Verantwortung für dieses Vorkommnis übernommen. Deswegen stehe ich nicht an, trotz der Ereignisse der letzten Tage, zu sagen: Hier hat ein Mann mit großem persönlichen Engagement zwei Jahre lang einen sehr schwierigen Dienst geleistet, und dafür hat er allem anderen zum Trotz Dank verdient.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Damit das gleich klar ist, Herr Kollege Schuchardt, ich habe im Frühjahr gerüchteweise von einer Hotelfrage etwas gehört. Weil man ja sehr vieles in diesem Land gerüchteweise hört, hatte ich zunächst die Meinung, es hätte sich jemand ein Hotel gekauft und das könne Anlaß der Kritik sein, und dann hat nicht Herr Axthelm mich, sondern ich ihn und den Finanzminister zu mir gebeten und habe dafür gesorgt, daß die Zuständigkeit für ein Hotel und für die damit zusammenhängenden Fragen an das Finanzministerium übergehen. Das ist dann auch sofort erfolgt. Über die Details, über Inhalte von Pachtverträgen und dergleichen habe ich im Juli zum ersten Mal gehört. Ich sage das hier schon in aller Öffentlichkeit, ich bin gern bereit, sooft Sie das möchten, das zu wiederholen.

Böck: Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß allen rechtlichen Klärungen zum Trotz - und ich bleibe nach wie vor dabei, rechtliche Klärungen sind zu respektieren -, daß aller rechtlichen Klärungen zum Trotz und aller staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zum Trotz die Diskussion um die Person von Willibald Böck weitergegangen ist, daß er nicht wollte, daß daraus eine Belastung für die Regierung und für den gemeinsamen Auftrag würde und daß er deswegen die Konsequenzen gezogen hat und zurückgetreten ist. Auch für Willibald Böck gilt: Hier geht ein Mann von Bord, der mit ganzer Kraft für dieses Land zwei Jahre gearbeitet hat. Deswegen ist auch ihm dafür der Dank nicht zu versagen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Sie können nun, meine Damen und Herren, Willibald Böck weiß Gott alles vorwerfen, aber, Herr Schuchardt, daß er die Öffentlichkeit scheut und sich nicht zu Vorgängen geäußert hätte, das können Sie ihm in der Tat nicht vorwerfen.

(Unruhe bei der SPD)

Ich meine, Sie können es nicht.

Nun zu den neuen Ministern: Ich will das jetzt nicht im einzelnen begründen. Ich habe das getan. Vorrang hatten für mich Persönlichkeiten, die aus dem Land kommen oder mit dem Land Erfahrung haben. Ich sehe darin eine Chance. Ich weiß, daß darin auch ein Risiko steckt. Deswegen habe ich so entschieden. Dazu eine Fußnote: Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt einmal die Frage, ob der Rechnungshof ein Verfassungsorgan ist oder nicht, beiseite. Meines Erachtens ist er es nicht, aber das ist jetzt unwichtig. Das lasse ich jetzt einmal beiseite. Wenn ein Abgeordneter im Landtag nicht mehr das Recht hat, ein Verfassungsorgan zu kritisieren, verehrter Herr Schuchardt, ich bin auch ein Verfassungsorgan, ich bestreite Ihnen doch das Recht nicht, mich zu kritisieren. Wenn Sie mich kritisieren dürfen, darf ich doch auch den Rechnungshof kritisieren. Wo sind wir denn in der Demokratie?

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Nun kommt die Kritik: Ich bin ja gar nicht so sicher, daß ich sie umgekehrten Vorzeichens nicht auch versucht hätte. Nun kommt die Kritik: Ja, wir sollen doch einmal ein bißchen die Sache so sehen, wie sie ist. Nun kommt die Kritik: Nicht schnell genug gehandelt, entscheidungsscheu, die Sachen treiben lassen. Also lieber Herr Schuchardt, so schnell wie Herr Kollege Stolpe, so schnell wie Herr Kollege Lafontaine und so schnell wie Herr Kollege Rau berufe ich auch Minister. Da nehme ich jeden Wettbewerb gern auf.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Sie wissen doch ganz genau, was das Problem war.

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: War das eine Drohung?)

Nein, es war keine Drohung, sondern eine Feststellung. Warten Sie einmal, bis der Sozialminister in Nordrhein-Westfalen ernannt ist. Die Probleme bestanden doch darin, daß die Möglichkeit des Handlungsbedarfs im Juli entstand, daß vom Juli bis zum gestrigen Tag das Parlament nicht da war. Was heißt denn handeln? Und dann den Vorwurf und den Antrag heute hier haben, zwei Monate Ministerien in dieser Situation ohne verantwortliche Führung zu haben. Ich kann keine neuen Minister berufen, es sei denn, ich begehere

eine Sondersitzung. Jetzt stelle ich wirklich die Frage, ob das angemessen ist, das zu tun. Nein, ich bin voll der Meinung von Herrn Kniepert, handeln heißt: mit Bedacht handeln, und in Thüringen, in einem jungen Land handeln, heißt, mit der notwendigen Sensibilität und nicht mit der Mentalität eines westlichen Herrn-im-Hause-Standpunkt zu handeln.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Genau so habe ich gehandelt. Jetzt hatte ich mich eigentlich

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Genau so haben Sie gehandelt.)

noch auf ... Das sollten Sie bitte ein bißchen ausführlicher begründen, es muß ja nicht gleich im Parlament sein. Nun hatte ich mich eigentlich noch auf eine längere Auseinandersetzung zu den Sachaufgaben eingerichtet. Ich war ein bißchen überrascht, daß das stark im Hintergrund stand, aber man kann vorbereitete Gedanken ja auch zur Wiedervorlage nehmen.

Deswegen nur ganz knapp, ich bin mit einem klaren Konzept angetreten, nämlich aktive Wirtschaftspolitik, und, meine Damen und Herren, daran halte ich natürlich fest, und zwar bis der Erfolg sich einstellt, zumal niemand hier auch nur den Ansatz einer Alternative dazu entwickelt hat.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Was machen Sie denn grundsätzlich und dort, wo Sie Verantwortung haben, was machen Sie denn grundsätzlich anders, und wenn Sie es nicht anders machen, warum helfen Sie uns nicht, es so zu machen, wie wir es machen?

(Beifall bei der CDU)

Es ist wahr, meine Damen und Herren, die Arbeitslosenzahlen sind bedrückend, es sind zwar 30.000 weniger als zum Anfang des Jahres, aber sie sind bedrückend. Es ist aber auch wahr, daß kein Sachkundiger, ob er von der Wissenschaft, aus der Politik oder aus der Wirtschaft kommt, und vor allem der Ministerpräsident dieses Landes zu keinem Zeitpunkt eine Aussage gemacht hat, die für dieses Jahr eine andere Erwartung hat aufkommen lassen. Wir wußten, daß die Schwierigkeiten in diesem Jahr und in diesem Land nicht abnehmen, sondern zunehmen würden. Es ist wahr, die Arbeitslosigkeit ist unerträglich groß, aber es ist auch wahr, täglich entstehen neue zukunftssichere und in der Modernität dem Westen sogar überlegene Arbeitsplätze. Es vergeht kein Wochentag, wo nicht

ein halbes Dutzend von Spatenstichen, von Richtfesten oder von Einweihungen in diesem Lande stattfinden. Es ist absolut unerträglich, nur darzustellen, was man darstellen muß, was nicht gelöst ist, und der Bevölkerung nicht auch zu sagen, daß es vorangeht, denn dafür gibt es genauso viele Beispiele.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Deswegen, meine Damen und Herren, geht es jetzt, was den Landtag betrifft, vor allem Regierung/Landtag betrifft um den Haushalt 1993, mittelfristige Finanzplanung, Ringen mit dem Bund um den Länderfinanzausgleich. Helfen Sie doch bitte mit, daß die meisten sozialdemokratisch geführten alten Länder uns bei dem Länderfinanzausgleich unterstützen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Es geht um den Wohnungsbau, es geht um die Verwaltungs- und Gebietsreform, ich erinnere an das Positionspapier dazu, daß die Regierung nicht nur einmal, um schnell etwas zu beschließen, beschlossen hat, sondern das ihr Positionspapier für die nächsten Monate ist. Es geht um die Überprüfung des Landesverwaltungsamtes, es geht um die innere Sicherheit, es geht um die Asylantenfrage, nur um einige Beispiele zu nennen. Natürlich ist es das gute Recht einer Opposition, Mißbilligungsanträge zu stellen.

(Zwischenruf aus der SPD-Fraktion: Aha!)

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Mit Sicherheit!)

Ich mache nur darauf aufmerksam, wer die Landesregierung mißbilligen will, mißbilligt auch ihre Erfolge, das sollten Sie bitte mit bedenken.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Präsident Dr. Müller:

Meine Damen und Herren, nach der ersten Runde der Fraktionsbeiträge und dem Beitrag des Herrn Ministerpräsidenten haben wir jetzt eine zweite Runde in unserer Aussprache noch vor uns, die Fünf-Minuten-Beiträge, die möglich sind. Ich gebe zuerst dem Abgeordneten Schuchardt das Wort.

Abgeordneter Dr. Schuchardt, SPD:

Meine Damen und Herren, zu den Ausführungen der beiden Fraktionsvorsitzenden der Regierungsfaktionen gibt es fast nichts zu sagen.

(Beifall bei der CDU, SPD)

Zu dem einen überhaupt nichts, das sprach für sich, was hier geboten wurde, nun aber zum Fraktionsvorsitzenden der F.D.P. Ich habe ja Verständnis, Herr Kollege Kniepert, daß Ihr Auftrag, hier aufzutreten, in dieser Angelegenheit eigentlich von der Sache her kaum verantwortbar war. Daß Sie das zu einer Art humoristischen Nummer gestaltet haben, ist Ihr gutes Recht.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Schwach, schwach, Herr Schuchardt.)

(Unruhe bei der CDU)

(Beifall Abg. Frau Heymel, SPD)

Sie haben dabei allerdings die Methode des gezielten Mißverständnisses, die Sie hier für sich selbst einräumen, etwas übertrieben, indem Sie Ursache mit Wirkung verwechselten und eben doch wider besseres Wissen der Opposition diese Rufbildschädigung anhängen wollten, für die die Opposition ja nun wirklich nicht verantwortlich ist, diese Rufschädigung, die hier tatsächlich durch die Regierung und die Handlungsweise bzw. Nichthandlungsweise des Ministerpräsidenten hervorgerufen wurde. Wissen Sie, früher, vor sehr langer Zeit, da gab es Verwechslungen in dieser Frage, da wurde der Überbringer einer schlechten Botschaft mit der Botschaft selbst identifiziert, und denen wurden zum Teil sogar die Köpfe abgeschlagen, das ist schon sehr lange her. Wissen Sie, wenn wir so etwas heute noch hätten, dann gäbe es keine Schädigung hier, dann würden diese Affären gar nicht bekannt sein, Gott sei Dank werden heute die Köpfe nicht abgeschlagen.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Ich hoffe nicht, daß Sie sich das wünschen würden.

(Zwischenruf Abg. Schröter, CDU: Und wer lügt, dem wird die Zunge herausgeschnitten.)

(Heiterkeit bei der CDU)

Dann sagen Sie, wer hier in diesem Haus gelogen hat, und dann wollen wir uns darüber unterhalten. Nun zu den Sachfragen, die hier immer wieder genannt werden.

Meine Damen und Herren, ich glaube, es gehört zu den Geschäftsgrundlagen dieses Landtags, daß man sich in einem Tagesordnungspunkt über eine bestimmte Thematik verständigt und dann zu dieser Thematik spricht. Diese Thematik war hier klar vorgegeben. Da muß ich ganz einfach sagen, falls der Vorgang, einschließlich

der Rede von Ministerpräsident Vogel, in einer Schule stattgefunden hätte, er hat ja dort nicht stattgefunden, er hat im Landtag stattgefunden, hier gibt es natürlich keine Zensuren in diesem Sinne, keine solche Bewertung, aber wenn so etwas in einer Schule stattfinden würde, bin ich mir ziemlich sicher, der Lehrer hätte daruntergeschrieben: Thema verfehlt, 6.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Natürlich, Herr Ministerpräsident, scheuen wir uns überhaupt nicht,

(Zwischenruf aus der CDU-Fraktion: Die Luft ist raus, Herr Schuchardt.)

denn wir haben das in den letzten zwei Jahren engagiert getan, uns mit Ihnen in Sachfragen auseinanderzusetzen. Warten Sie es nur ab, Ihre nächste Regierungserklärung kommt bestimmt und die Antwort der Opposition kommt auch bestimmt.

(Zwischenruf Abg. Werner, CDU: Jawohl, 1994 kommt die.)

Aber das ist nicht das Thema des heutigen Tagesordnungspunktes, und das haben Sie offensichtlich nicht erkannt. Eine zweite Bemerkung, ich zitiere Sie jetzt, so gut ich das jetzt aus meinen wenigen Notizen rekonstruiert habe. Sie sagten: Man solle jemanden angreifen für das, wofür er verantwortlich ist und nicht für andere Dinge. Dann frage ich Sie: Warum werfen Sie dieser Thüringer Opposition, dieser Thüringer SPD-Landtagsfraktion Dinge vor, die in ganz anderen Bundesländern stattfinden. Was sollen solche Vorwürfe und was wollten Sie damit eigentlich sagen?

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Was sollen Ihre Anspielungen auf Ihren Amtskollegen in Brandenburg und warum in diesem Thüringer Landtag, und was wollten Sie eigentlich sagen? Noch ein Randproblem: Ihre 95 Prozent Thema verfehlt. Die Bemerkung, daß dieses das letzte Aufgebot ist. Ich weiß gar nicht, warum in dieser CDU-Fraktion das eigentlich jeder so interpretiert hat, daß jeder der drei Berufenen hier das Letzte wäre. Das ist ja offensichtlich so interpretiert worden. Es gibt ja eine ganz andere Semantik zu diesem Wort. Das ist die letzte Veränderung, die von dieser Landesregierung noch ertragen werden kann.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Zur Frage von nationaler Bedeutung, da gebe ich Ihnen recht, Herr Ministerpräsident, es gibt Dinge, über die muß man vernünftig miteinander reden, und diese Ansätze, die gibt es auch in diesem Thüringer Landtag.

Im übrigen zur Frage Asyl, die Sie angesprochen haben. Ich gehe jetzt auf dieses Thema nur ein, weil der Ministerpräsident die Vorgabe geliefert hat. Es gehört eigentlich nicht in diesen Tagesordnungspunkt, aber ich scheue mich natürlich nicht, dazu Stellung zu nehmen. Diese Frage ist einer von 50 Punkten, die dieses Petersbergprogramm enthält. Die Punkte 1 bis 6 beschäftigen sich mit der Frage der Gestaltung der nationalen Einheit. Sie liefern eine hervorragende Gesprächsgrundlage für das, was Sie hier anführen. Diese 6 Punkte, die können wir gern mal gemeinsam studieren hier im Landtag. Dann werden Sie auffallende Übereinstimmung der Konzepte der SPD-Landtagsfraktion in diesem Hause feststellen, ganz im Gegensatz zu dem Erkenntnisstand der Regierung zu Beginn dieser Legislaturperiode. Ich freue mich ja, daß ich Sie inzwischen auf vielen Positionen der SPD begrüßen darf.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

(Unruhe bei der CDU)

Warten Sie hier unsere nächste Debatte zu Wirtschaftsfragen ab. Ich möchte jetzt aber die Deviation, zu der mich der Herr Ministerpräsident veranlaßt hat, beenden und wieder zum Kern des heutigen Antrages zurückkommen. Der Herr Ministerpräsident hat offensichtlich nicht verstanden, worum es ging, was die Rufschädigung betrifft. Er spricht davon, daß er doch so schnell wieder berufen habe. Der Sinn der Ausführung vorhin war ja, daß er versäumt hat, schnell abzurufen, und zwar genau dann, wenn es die Sache erfordert hatte. Und hier diesen Topf, nach dem Herr Dr. Kniepert fragt, wer denn hier der Topf und wer das Feuer und wer das wäre, was darin ist, das will ich Ihnen gleich interpretieren. Das ist doch das Problem, daß die Sache so lange kochen und stinken konnte.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Wenn Sie mich schon fragen, dann sage ich Ihnen das: Das, was darin liegt, diese Zutaten, das ist der Stoff für diese Skandale. Und der Deckel, der daraufgesetzt werden sollte, der hielt Gott sei Dank nicht, weil wir hier eine Demokratie haben, und es hier Medien gibt und eine Opposition.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Und Gott sei Dank ging der Deckel hoch, und Gott sei Dank haben wir nicht mehr das Altertum, wo die Köpfe abgeschlagen wurden, die nur die schlechten Botschaften verkündeten.

Es ging also nicht um das Berufen, sondern um die Geschwindigkeit des Abberufens, und hier habe ich keinerlei Erläuterungen zu den Defiziten des Ministerpräsidenten gehört. Ich habe lediglich die Ansicht gehört zu meinem Punkt 3, als ich vermißte, daß sich der Herr Ministerpräsident schützend vor den Landesrechnungshof stellte, und höre das Argument: Ja, ob es nun ein Verfassungsorgan ist oder nicht, angenommen es wäre eines, lassen wir das ruhig einmal stehen. Ich bin ja auch ein Verfassungsorgan, und an mir ist doch auch Kritik erlaubt. Herr Ministerpräsident, da gibt es einen großen Unterschied. Sie repräsentieren hier Ihre Regierungskoalition, Sie sind von der Regierungskoalition getragen, und Sie sind natürlich parteipolitisch hier nicht neutral zu bewerten. Ein Landesrechnungshof ist ein überparteiliches Organ und sollte nicht

(Beifall bei der SPD, LL-PDS,
Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

aus parteipolitischen Erwägungen hinsichtlich seines Gutachtens in Frage gestellt werden. Ich ziehe aus dem von Ihnen Gesagten die Schlußfolgerung. Sie haben meine Punkte 1 bis 5 nicht widerlegt, Sie sind nahezu nicht darauf eingegangen. Ich entnehme darin indirekt, daß Sie dem nichts entgegenzusetzen haben und offensichtlich dem Mißbilligungsantrag seitens der CDU zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS,
Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

(Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Dr. Müller:

Das Wort hat der Abgeordnete Pöse, Linke Liste-PDS. Ich werde auch nicht ganz genau auf die Uhr schauen, wenn Sie reden und bei den anderen Rednern, die noch kommen, auch nicht.

Abgeordneter Pöse, LL-PDS:

Jawohl, Herr Schuchardt, ich gebe Ihnen recht, es stinkt. Es stinkt in Kühnhausen, und es stinkt in Erfurt. Was stinkt, sind Millionen und das sind nicht nur die 4,5 Mill. der Kleinen Anfrage gewesen, die ich gestellt hatte. Es ist mehr. Und das Schlimme ist eigentlich, hier stinkt das Geld derjenigen, die bezahlen, der Thüringer Bürger. In bezug auf die Begründung zu diesem Mißbilligungsantrag möchte ich diesen um zwei inhaltliche Punkte erweitern. Rettmann-Affäre 1: Zulas-

sung von Rettmann als einzigen Entsorger in Thüringen durch die direkte Unterstützung des Sozialministeriums bei gleichzeitigem Ausscheiden der anderen Thüringer Unternehmen. Rettmann-Affäre Teil 2, und dieser Film läuft noch: Gesetzliche Verankerung dieser bewußten Monopolsicherung Rettmanns in Thüringen per Gesetz bzw. genauer per Verwaltungsvorschrift. Herr Dr. Vogel, falls es Ihnen jemand übermitteln sollte, hier sehe ich Ihre gesamte Regierungsart als sündhaft schädigend an. Der Teil 2, meine Damen und Herren, ist der interessantere, denn Sie haben hier im Hause keine Möglichkeit, der Annahme oder Ablehnung einer Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zu entgegnen. Und der Gesetzentwurf kann inhaltlich so oder so gehandhabt werden, um diese Monopolsicherung Rettmanns zu ermöglichen oder auch nicht. Herr Ministerpräsident, Herr Dr. Vogel, wie stehen Sie zu den Beschwerden über die MACHenschaften dieses Unternehmens? Vom Sozialministerium wird behauptet, und dazu habe ich mit den entsprechenden verantwortlichen des Ministeriums selbst gesprochen, daß das Unternehmen Rettmann für das Land das billigste sein wird, und das ist es nicht, meine Damen und Herren. Es ist als Affäre zu bezeichnen, wenn ein Landesministerium versucht, diesen Konzern zu dem billigsten zu machen. Oder erklären Sie mir einmal, warum Sie meine Kleine Anfrage 206 mit Tonnenzahlen beantworten statt mit Stückzahlen. Sie selbst haben doch die Stückpreise für die Betriebe als Ausgangspunkt gegeben und auch bestätigt. Aber was noch viel wichtiger ist, Sie geben mit diesen Zahlen eine Tendenz an, die beweist, daß das Unternehmen Rettmann die billigere Variante ist. Und aus dieser Feststellung kommt auch Ihre Begründung, Rettmanns Monopolstellung zu begründen. Ich habe nichts gegen billig und ökologisch arbeitende Unternehmen. Wogegen ich mich aber verwahre, ist das unmittelbare eingreifen des Ministeriums in diese Preise, die Sie jetzt als - Drucksache 1/1545 - veröffentlichten. Ich beziehe mich hier auf den letzten Satz der Preisliste von Rettmann, um es deutlicher für alle Abgeordneten zu formulieren: Sie sichern mit diesem Satz einem Konzern die günstigsten Preise, indem Sie ihm schriftlich versprechen, daß das Land dem Monopolunternehmen Rettmann seine Minusgeschäfte mit unseren Steuergeldern wieder aufbügelt. Das, meine Damen und Herren, halte ich für eine Affäre. Aber um welche Vorgänge und Gelder geht es hier eigentlich? Rettmann entsorgt in Thüringen als Übernehmer von Kühnhausen 17 Kreise, Eisenberg 14. Beide Betriebe wurden von der Treuhand verkauft. Warum können diese Betriebe nicht im gesunden Wettbewerb nebeneinander existieren? Sie reden immer wieder von Kosten. Dabei geht es hier gar nicht um die Kosten, die für uns unter das Seuchenschutzgesetz fallen, sondern es geht um die Kosten der anfallenden Tierkörper. Es geht um die mittelständischen Unternehmen Thürin-

gens in der Verarbeitungsindustrie, die Sie allein abhängig von Rettmann machen. Glauben sie nicht, daß dieser das nicht zu nutzen weiß. Sein Vorgehen gegenüber Landkreisen, gegenüber Schlachthöfen und gegenüber der Treuhand selbst beweist das. Das sind die entscheidenden Kosten, das sind die werdenden Kosten, meine Damen und Herren, die diesem Land noch bevorstehen werden. Damit Sie vielleicht 200.000 DM im Jahr sparen, und das ist eine fiktive Summe, an die ich noch nicht einmal glaube, denn warum sollen zwei Unternehmen in Konkurrenz nicht mit Preisen arbeiten, die im Bundesdurchschnitt liegen oder darunter. Aber Sie als Landesregierung sparen auf Kosten der mittelständischen Strukturen unseres Landes Thüringen. Das ist kein Spaß mehr. Fragen Sie den Bundesverband der Fleischindustrie, den Syndikus des Bundesverbandes der Schlacht- und Fleischindustrie, fragen Sie den Thüringer Verband und fragen Sie die Thüringer Schlachtbetriebe. Es sind ja nicht mehr viele. Fragen Sie auch das Bundeskartellamt, die 10. Beschlußabteilung. Alle haben eine andere Auffassung zu dieser, wie behaupten Sie, Billigvariante Rettmann, aber Sie bleiben dabei. Und hier frage ich Sie: Warum? Wissen Sie das alles nicht? Dann um so schlimmer. Mittlerweile ist durch Ihre Tätigkeit, verehrtes Sozialministerium, etwas ganz anderes verursacht worden. Wehe dem Verursacher und dem Land, wenn dieses Gesetz erst einmal in dieser Fassung, wie jetzt durch ist, mit seiner Einzugsgebietsverordnung natürlich, dann macht Rettmann erst recht, was er will, und das ist Geldverdienen, und dieses Geld kommt von uns. Wenigstens hier sollten wir eine konkrete Verantwortung wahrnehmen, und das sind mehr als diese jährlich anfallenden ca. 4 Mill. DM.

Verehrte Herren der Landesregierung, was mich grundsätzlich stört, diese ganzen Vorgänge liegen im Sozialministerium. Der Landwirtschaftsminister, der das Aufkommen von Tierkörpern und die ganze Problematik der Tierbestände sowieso am besten einschätzen könnte, ist nicht derjenige, der entscheidet, sondern er wird lediglich um sein Einverständnis gefragt. Schon allein dieses, und wenn Sie sich noch einmal diese Vorgänge bewußt machen würden, die eigentlich um diese Preisdiskussion stattgefunden haben, beweist eigentlich für mich, daß dieses Landwirtschaftsministerium von nichts wußte. Belehren Sie mich bitte nicht, letztendlich steht der Zweckverband in der Entsorgungspflicht, also die Landkreise und kreisfreien Städte. Das ist mir selbst bewußt. Aber was nützt das, wenn sogar Schreiben existieren, in denen man von erpresserischem Vorgehen Rettmanns gegenüber diesen Landkreisen reden kann. Das ist das Problem. Es geht nicht nur um die Einzugsgebiete schlechthin, sondern es geht schon jetzt, meine Damen und Herren, um das Geld. Auch hier beginnt schon das Feilschen um jede Mark. Und unsere Thüringer

Betriebe sind kaum in der Lage, sich gegen diese Vorgehensweise von Rettmann zu wehren. Wie auch, wenn er der einzig zugelassene Entsorger ist. An wen sollen sie sich denn wenden? Es ist ja keiner mehr da. Sie sind ja der Meinung, wertees Sozialministerium, einer reicht, und der ist am billigsten.

(Glocke des Präsidenten)

(Zwischenruf Abg. Werner, CDU: Was ist das eigentlich?)

Was das ist, Herr Werner, es ist die Hervorhebung eines Unternehmens in drei Bundesländern. Es geht hier nicht um das Problem allein von Thüringen, sondern es geht hier um das Problem, daß ein Unternehmen in drei neuen Bundesländern entsorgen wird. Das sind Probleme, die sicher uns noch weiter begleiten werden, und das ist dieses Problem der Preisbildung innerhalb der Fleischbildung, und es ist, daß Unternehmen ausgeschaltet worden sind, Unternehmen, die im abfallentwertenden Bereich und verarbeitenden Bereich ausgeschaltet worden sind. Das jetzt letztendlich ...

Präsident Dr. Müller:

Herr Abgeordneter, Sie sind sich sicher, daß diese Problematik mit dem Mißbilligungsantrag zusammenhängt?

(Heiterkeit bei der CDU, F.D.P.)

Abgeordneter Pöse, LL-PDS:

Ja, ich bin mir sicher, daß dieses Thema im Zusammenhang mit dem Mißbilligungsantrag steht, da hier das Sozialministerium im Briefwechsel Verträge abgesegnet hat, die diese Monopolstellung absichern, indem gesagt wird: Herrn Rettmann, wenn Sie Minus machen, wir bezahlen das aus unseren Haushaltsmitteln. Mit dieser Verfahrensweise bin ich nicht einverstanden.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit: Dann zeigen Sie mir diese.)

Präsident Dr. Müller:

Gut. Danke.

Abgeordneter Pöse, LL-PDS:

Das geht doch aus dem Umgang und Ihrer Übernahme des Sozialministeriums hervor.

(Beifall bei der LL-PDS)

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für
Soziales und Gesundheit: Sie reden
doch Unfug.)

Präsident Dr. Müller:

Danke. Das Wort hat der Abgeordnete Büchner, Fraktion Bündnis 90/Grüne/Neues Forum.

Abgeordneter Büchner, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hatte ja gerade aufgerufen zur Konstruktivität und auch die Opposition ermutigt, das ihre zu tun, und schon war seine Rede beendet, brachte er höchstpersönlich Unruhe auf die Regierungsbank. Zum Schluß saß nur noch der Herr Minister Zeh. Die Abgeordneten der CDU nahmen dies zum Anlaß, auch schnell zu verschwinden, so daß es kaum noch gewährleistet war, beim Vorredner zu verstehen, was überhaupt gesprochen wird. Es dreht sich doch immerhin um den Mißbilligungsantrag der Regierung, wenn da schon so verfahren wird. Ich halte dies für peinlich und unangebracht. Ich verstehe den Mißbilligungsantrag, den die SPD formuliert hat, tatsächlich als eine, wenn nicht die letzte Chance, Probleme, die nicht nur die Opposition in Gänze sieht, sondern die im Land sehr deutlich gespürt werden, aufzugreifen, und die gerade in der angemahnten Konstruktivität auch mit Vertretern der Opposition angegangen werden, um sie zu bewältigen, um im Sinne der Regierung, um die nächste, die dritte Rücktrittsforderung, gegebenenfalls zu verhindern, gegebenenfalls nicht sofort eintreten zu lassen. Ich will es mir sparen, auf die einzelnen Fachressorts einzugehen, wie wir es ursprünglich vorgesehen hatten, da diese Aussprache wahrscheinlich heute nicht dazu angetan ist. Ich möchte aber einen Bereich, da, wo es besonders wehtut und mir besonders deutlich wird, ansprechen: In Thüringen wird zur Zeit im Bereich Mikroelektronik mit erheblichen Landesmitteln, mit erheblichen Bundesmitteln, und das wird die Steuerzahler nicht nur in Thüringen interessieren, genau der Bereich neu aufgebaut, der soeben in Braunschweig geschlossen wurde wegen Unrentabilität, wegen technischer Veraltung. Ich frage die Landesregierung, es gibt ja einen Minister, nämlich den Finanzminister, der aus dem Fach kommt. Es gibt ja den Fraktionschef der CDU, der aus diesem Fach kommt, und es gibt einen Experten in Thüringen, der sehr wohl das finanzielle Umfeld, gerade zur Firmensanierung eines amerikanischen Konzerns, überblicken könnte, nämlich Herrn Späth. Sind denn die genannten Personen nicht bereit, den eigenen CDU-Freund und Regierungschef in Thüringen so zu beraten, daß er das noch in letzter Minute verhindern konnte oder verhindern kann? Die Braunschweiger Firma hat vier

Jahre existiert und dort den gleichen offensichtlichen Deal betrieben wie hier. Ich gebe dieser hier nicht mehr als zwei Jahre, aber dies sei gehört oder auch nicht. Ich würde es jedenfalls schade finden, wenn wir das Thüringer Parlament demnächst auch noch mit einem vierten Ausschuß unnötigerweise beschäftigen müßten.

Leider kann ich nicht umhin kommen auch im Zusammenhang mit dem, was zur Regierung gesagt werden müßte, auf das einzugehen, was der Kollege Schwäblein hier an persönlichen Dingen ansprach, die, wie es sich herausstellen wird, gar keine persönlichen sind:

1. Ein Mitglied der CDU teilte mir letzte Woche mit, daß Prof. Eger Hinweise für den Untersuchungsausschuß 1 hätte. Daraufhin wollte ich fernmündlich einen Termin mit Prof. Eger vereinbaren. Prof. Eger seinerseits teilte mir mit, er sei heute so reglementiert wie niemals zuvor und müsse auf eine offizielle Einladung durch die Geschäftsführung Bad Berka bestehen, die durch diese Geschäftsführung bestätigt würde.

(Zwischenruf Dr. Pietzsch, Minister für Soziales und Gesundheit: Herr Büchner, das ist eine grobe Lüge, was Sie jetzt verbreiten. Das ist eine Lüge, und dabei bleibe ich.)

Das werden Sie zu beweisen haben. Ein Sondierungsgespräch, eine Vorabklärung, diese bedarf nicht eines Beschlusses des Untersuchungsausschusses. Wenn Sie mich der Lüge zeihen, Herr Minister, dann überprüfen Sie bitte erst einmal, wer Ihre Rechercheure und Detektive sind. Die Akribie des Kollegen Schwäblein will ich ja durchaus akzeptieren, aber er ist nicht in der Lage, im Vorfeld zu erkennen, ist etwas tatsächlich geschehen oder nicht.

2. Die Frage Kohlmann ist doch wohl nicht die Frage Kohlmann, die den Abgeordneten Büchner angeht, der Böck-Freund Kohlmann und Duchac-Berater Kohlmann, der hat allerdings seine Schuld bekannt,

(Zwischenruf Abg. Werner, CDU: Sie sind dort ein- und ausgegangen, da müssen Sie ganz ruhig sein.)

und dies stünde anderen auch gut zu Gesicht, ihre Schuld zu bekennen und zu sagen, hierfür bin ich verantwortlich.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Und Herr Vogel, Herr Ministerpräsident, eins muß ich Ihnen sagen, seien Sie kritisch. Ich habe Sie von Anfang an aufgefordert, kritisch zu sein mit dem Kabinett, welches Sie übernommen haben. Dieses hat nicht für Qualität gebürgt. Sie stehen natürlich in der Gefahr, die Kontinuität fortzuführen, die als Kontinuität Duchac in das politische Geschichtsbuch Thüringen schon eingegangen ist. Sie sind nicht korrekt informiert worden über die Geschichte der Hotelaffäre, denn die beginnt viel früher. Wenn Sie sich bei Ihrem Gesprächspartner informieren wollen, dann werden Sie sehr bald über den kurzen Weg die tatsächlichen Hintergründe sicherlich erfahren können, denn Kollege Schwäblein war, bevor dieses Parlament zusammentrat, in der sogenannten Wendezeit Vorsitzender des Ausschusses gegen Amtsmissbrauch und Korruption in Erfurt, dessen Sekretär und Rechtsberater Herr Homann war. Herr Homann ist ja bekanntlicherweise der jetzige Hotelier und Großverdiener.

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Hört, hört.)

Bezeichnenderweise ist damals in den Unterlagen des Untersuchungsausschusses Herrn Schwäblein als größte Anlage mit 141 Seiten all dies benannt worden, was kriminell war, was Verfehlungen waren und was in ein Kapitel Amtsmissbrauch und Korruption gehörte. Mit diesem und mit anderem Herrschaftswissen ausgerüstet, denn dieser Ausschuß hat sich ja nicht nur mit den Verfehlungen des Bürgermeisters von Bernterode beschäftigt, war ja Herr Homann, nachdem er in diesem Hause, im Hause Duchac, im Hause Böck verbrämt wurde, in der Lage, Herrschaftswissen anderweitig auszunutzen oder auch nicht. Wenn dies geschehen ist, dann dürfen Sie es der Opposition doch nicht verübeln, daß der Verdacht aufkommt, ein Herr Homann habe mit Hilfe dieses Wissens die Regierung unter Druck setzen können, das Hotel in genannter Weise zu bekommen, ansonsten könnten die Unterlagen des Untersuchungsausschusses, die gegebenenfalls Herr Duchac oder Herr Böck vernichten lassen wollten, die aber zum Großteil immer noch existieren, auf den Tisch kommen. Als erste Geste, dies ist mir inzwischen gelungen, werde ich dem Untersuchungsausschußvorsitzenden Nr. 3, Herrn Gundermann, die Unterlagen, die Sie damals ...

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Nein, Herrn Primas.)

ja, Herrn Primas, entschuldigen Sie, ... die Unterlagen, die dem Untersuchungsausschuß gegen Amtsmissbrauch und Korruption damals zur Verfügung standen, übergeben und die den ersten Stein zur Thüringer Hotelaffäre darstellen.

(Beifall bei der SPD, LL-PDS,

Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

Präsident Dr. Müller:

Das Wort hat der Abgeordnete Ulbrich, CDU-Fraktion.
Abgeordneter Ulbrich, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete, zuerst möchte ich mich eigentlich mal an meine Fraktionskollegen wenden. Also, liebe Kollegen, eigentlich müßten wir doch der Opposition dieses Hauses in einem Fall dankbar sein, nicht etwa für das Zustandekommen dieses Tagesordnungspunktes, sondern wir müßten doch der Opposition dafür dankbar sein, daß sie uns mit allen Regeln und Praktiken in unserer Geschäftsordnung und der parlamentarischen Demokratie vertraut macht, mit denen wir uns nicht beschäftigen, nämlich mit denen, die sicher legitim, aber nicht konstruktiv sind und die dieses Land nicht voranbringen und den Bürgern dieses Landes auch nicht helfen. Wir werden diesen Zuwachs an Wissen registrieren, aber wir werden diesen Zuwachs an Wissen nicht nutzen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, hätten Sie sonst gewußt, daß die Vorläufige Geschäftsordnung die Möglichkeit eines Mißbilligungsantrages gegen die Regierung hergibt? Also diese krampfhaft gesuchte Möglichkeit, die sicherlich legitim im Bereich der Anträge und des § 49 liegt, vervollständigt meines Erachtens die Mittel und Methoden der Opposition, dieses Parlament ständig mit Debatten zu beschäftigen, die Thüringen nicht voranbringen. Und der Abgeordnete Weyh hat heute deutlich gemacht, wie es weitergehen wird. Er hat nämlich die Personaldebatte schon für die Landräte hier in den Landtag eingebracht. Das ist Strategie, die Sie verfolgen. Und 20 Monate Parlamentsarbeit ist eine Zeit, in der gleichzeitig aus den Verwaltungsstrukturen der DDR ...

(Zwischenrufe aus der SPD-Fraktion)

Sie haben ja diese Parlamentsdebatten schon vorher gebracht. Erinnern Sie sich daran, daß Sie die schon vorher gebracht haben. Da war das Schulgesetz, dann wurde gleich der Mißbilligungsantrag gegen die Kultusministerin gestellt, weil sie nicht durchgekommen sind. Dann der Staatssekretär, weil er nicht das gebracht hatte, was mit dem MDR für Sie in dem Zusammenhang stand, da wurde die nächste Kontroverse gebracht. Dann haben Sie sofort als dritte Debatte gebracht, dem Herrn Böck den Dorfbürgermeister vorzuwerfen, und dann erst später die anderen. Also diese Reihenfolge. In zwanzig Monaten Parlamentsarbeit, in einer Zeit, in der gleichzeitig aus den Verwaltungsstrukturen der DDR das Land Thüringen gebildet wird,

wo gleichzeitig nebeneinander föderale Verwaltungsstrukturen und die drei Säulen der Demokratie, die Exekutive, die Legislative und die Judikative, aufzubauen sind, in dieser Aufbauphase, in der der Verwaltungsauftrag unter Bedingungen vollzogen werden muß, die auch bei sorgfältiger Planung nicht immer vorhersehbar sind, wo einfache Voraussetzungen einer funktionierenden Verwaltung immer noch fehlen, wo Verwaltungsgebäude noch gesucht, Bedienstete noch eingearbeitet werden, wo Gesetze und Richtlinien her müssen, wo ein solches Maß an Arbeit vor uns steht, stellen Sie als Ihre Haupttätigkeit Personaldebatten in diesem Haus ein.

(Beifall bei der CDU)

Acht Personaldebatten in 20 Monaten bei 40 Stunden Beratungszeit in diesem Haus, ich glaube, die Zahl 8 in diesem Zusammenhang ist inflationär. Und dazu ein Untersuchungsausschuß, ich meine den mit der Nummer 2, in dem zehn Abgeordnete auch schon jeweils hundert Stunden beschäftigt waren. Natürlich ist das alles legitim, die Geschäftsordnung gibt das her, es ist legitim diese 40 Stunden Personaldiskussion und der Untersuchungsausschuß. Aber es ist meines Erachtens nach dem Prinzip: "Je mittelmäßiger das politische Können, je maßloser die Mittel."

(Zwischenruf aus der SPD-Fraktion:
Frechheit!)

Aber nutzt es dem Thüringer Bürger, nutzt es diesem Land? Unbestritten ist es Ihnen gelungen, der CDU und auch der Regierung dieses Landes zu schaden. Das ist Ihr ganz natürliches Ziel. Das ist normal, daß man den politischen Gegner schwächen will, das steht ihnen zu. Wie Sie das aber gemacht haben, ob der Nutzen, den Sie für sich dabei gezogen haben, größer ist als der Schaden, den Sie dem politischen Gegner zugefügt haben, das ist in Frage gestellt. Sie haben sich jedenfalls für den Weg der Personaldebatten und Mißtrauensanträge und der Mißbilligungsanträge entschieden und nicht für den Weg von Alternativen zur Regierungspolitik. So verstehe ich eigentlich die Demokratie, maßvoll in Personaldebatten, maßlos in Alternativen. Es tut mir leid, mir ist eigentlich nur eine Debatte in diesem Hause bekannt, wo dieses ureigenste Recht von Ihnen ausgenutzt wurde und voll eingebracht wurde, und diese Debatte betraf den Neuaufbau des Thüringer Schulsystems. Aber selbst in diesem Zusammenhang haben Sie sofort anschließend, nachdem Sie Ihre Vorstellungen nicht durchbekamen, einen Mißtrauensantrag gegenüber der Kultusministerin gestellt. Ich kenne keine Konzeption, die alternativ zur Regierungspolitik ist, den Aufbau der Verwaltung betreffend, der Wirtschaftspolitik betreffend, die Kunst-

und Wissenschaftspolitik betreffend und die Verkehrspolitik betreffend.

(Zwischenruf Abg. Griese, SPD: Sie haben wohl bisher geschlafen im Landtag?)

(Zwischenruf Abg. Frau Ellenberger, SPD:
Das ist doch nicht unsere Schuld)

Sie haben sich für Personal- und Mißtrauensanträge entschieden, weil es der einfachere, der billigere Weg ist, und ich bin auch überzeugt, daß Sie diesen Weg fortsetzen werden, weil Ihre anderen Mittel beschränkt sind. Diesen Weg des geringsten Widerstandes werden Sie weitergehen,

(Beifall bei der CDU)

weil es auch der Weg der größten Resonanz im Blätterwald ist. Die Tippeltappeltour der Arbeit hat diese Resonanz nicht, das wissen Sie genau, und so verstehe ich eigentlich auch den Brief, den der Abgeordnete Sonntag an Sie geschrieben hat. Sie bleiben in Ihrer Antwort auch wieder einiges schuldig. Ich habe auch Ihren Antwortbrief gelesen, Sie gehen auf Alternativen im Bereich der Wirtschaft, im Bereich des Aufbaus dieses Landes nicht ein.

(Zwischenruf Abg. Dr. Schuchardt, SPD: Das ist doch nicht das Thema, verstehen Sie das nicht?)

(Zwischenruf Abg. Weyh, SPD: Wir sind doch kein Beifallsverein der Regierungspolitik.)

Vizepräsident Backhaus:

Herr Abgeordneter Ulbrich, geben Sie dem Abgeordneten Möller die Gelegenheit zu einer Zwischenfrage? Am Schluß der Rede, Herr Möller.

Abgeordneter Ulbrich, CDU:

Herr Schuchardt, ich möchte zu diesem Gutachten Landesrechnungshof eine Bemerkung machen. Man kann natürlich alles so auslegen, wie man möchte, das ist sicher auch legitim. Sie haben hier das angeführt, daß die Regierung das Gutachten des Landesrechnungshofes politisch gewertet hat. Wie werten Sie denn das andere noch vorliegende Gutachten des Landesrechnungshofes, das die Lehrer betrifft. Das werden Sie doch nicht etwa auch ablehnen, weil Sie eine andere politische Meinung dazu haben, 10. 000 Lehrer zu entlassen. Das müssen Sie dann auch sagen. Man kann ein Gutachten politisch werten, man muß es sogar. Und das ist legitim.

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/

Grüne/Neues Forum: Es ging doch nicht um politische Wertung.)

(Beifall bei der CDU)

Frau Grabe ist heute leider nicht hier.
(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Dann lassen Sie es lieber.)

Bei ihr fällt es mir schwer, eine Bemerkung zu machen, weil ich eigentlich zu Frauen immer höflich bin, so bin ich erzogen, aber wenn sie selbst ein grobes Geschütz auffährt, da kann man ihr hier kein Ständchen bringen. Ich glaube, das wird ihr sicher übermittelt, das möchte ich ihr sagen. Schade, daß wir so etwas wie die Frau Grabe nicht in unserer Fraktion haben, sie wäre die geborene Ministerin, nicht nur Frühstücksministerin, und ich bin eigentlich auf den Zeitpunkt gespannt, wo sie das Schattenkabinett bildet und dann vielleicht Herrn Büchner als Innenminister anbietet.

(Heiterkeit im Hause)

Wenn sie schon anderen nicht zutraut, diese Arbeit für dieses Land zu tun und zu leisten, dann doch aber sicher sich selbst. Und Herr Büchner, Ihnen muß ich jetzt einfach einmal einen Verdacht äußern. Der ist auch nicht da, der äußert auch bedenkenlos gegen jeden jeden Verdacht. Ich glaube, er hat ganz wissentlich ...

(Zwischenruf Abg. Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum: Da reihen Sie sich doch mit ein.)

Sie haben recht, für diesen Hinweis danke ich Ihnen. Ich werde das nicht tun. Zum Abschluß, Herr Ministerpräsident, sei es mir erlaubt, Ihnen eine Empfehlung ans Herz zu legen. Wenn Sie, Herr Dr. Vogel, nach der Wahl 1994 ein neues Kabinett zu bilden haben,

(Heiterkeit bei der SPD, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum)

nehmen Sie doch bitte unbedingt eine Dame oder einen Herren jener Zunft auf, für die man einfach nicht ausreichend Attribute finden kann, um ihre Vorzüge zu beschreiben. Jung, dynamisch, fehlerfrei, allwissend, ohne Altlasten, konstruktiv und bescheiden. Das Problem wird nur sein, daß Sie innerhalb dieser Zunft nur wenige finden werden, die der CDU nahestehen. Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Dr. Müller:

Herr Abgeordneter Ulbrich, Sie hatten Herrn Möller die Hoffnung gemacht, sich einer Frage noch zu stellen. Bitte, Herr Möller.

Abgeordneter Möller, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum:

Herr Ulbrich, Sie sprachen von der inflationären Zahl 8 in bezug auf Personaldebatten, vielleicht können Sie in diesem Zusammenhang dem Hohen Hause mal die Zahl der Sachanträge, Gesetzentwürfe und dergleichen, die von der Opposition eingebracht worden sind im gleichen Zeitraum, zu Gehör bringen.

Abgeordneter Ulbrich, CDU:

Die sind mir im Augeneblick nicht so konkret bekannt. Und sie sind deswegen nicht bekannt, weil sie von der Zahl her sicher sehr bescheiden sind.

(Heiterkeit bei der SPD, Bündnis 90/Grüne/Neues Forum, LL-PDS)

(Zwischenruf aus der SPD-Fraktion: Tief geschlafen.)

Präsident Dr. Müller:

Danke. Noch eine Frage, Abgeordneter Weyh bitte.

Abgeordneter Weyh, SPD:

Herr Ulbrich, Sie stimmen mir doch hoffentlich zu, wenn ich feststelle, daß die Landräte, sofern sie staatliche Aufgaben wahrnehmen, sehr wohl auch dem Augenmerk dieses Parlamentes ausgesetzt sind.

Abgeordneter Ulbrich, CDU:

Sicher sind sie dem Augenmerk des Parlamentes ausgesetzt, aber in Personaldebatten in diesem Parlament jetzt auch über die Landräte zu befinden, zeigt deutlich, wohin Sie wollen.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Präsident Dr. Müller:

Danke. Die Rednerliste ist nach meiner Übersicht erschöpft. Herr Ministerpräsident, bitte.

Dr. Vogel, Ministerpräsident:

Meine Damen und Herren. Herr Schuchardt, Sie nehmen es mir nicht übel, ich glaube nicht, daß dieser

Mißbilligungsantrag in die Geschichte des Landtags eingehen wird. Aber ein Satz war mir wichtig, den Sie vorhin gesagt haben, der wird nicht gerade in die Geschichte des Landtags eingehen, aber er ist für die nächsten Monate vielleicht bedeutsam: Es gibt Dinge, über die man vernünftig miteinander reden muß. Das war ein wichtiger Satz für mich aus dieser Debatte. Was gehört nun zu diesem Tagesordnungspunkt? Herr Schuchardt, ich bin mit Ihnen der Meinung, über die Tierkörperbeseitigung im Detail sollte man bei diesem Tagesordnungspunkt nicht sprechen. Aber wenn Sie die Begründung für den Antrag Ihres Stellvertreters lesen, dann muß ich schon widersprechen, daß ich hier über Dinge gesprochen hätte, die nicht zur Tagesordnung gehören. Herr Schuchardt, man stellt ja nicht jeden Tag einen Mißbilligungsantrag gegen die Regierung, jedenfalls dann nicht, wenn man erst genommen werden will. Das ist ja was.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Und wenn man dann reinschreibt in die Begründung, nicht Sie, aber für Sie mit, daß der Eindruck einer völlig desolaten Landesregierung entsteht, ja, entschuldigen Sie, und daß die großen Probleme des Landes endlich erkannt werden müssen, ja, da darf ich doch fünf Minuten meiner Redezeit auch auf das eine oder andere große Problem des Landes verwenden, und nicht nur Sie zur Begründung Ihres Mißbilligungsantrages.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Sie haben sich ein bißchen geärgert, das kann ich wieder nachfühlen, daß ich mir erlaubt habe, auch auf Brandenburg und anderes hinzuweisen, und Sie haben mich noch einmal gefragt, was ich damit sagen will. Ich will damit ganz schlicht sagen, daß eine Regierung, in der ein Sozialminister zurücktritt, deswegen noch nicht völlig desolat ist,

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

und daß weder damit schon die Regierung Nordrhein-Westfalen, obwohl ich Herrn Heinemann sehr bedauere, denn ich habe ihn geschätzt, desolat sei und auch nicht die Regierung Stolpe desolat ist und daß ich deswegen empfehle, weil das hier vielleicht manch andere auch empfinden, mit dem mannhaften Vorwurf, wir seinen völlig desolat, vielleicht ein bißchen vorsichtiger zu sein, so desolat sind wir nun auch wieder nicht.

(Beifall bei der CDU, F.D.P.)

Dann noch eine Bemerkung zu den Verfassungsorganen: Natürlich sind wir aus Parteien gebildet als Regierung, aber ganz dürfen wir doch nicht vergessen,

wir sind schon, das müssen Sie ertragen, die Regierung für ganz Thüringen, wir sind auch die Regierung der Opposition als Regierung, und deswegen werden wir kritisiert, und deswegen wird es auch der Rechnungshof vertragen, wenn er auch gelegentlich mal kritisiert wird, denn - jetzt bin ich bei Herrn Ulbrich - weder im Rechnungshof noch in einer künftigen Regierung von mir werden Engel sitzen, sondern Menschen, und das ist auch gut so. Herr Ulbrich, die Mühe, nach den Wahlen wieder eine Regierung zu bilden, die will ich gern übernehmen. Ob ich Ihnen versprechen kann, eine solche Persönlichkeit zu berufen, wie Sie sie vorschlagen, das muß ich noch einmal überschlafen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Jetzt noch eine letzte Bemerkung: Es ist zwar weder Herr Büchner noch, wenn ich recht sehe, Herr Pietzsch im Moment im Raum, aber da war ein Ton, den möchte ich nicht unwidersprochen lassen. Da hat der Redner, Herr Büchner, etwas behauptet, etwas gegen eine Persönlichkeit hier, dann hat die Persönlichkeit widersprochen, und dann hat Herr Büchner geantwortet: Das werden Sie beweisen müssen.

Meine Damen und Herren, wer Vorwürfe erheben will, muß die Vorwürfe beweisen und nicht wer angegriffen wird.

(Beifall bei der CDU, SPD, F.D.P.)

Präsident Dr. Müller:

Danke. Gibt es noch Wortmeldungen? Das ist offensichtlich nicht der Fall. Ich schließe die Aussprache. Der Gong wird betätigt, denn wir nähern uns der Abstimmung über den Mißbilligungsantrag der SPD - Drucksache 1/1503 -. Die wohltätige Wirkung des Gongs ist schon zu ersehen. Wir haben zuerst darüber zu befinden, ob Ausschußüberweisung oder nicht. Diese Frage stelle ich zuerst,

(Heiterkeit bei der CDU)

ob das jemand beantragen will. Es wird keine beantragt, so daß wir zur Abstimmung über den Antrag selbst kommen. Wer gibt diesem Antrag seine Zustimmung, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? Danke. Dieser Antrag ist abgelehnt. Ich schließe die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes und darf Sie jetzt noch einen Moment um Geduld bitten, um Sie teilhaben zu lassen an einem Problem, das der Ältestenrat, als er die Tagesordnung festlegte und vorschlug, nicht ganz genau übersehen hat. Wir waren im Ältestenrat überzeugt gewesen, daß der Stoff, der den beiden Tagungen zugrunde lag, sich leichthin bis Freitag mittag erledigen ließe und haben daher die be-

sorgte Frage der Kollegen von der F.D.P., ob sie denn noch rechtzeitig zu ihrem "kleinen Parteitag" kämen heute nachmittag, sehr großzügig bejaht und haben kein Problem darin gesehen, aber es ist nun doch ein Problem. Wir haben ja die Absprache innerhalb des Hauses, daß man diese Anlässe respektiert, und es ist auch inzwischen das Einvernehmen zwischen den Fraktionen insgesamt hergestellt, so daß ich jetzt Ihnen den Vorschlag mache, daß wir unsere Sitzung beenden, obwohl wir die Tagesordnung noch nicht vollständig abgearbeitet haben. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Danke. Gegenstimmen? 4 ganz Arbeitsame sind aber auch bereit, ohne eine wichtige Koalitionspartei weiter zu verhandeln. Enthaltungen? Gibt es auch einige. Danke. Damit schließe ich die Plenarsitzung und wünsche einen guten Heimweg.

Ende der Sitzung: 13.52 Uhr